H 8040 F
Nummer 37
Nov./Dez. 1995
3,– DM

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

TANZ INS UNGEWISSE:

NEO-FASCHISTEN ENTDECKEN TECHNO

Aus dem Inhalt:

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/458 29 04
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Nach Redaktionsschluß erreichen uns neue Meldungen, die belegen, daß der Terror von Rechts unvermindert anhält. In Österreich sind seit der Eröffnung des Prozesses gegen die mutmaßlichen Briefbombenbauer Peter Binder und Franz Radl jun. wieder Briefbomben unterwegs; Zeugen wird angedroht, daß sie die nächsten Empfänger von Bomben seien. In Berlin wird das gerade aufgestellte Mahnmal für die vom Anhalter-Bahnhof deportierten Juden gleich mehrfach geschändet. In Wernigerode/Harz wird nach mehrtägigen Straßenschlachten das von linken Jugendlichen besuchte Jugendzentrum von Faschisten bis auf die Grundmauern abgefackelt. Bei Thorsten Heise in Northeim versammeln sich rund 800 Skinheads und liefern sich, nachdem sie Brände gelegt haben, Straßenschlachten mit Polizei und Feuerwehr.

An dieser Stelle möchten wir all jenen Leserinnen und Lesern des RECHTEN RANDES danken, die uns Meldungen aus Regionalzeitungen, Zeitungen von Rechtsradikalen und aus der Braunzone, Fotos etc. zuschicken und damit zum Gelingen einer jeden Nummer beitragen. Auch wenn diese Sachen nicht immer verarbeitet werden, sie sind Bestandteil unserer täglichen Arbeit und dringend notwendig. Nach wie vor freuen wir uns auch über jeden LeserInnenbrief, sei es positive oder negative Kritik.

Der nächste RECHTE RAND erscheint Anfang Januar 1996. Wegen der Feiertage ist der Redaktionsschluß der 15.Dezember.

DER RECHTE RAND hat einen neuen Telefonanschluß

0511/458 29 04

Persönlich erreichbar sind wir in der Regel Dienstags von 18 bis 21 Uhr

Post an den Rechten Rand bitte ausschließlich mit der Adresse Postfach 1324 in 30013 Hannover versenden. Post an die Verlagsadresse kann uns wesentlich später erreichen!

TERMINE

Am **17. Dezember 1995** findet der **3. antifaschistische Sonntagsspaziergang** gegen das faschistische Schulungszentrum in Hetendorf statt. Treffpunkt ist um 12.00 Uhr in Bonstorf (Ortsmitte). Anschließend gemeinsame Fahrt zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Nachdem beim 2. antifaschistischen Sonntagsspaziergang über 300 AntifaschistInnen den Gang um das Gelände der Nazis gegen ein großes Polizeiaufgebot durchgesetzt hatten, fordert das "Bündnis gegen Rechts - Initiative für die Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf" alle AntifaschistInnen auf, sich weiter an Sonntagsspaziergängen und allen anderen Aktionen zu beteiligen, um die Schließung des Zentrums zu erreichen.

Für Nachfragen stehen zur Verfügung:
Bündnis gegen Rechts;
c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle
Initiative gegen Hetendorf 13;
c/o Infoladen, Kornstr. 28/30, 30167 Hannover, Fax: 0511/1616711

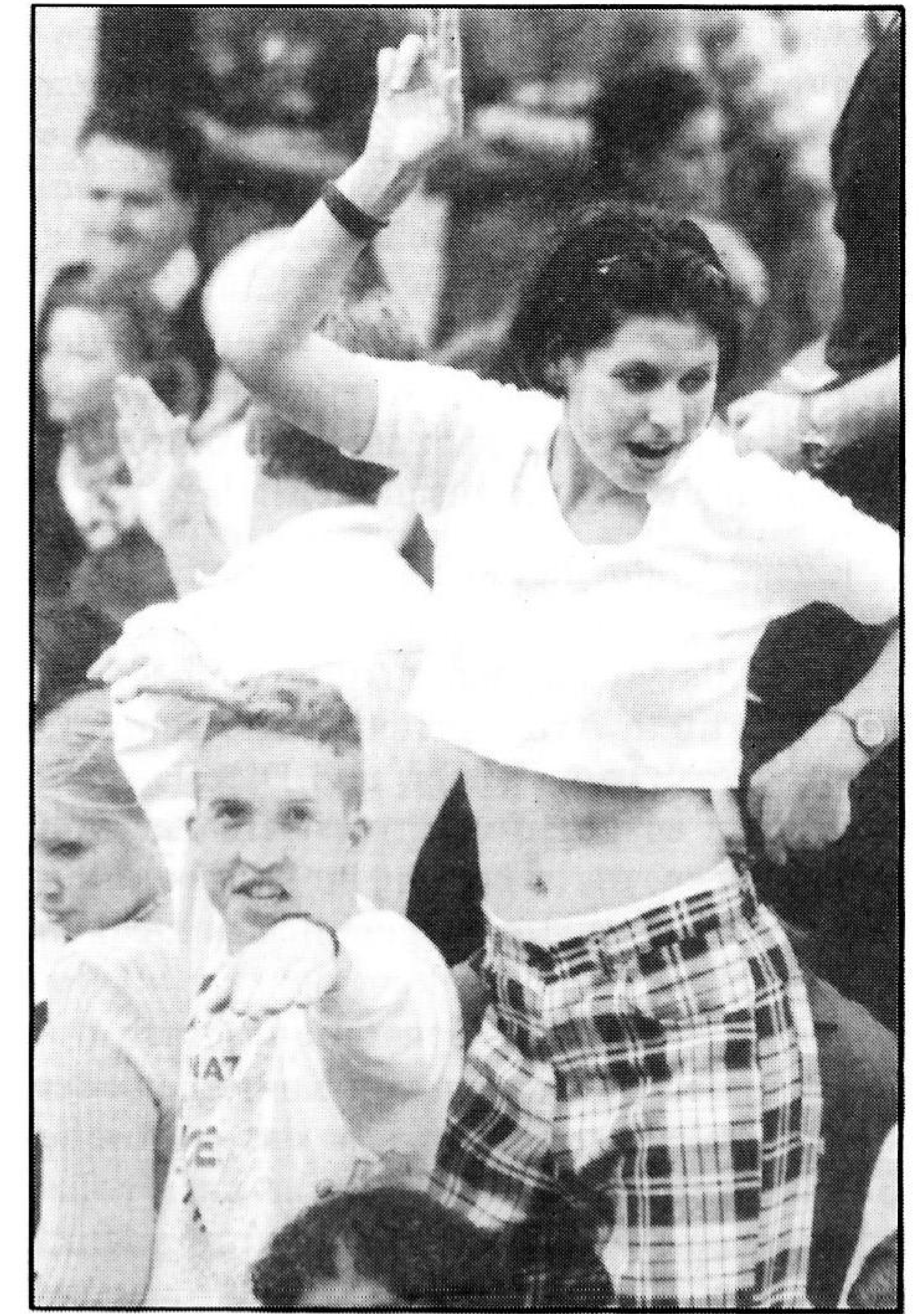
Spenden bitte an:
Info-Treff, Stichwort 1995, Postbank Hannover, BLZ 25010030, Konto-Nr. 384862-302

13.11.95 Waderner Marktplatz, 16.30 Uhr
Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade. Ein überregionales Bündnis ruft zu Aktivitäten auf. Infos bei Aktion 3.Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim.

Raimund Hethey

Tanz ins Ungewisse: Neo-Faschisten entdecken Techno

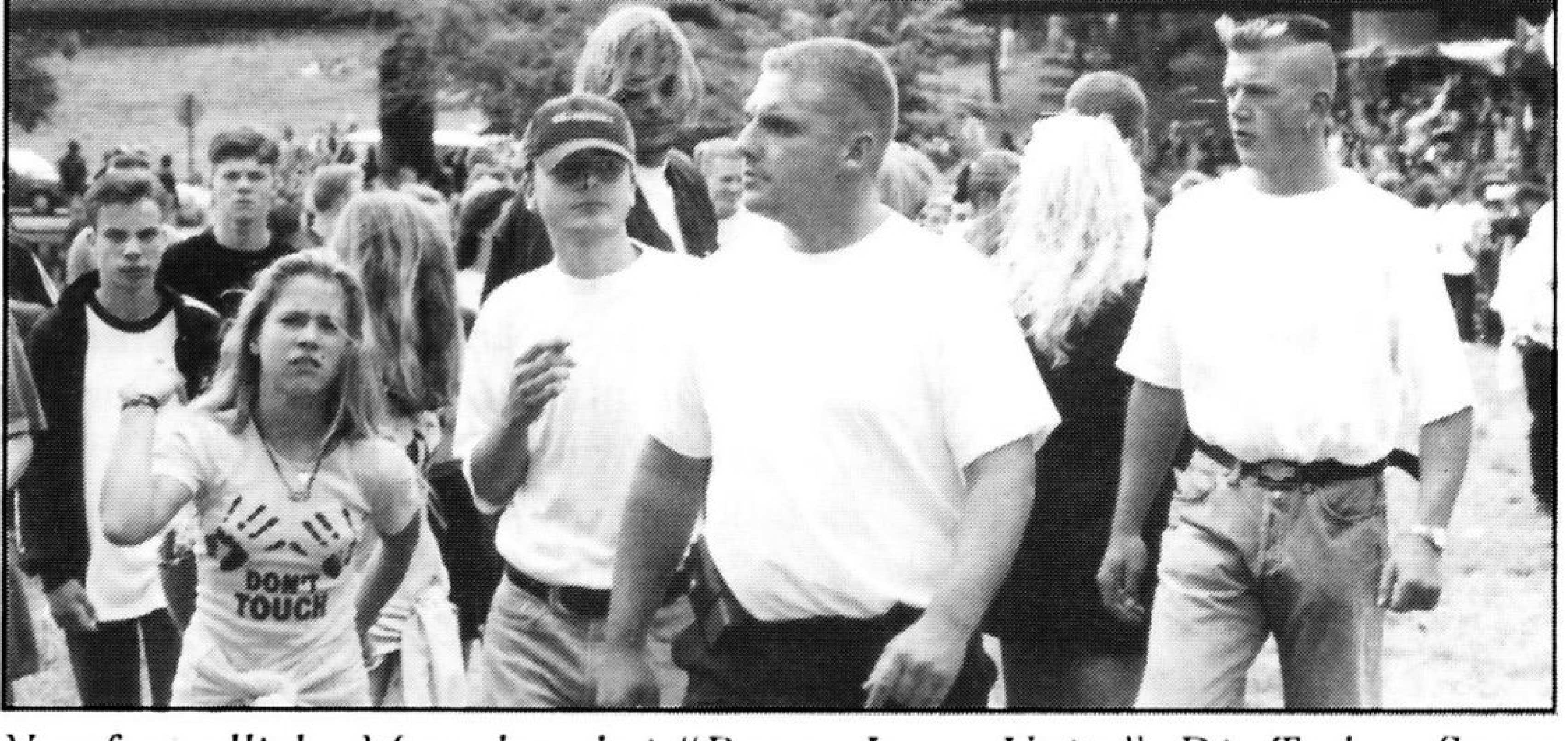
„Love-Parade" in Berlin, riesige Techno-Party in Hannover mit 25.000 ravenden Menschen, die im Urteil der bürgerlichen Presse friedlicher als 2000 Punks waren. Kann man PunkerInnen mit Techno-Fans vergleichen und darf im Zusammenhang mit Techno über (Neo-) Faschisten gesprochen werden?



"Peace, Love, Unity" - Techno-Party mit 25000 TeilnehmerInnen in Hannover

'Jeder ist sich selbst der Nächste' könnte die Grundideologie der Musik-Richtung sein, die unter der Bezeichnung „Techno" Schlagzeilen macht. Eine Münchner Firma bietet Techno-Camps im sonnigen Süditalien unter dem Slogan „Summer Of Love" an. Die vorwiegend jugendlichen TeilnehmerInnen zahlen zwischen 995,- DM und 1620,-DM, um für eine Woche „Love, Peace, Unity" bei Techno-Musik zu erleben.

Unter Techno vereinigen sich verschiedene Musikformen wie Anbient, Trance, Deep House, House, Acid, Hardcore und Gabber. Den Maßstab für eine Zuordnung liefert der Rhythmus über die Anzahl der Beats pro Minute (bpm). Der Ursprung des „Techno" wird bei Gruppen wie „Kraftwerk" und „Can" vermutet. Während diesen Gruppen größtes Spezialistentum und eine elitäre Kunst beim Umgang mit den Instrumenten nachgesagt werden kann, sind die heutigen Techniken soweit popularisiert, daß jedes schlechtere Kaufhaus über die musikalische Grundausstattung verfügt.



Nur freundliche Menschen bei "Peace, Love, Unity". Die Techno-Szene ist offen für jeden und jede. Auch für Faschisten.

Nicht die Verhältnisse, die Jugend wird zum Tanzen gebracht

Während im Bereich der Literatur das Plagiatentum, das „Zusammenklauen" von Texten, mithilfe von Kopier-Geräten und Scannern längst zum Alltagsgeschäft wurde, wird in der Musik „gesampelt", was das Zeug hält. Bereits produzierte Musikstücke werden einfach neu zusammengestellt. Fertig! Die Folge sind Beliebigkeit und völlige Geschichtslosigkeit von Musikstücken. Die Kopie wird zum Original. Aufgrund dieser Technik ist die Musik aber auch die Literatur, wenn nicht bürgerliche Kunst überhaupt, von einer außerordentlichen Beliebigkeit geprägt. Fast alles geht. Nicht nur Geschichtslosigkeit ist ein Markenzeichen von Techno, sondern auch die Sprachlosigkeit der Techno-Songs, schreibt Thomas Lau in der Frankfurter Rundschau. Der Single in der Massengesellschaft, der Wirklichkeit immer ein Stück entrückt, ist der Phänotyp der neuen Musikwelle.

Präsentiert wird diese Musik von den Disc-Jockeys (DJs), die aus zentraler Position für die richtige Stimmung sorgen. Über Gebühr sind diese Figuren in Szene gesetzt, zu Leitfiguren stilisiert.

Ein Rave ist das Gesamtereignis, das über mehrere Nächte andauern kann. Wer durchhalten will, muß zu Mitteln greifen, die wachhalten: Ecstasy. Der Rave bedeutet aus dem englischen übersetzt „phantasieren, irrereden, rasen, toben, ausgelassen feiern, im Delirium von sich geben". Getanzt wird berührungsfrei. Jede/r ist sich selbst am nächsten, in der Masse für sich.

In Österreich hat Ursula Pasterk, Kulturstadträtin in Wien, vor der Unterwanderung der Technoszene durch Rechte gewarnt. Sie verwies auf das Engagement von Personen aus der faschistoiden Ecke in der Technoszene. Gemeint war neben anderen der Einsatz des ehemals leitenden Funktionärs vom „Ring freiheitlicher Jugend" in Wien **Christian Böhm-Ermolli**. Böhm-Ermolli, 1994 Nationalratskandidat für Haiders „Freiheitliche", wurde im August von einer Redakteurin der faschistoiden „Jungen Freiheit" zum Thema „Techno" interviewt. Für ihn ist Techno „die erste Jugendkultur im deutschen Raum seit dem Zweiten Weltkrieg, die weder amerikanisch noch schwarz noch britisch dominiert ist. Zum erstenmal ist Deutschland wieder ein Land geworden, in dem Neues gemacht wird und von wo es ausgeht." Mit seinem rassistischen Blick weist Böhm-Ermolli zunächst auf „schwarze Wurzeln" von Techno hin. Er nennt Funk, Hip Hop und Chicago-House, um dann auf die „weißen Wurzeln" abzuheben: New Wave und Industrial. Hier fallen ihm die Band-Namen „Laibach" und „Kraftwerk" ein. In Europa sind Zentren des Techno und Rave in England und Schottland. Aber nichts geht für den völkisch-rassistischen Geist über die führende Rolle Deutschlands. Der Österreicher Böhm-Ermolli weist alle Vorwürfe, die Rechten unterwanderten die Techno-Szene, mit dem Argument zurück, daß mit einer textlosen Musik nichts Politisches zu transportieren sei. Dennoch hat Techno für ihn eine Zukunft: „Die Jugend wie die Gesellschaft überhaupt entfernt sich immer weiter von der politischen Kaste, will nichts mehr wissen von ihr, fühlt sich nur betrogen und sucht ihre Bestimmung im hemmungslosen Vergnügen."

Die Schreibtisch-Faschisten innerhalb der „Jungen Freiheit", die **Boßdorf**, **Bubik** und **Mölzer** finden Gefallen an einer Musikrichtung, weil sie in ihr Ideale von Verbündeten und Vordenkern des historischen Faschismus wiederzuerkennen glauben: Positionen der Futuristen und Stahlgewittergebilde eines **Ernst Jünger**.

Ein Heß-Gedenkmarsch als Rave?

Der Manager zahlreicher Großveranstaltungen mit Nazi-Skins **Torsten Lemmer** fühlt sich der Musik besonders verpflichtet. Er sieht auch deren prägende Rolle für die Politik.

„Die Wahlerfolge des Rechtsbündnisses in Italien, von **Jörg Haider** in Österreich, von **Jean-Marie Le Pen** in Frankreich und auch von **Phillip de Winter** in Belgien und diversen anderen nonkonformen Rechtsgruppierungen auf der politisch nationalen Schiene in Europa zeigen tendenziös schon ganz klar, daß sich der Großteil der normalen Bevölkerung im Augenblick mit der jetzt vorherrschenden Parteienstruktur nicht mehr identifizieren kann. So ist es auch verständlich, daß die Jugendlichen und Heranwachsenden sich in dieser Art der Auseinandersetzung mit der oben angeführten Musik wie Techno, Hip-Hop etc., die in keinsterweise das vererbte Kulturgut der nordeuropäischen Kultur vertreten, verbunden fühlen: Ein Ausdruck des Protestes!

Mittel - und langfristig werden sich auch die heutigen Heranwachsenden und Jugendlichen ihrer Herkunft besinnen können. Bekanntlich konnte schon in der Vergangenheit Musik ein Vaterland prägen, so ist es denn

auch durchaus möglich, daß, wenn sich nationale Organisationen die Musik nutzbar machen und durch die im Buch angerissenen Technologien ausweiten der Rechtsrock im Jahr 2000 die Hitparaden stürmt und über Jahrzehnte bestimmen wird. Natürlich nur unter den Vorzeichen, daß das Vergrößern der vorhandenen Strukturen vorangetrieben wird und alle Leute, die sich im nonkonformen Spektrum betätigen, zusammenstehen."

Rechte Kultur hat keine eigenständige Tradition. Sie besteht vorrangig in der Manipulation bereits vorhandener kultureller Güter. Umgedichtete Arbeiterlieder, verfremdete Symbole wie rote Fahnen und Diebstahl am noch nicht ausgereiften Protestverhalten von Jugendlichen, darin besteht ihr ganzes kulturelles Vermögen. Im Augenblick entdecken Jungfaschisten hinter allem den Verfall der Hegemonie der 68er-Generation, als ob die jemals in den Chefetagen von Konzernen oder als Generäle der Bundeswehr das politische Geschick eines Landes in Richtung revolutionärer, emanzipatorischer Zukunft gelenkt hätten. Der permanente Hinweis auf den vermeintlichen Widerspruch zwischen 68er und 89er Generation lenkt nur von den tatsächlichen Widersprüchen ab. Die Faschisten-Zirkel um die „Junge Freiheit" beteiligen sich am Geschäft der Herrschenden und formulieren die geistigen Grundlagen für weitere Verbrechen an der Menschlichkeit. Neidisch schauen sie auf die „Massen", die der Techno-Sound auf die Straße bringt. In der „Jungen Freiheit" liest man dann als Aufmacher: „Aufstand der Massen. Die Techno-Generation verabschiedet die 68er." Mit der entscheidenden Frage: „Wer bringt im Jahr 1995 200.000 junge Menschen unter 25 auf die Straße?" wird sogleich das Ende der 68er eingeläutet:"In der Tat müssen die 68er fürchten, daß diese ravende Generation vom Erbe der linken Eltern nicht mehr zurücklassen wird als nach der Mega-Parade von Berlin: einen Haufen Müll." (JF vom 14.07. 1995)

„Techno ist Endzeit und Morgen"

Redakteur Bubik schreibt in der österreichischen Rechts-Postille „Aula", von der Szene-Zeitschrift „Zillo" abschreibend:"Techno und Rave sind ein Phänomen, wie es nicht besser in diese Zeit passen könnte. Techno ist, individuell gesehen, anonym und austauschbar, andersherum betrachtet global und nur in einer Gemeinschaft funktionierend. Techno ist Endzeit und Morgen zugleich. Schlicht ist der Soundtrack eines Umbruchs, der nur langsam bemerkt wird, aber längst die Grundmauern dieser Gesellschaft erschüttert hat." Und genau an diesem Punkt meint Andreas Mölzer, ebenfalls Schreiberling in der „Jungen Freiheit" und „Aula", könne sich Techno mit rechtem Lebensgefühl treffen. (Aula, 4/95, S. 37)

Roland Bubik unterschrieb den Revanchisten-Aufruf zum 8. Mai in der FAZ vom 7. April 1995 mit den Angaben, in Mannheim zu wohnen und von Beruf Student und Publizist zu sein. Seine Karriere startete er als Mitglied der „Jungen Union" in Ravensburg. Bubik war in verschiedenen Organisationen aktiv: bei dem Christlich-Konservativen Deutschland-Forum und bei den „Republikanern". Als zeitweiliger Redakteur der „Jungen Freiheit" war er verantwortlich im Ressort Zeitgeist (vorher Politik). Der BWL-Student ist gleich in mehreren faschistoiden Vorfeldorganisationen tätig. Völkische Studenten schart er in der „Liste Unabhängiger Studenten" (LUST) in Mannheim um sich, außerhalb der Universität betreute er den „Konservativen Arbeitskreis Rhein/Neckar". Besonders wichtig ist jedoch seine Tätigkeit als Landessprecher des "Christlich-Konservativen Deutschland-Forums" in Baden-Württemberg. Das CKFD, eine Rechtsaußenorganisation innerhalb der CDU, hat es sich zur Aufgabe gemacht, faschistoide Inhalte in die Union zu tragen. Oberstes Ziel des Deutschland-Forums ist die Bekämpfung der „Utopie von der multikulturellen Gesellschaft" sowie die „Wahrung der regionalen und nationalen Identität." [Vgl. Felix Krebs: „Ehrenwerte Leute", Konkret extra (1994), Nr. 1, S.2]

Bubik meldet sich immer wieder zur „Techno-Szene" zu Wort. In der „Aula", in deren Umfeld die Briefbombenattentäter vermutet werden, fällt er sein Urteil: „Eigentlich bemerkenswert an der aktuellen Diskussion ist nicht die begrenzte Nähe von „Rechtem und Techno". Hier offenbart sich vielmehr die geistige Versteinerung einigermaßen verspießter Establishment-Linker, die mit einem Kästchendenken von gestern und Begriffen von vorgestern Erscheinungen von heute zu zähmen suchen. Wem zu Techno wirklich nichts anderes und nicht mehr einfällt, als „rechter Terror", der war sicherlich vor 20 oder dreißig Jahren einmal progressiv. Heute sollte er seine Kinder oder Enkel zu Rate ziehen." (Bubik in: Aula, 4/95, S. 37)

Neben den „Schreibtisch-Tätern" äußern sich auch immer wieder militantere Repräsentanten der (Neo-)Faschisten zum Thema „Techno". Der „ehemalige" Funktionär der FAP, Organisator der „Anti-Antifa" und Teilnehmer am Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, **Norbert Weidner**, erklärte in seinem „Aussteiger"-Interview im "STERN" im Frühjahr 1995, sich zukünftig in der „Techno-Szene" zu engagieren. Andere Jungrechte haben sich schon als Organisatoren eines „Raves" versucht. In Schleswig-Holstein scheiterte ein Skinzine-Macher und DVU-Wahlkampfhelfer an der Organisation einer Techno-Party und machte große finanzielle Verluste. Die Kieler Nachrichten vom 13. September berichteten über die Pleite der als „Center-Base-Rave" in der Kieler Ostseehalle geplanten Techno-Party. **Ekkehard Loesch** (22) und **Ralph Fröse** (25) haben nun die Kosten von mehreren zehntausend Mark zu tragen. Sie hatten eine Rave-Center-Base Line GbR gegründet und für die „Party" eine Licht und Tonfirma aus dem Ruhrgebiet (Nic ton) engagiert. Alle rechten Unterwanderungsversuche der „Techno-Szene" werden wohl nicht so enden, weil die Szene selber Elemente aufweist, die problemlos von (Neo-) Faschisten für ihre Zwecke manipuliert werden können, wie z.B. die Organisation der „security". ◪

„Die Bauernschaft"

Länder wie die Bundesrepublik, Kanada und die USA sind durch „die Manipulationen der Lobbys zum Instrument der zionistisch-marxistischen Verschwörung geworden", erklärt der Deutsch-Kanadier **Ernst Zündel**, seit Ende 1994 Herausgeber der antisemitischen Hetzpostille „Die Bauernschaft". Die militärische Befreiung vom Nationalsozialismus am 8.Mai 1945 bezeichnet Zündel (Eigenbezeichnung: „Bürgerrechtler und Wahrheitsverfechter") in der von Belgien aus verschickten „Bauernschaft" als „Anfang der schlimmsten Militärdiktatur", die „es je in Deutschland" gegeben habe. Den „Kampf" will der notorische Holocaust-Leugner weiterführen, solange ihm sein „Freundeskreis" die finanziellen Mitteln dafür zur Verfügung stellt: „Geld ist für uns so wichtig, wie der Nachschub für die kämpfende Front im Krieg war, denn wir befinden uns heute im Krieg für die Wahrheit über unsere deutsche Geschichte und für die Wiederherstellung unserer deutschen Ehre und Freiheit." Zündel teilt in seinen Mitteilungen mit, daß der Alt-Nazi **Thies Christophersen**, Gründer der „Bauernschaft", ab sofort seinen Buchversand über „Nordwind" in Flensburg vertreibt. Dort, so Zündel, müssen auch ältere Ausgaben der „Bauernschaft" bestellt werden. Frischgebackener Autor in der „Bauernschaft" ist der Düsseldorfer Rechtsanwalt **Hajo Herrmann** (82), „einer der erfolgreichsten Kampfflieger des 2.Weltkrieges" („Nation+Europa"), der im Januar 1944 zum Inspekteur der deutschen Luftverteidigung ernannt wurde. Herrmann referierte am 2.Oktober bei den 4.Kulturtagen der Landesgruppe Kärnten des rechtsextremen „Kulturwerkes Österreich" zum Thema „Der Luftkrieg gegen die europäische Zivilbevölkerung". Die Titelseite der neuesten „Bauernschaft"-Ausgabe ziert ein Gemälde, das **Florentine Rost van Tonningen**, „Eine Germanische Frau" („Bauernschaft"), zeigt. Van Tonningen ist die Witwe des holländischen Nazi-Kollaborateurs, **Meinoud Marinus Rost van Tonningen**, der während der deutschen Besetzung von Holland als Präsident der dortigen Nationalbank agierte. Per Internet verbreitet Zündel derzeit einen Bericht des „deutschen Dissidenten" (Zündel), des Hamburger Neonazis **Christian Worch**, über den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" im dänischen Roskilde. Worch teilt mit, daß die dänischen Neonazis **Jonni Hansen** und **Henrik Christensen** von der DNSB angekündigt haben, auch im nächsten Jahr einen Marsch für Heß in Dänemark zu organisieren.

Kroatien-Söldner vor Gericht

Die österreichischen Kroatien-Söldner **Harald Trupp** und **Wolfgang Niederreiter** müssen sich derzeit vor dem Klagenfurter Landgericht wegen Mordes an ihrem deutschen Söldner-Kamerad **Constantin Bieske** im August 1993 in Bosnien verantworten.

Mit dem folgenden Aufruf möchten wir, die Redaktion des Rechten Randes, eine Diskussion in Gang bringen. Alle Leserinnen und Leser des Rechten Randes sowie auch alle anderen Menschen fordern wir auf uns mitzuteilen, wie sie zu diesem Aufruf stehen bzw. ob sie bereit wären, mit ihrer Unterschrift diesen Aufruf zu unterstützen. Außerdem würden wir uns über kurze Kommentare, sei es pro oder kontra, freuen. Langfristig streben wir eine Veröffentlichung in verschiedenen bundesdeutschen Zeitungen, auch als Anzeige, an. Da dies natürlich eine Menge Geld kosten wird, sind wir auf Geldspenden angewiesen. Insoweit wäre es sehr hilfreich, wenn etwaige UnterstützerInnen des Aufrufes uns mitteilen, ob und in welcher Höhe sie zur einer Spende bereit wären.

"Antifaschistische Offensive"

In der Bundesrepublik Deutschland erfreuen sich sogenannte „Neue Rechte", Alt- und Jungnazis breiter Unterstützung des Establishments. „Denkfabriken", „Stiftungen" und eine große Anzahl von als gemeinnützig anerkannten Vereinen können auf Millionenbeträge aus öffentlicher Hand zurückgreifen. Die bedeutendsten Verlage und Medienkonzerne unterstützen die sich oftmals „konservativ" gebenden (Neo-) Faschisten bei der Verbreitung ihrer Ideologie und Propaganda. Die sind sich ihrer kulturellen Hegemonie und ihrer ökonomischen Basis sicher und propagieren die „selbstbewußte Nation".

Die jüngeren Vertreter knüpfen nahtlos an theoretische Überlegungen von Nationalsozialisten an, die nach der militärischen Niederlage 1945 die „demokratische Karte" im Nachkriegsdeutschland spielen mußten. Die von Otto Strasser propagierte „Querfrontstrategie" wird zu einer Zersetzungs- und Infiltrationstechnik entwickelt, mit der alle Protestpotentiale und „Anti-System-Bewegungen" zunächst nationalisiert und später stückweise vereinnahmt werden. Das Unterfangen hat z.B. in der „Alternativen Liste" Berlin zu heftigen Streitigkeiten und Lähmungserscheinungen geführt. Neo-Faschisten konnten sich teilweise in ihren Funktionen halten, ein Ergebnis der „demokratischen" Dialogbereitschaft von AntifaschistInnen in den achtziger Jahren.

Im Juli 1993 richteten sich vierzig Intellektuelle aus Frankreich mit einem „Appell an die Wachsamkeit" an die Öffentlichkeit. Sie warnten vor dem immer größer werdenden Einfluß der „Nouvelle Droite" („Neuen Rechten") auf die öffentliche Meinung und vor jeglicher Kollaboration verschiedenster Intellektueller mit den sich demokratisch gebenden (Neo-) Faschisten. „Man hat das Recht, nein zu sagen und Rechtsextremismus aus der Debatte auszuschließen", sagte ein Verfechter des französischen Appells und warnte davor, sich mit den Repräsentanten der „Nouvelle Droite" auf ein Podium zu begeben. „Wer sich mit Rechtsextremen auf ein Podium begibt, darf sich nicht wundern, wenn alle Diskurse gleichwertig, gleichermaßen diskutabel werden." Ein Jahr später hatten über 1500 Personen aus verschiedenen Ländern diesen Aufruf mit ihrer Unterschrift unter einer Anzeige in Le Monde unterstützt.

Für die Bundesrepublik Deutschland scheint uns ein besonderer Aufruf notwendig, da wir bei unserer Antifa-Arbeit regelmäßig auf eine wohlwollende Unterstützung von Anhängern der sogenannten „Neuen Rechten" durch Intellektuelle stoßen, die sich ansonsten als GegnerInnen des Faschismus artikulieren.

Wir sind der Auffassung, daß jeder gemeinsame Auftritt mit den politischen Kräften, die Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus wieder hoffähig machen, die antifaschistische Position schwächt. Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist gezwungen alte Fehler zu wiederholen. Wir sind der Meinung, daß das nicht nötig ist.

Von Seiten der Linken ist Karl Radeks „Schlageter-Rede" von 1923 als erster Versuch anzusehen, mit Faschisten ins Gespräch zu kommen. Der Funktionär der „Kommunistischen Internationalen" (Komintern) Radek sah in dem Freikorpssoldaten Albert Leo Schlageter, der am 26. Mai 1923 wegen Sabotage und Spionage von französischen Soldaten im Ruhrgebiet erschossen wurde, wie die Faschisten den „Märtyrer des deutschen Nationalismus". In seinem Grundsatzreferat vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen äußerte sich Radek über den „deutschen Faschisten" Albert-Leo Schlageter: „(...) der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden." (Rote Fahne vom 26.06.1923)

Auch der Anarchist Erich Mühsam, Herausgeber der Publikation FANAL, setzte sich für einen Dialog mit Faschisten ein. Bei einem „Rede-Duell" erklärte er in seiner Begrüßungsansprache, daß der Gegensatz zwischen zwei Weltanschauungen scharf herausgearbeitet werden müsse, „jedoch im Geiste unzweideutiger gegenseitiger Achtung, um dem Proletariat das Beispiel zu geben, daß Gegensätze zwischen Revolutionären mit Gründen und Gegengründen und nicht mit Fäusten und Schlagringen ausgetragen werden können." (FANAL (1930/31), Nr. 5, S. 71)

Der weitere Verlauf der Geschichte demonstrierte, daß das humanistische Ideal Mühsams illusorisch war. Selbst Otto Strasser hat - auch in der Gegnerschaft zu Hitler - niemals dem Faschismus abgeschworen. Nach 1945 gründete er eine für den Neutralismus Deutschlands eintretende völkisch-nationalistische Partei, die DSU, die zu den neofaschistischen Parteien der Bundesrepublik zählte.

Nach gemeinsamem Dialog diktierten in den dreißiger Jahren die Faschisten die Bedingungen und ihre früheren Gesprächspartner - wie beispielsweise Erich Mühsam - wurden brutal umgebracht.

Trotz dieser Erfahrungen stellte die taz 1994 die eher rhetorisch gemeinte Frage „Mit Rechten reden"? und ließ einige namhafte Intellektuelle zu Wort kommen. Den meisten Antworten war zu entnehmen, daß es eine der dringlichsten Aufgaben der Linken sei, den gemeinsamen Dialog mit NeofaschistInnen zu führen. Wer diesen Dialog verhindere, stelle sich gegen den liberalen Geist Voltaires lautete eine Antwort. Ein anderer Vertreter lieferte für sein Dialog-Vorhaben mit NeofaschistInnen gleich einen kompletten Stichwortkatalog. Die Linke solle mit den „Rechten" über „Ausländer und Einwanderung, Kriminalität und innere Sicherheit, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, nationale Identität, deutscher Sonderweg, „Verwestlichung", demographische Entwicklung, „Verwahrlosung der Sitten", Establishment, „US-Kulturimperialismus" etc. reden. Die Folge derartiger Bemühungen kann z.B. in den langen „BeiträgerInnen-Listen" von faschistoiden Zeitschriften wie „Wir Selbst" oder „Mut" beobachtet werden. Dort werden besonders gerne Personen aus demokratischen Organisationen aufgeführt, die sich entweder haben interviewen oder Artikel nachdrucken lassen. Wer einmal dort genannt wird, kann nie mehr zurück. Deshalb erklären die UnterzeichnerInnen der „antifaschistischen Offensive" in keinem Publikationsorgan Beiträge zu veröffentlichen oder nachdrucken zu lassen, in denen VertreterInnen faschistoider Zirkel und Organisationen publizieren.

Im Jahre 1995 fiel die Teilnahme von Vordenkern der „Neuen Rechten" an Seminarveranstaltungen evangelischer Akademien auf. „Über die Notwendigkeit die Nation zu Denken" konnte sich vom 16. bis 18. Juni in der Evangelischen Akademie Loccum ausgetauscht werden. Zum Auftakt der Tagung mit dem Titel: „Stigma und Normalität, 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation" hatte die Institution der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover zwei Vertreter der „Neuen Rechten" als Referenten geladen. Nachdem Protest von verschiedenen Göttinger Organisationen gegen die „neurechten Persönlichkeiten" laut wurde, begründete der Tagungsleiter der Akademie gegenüber der Presse die Wahl der Referenten damit, daß man sehen wolle, „welche Impulse aus der rechten Richtung kommen" und daß es vonnöten sei, „daß die Diskussion auch mit der Neuen Rechten geführt wird". Man wolle ihnen kein Forum bieten, sondern einen „kritischen Diskurs" mit ihnen austragen.

Von Diskussion und kritischem Diskurs darf da nicht gesprochen werden. Es sei denn,

eine Seite ließe sich von der anderen überzeugen, bewege sich von ihrem festen Standpunkt auf die andere Seite zu. Von den Vertretern der „Neuen Rechten" ist das nicht zu erwarten.

Wir fordern dazu auf, jegliche Zusammenarbeit mit Zeitschriften, Sammelwerken, die Mitwirkung an Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie die Teilnahme an Kolloquien abzulehnen, an denen Personen aus dem (neo-) faschistischen Zusammenhang teilhaben.

Wir sind gegen einen Dialog mit jungen und alten Faschisten und Vertretern der sogenannten Neuen Rechten und unterstützen den Appell an die Wachsamkeit aus Frankreich.

Darüberhinaus wollen wir mit unserer Unterschrift unter die Erklärung „Antifaschistische Offensive" aktiv zum Ausdruck bringen, daß wir keine Gemeinsamkeiten mit Verfechtern faschistoiden Gedankenguts haben und ihnen auch keine Möglichkeit bieten wollen, in Form sogenannter „demokratischer Dialoge" öffentliche Foren für sich zu nutzen .

Sebastian Schwarz

Barbarossa und die Konservativen

Auf dem Kyffhäuser-Denkmal steht der in Stein gehauene überlebensgroße König Barbarossa. Der Sage nach umfliegen den im Berg schlafenden Barbarossa alle 1000 Jahre zwei Raben, die ihm vom Zustand des Reiches künden sollen. Erst wenn es wiedergeeint ist, wird Barbarossa mit seinem Gefolge aus dem Berg reiten. Am 3.Oktober 1995 luden die "Initiative 03.Oktober" und das "Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD) zu einer Festveranstaltung am Kyffhäuser-Denkmal zum 5. Jahrestag der Deutschen Einheit ein.

Die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung begannen allerdings schon einige Wochen vorher mit einer breit angelegten Spendenkampagne zur Finanzierung einer Anzeige in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ). Die Anzeige und die Veranstaltung waren das erste Ergebnis des BKKD's. Das Bündnis wurde am 24.April in Frankfurt von verschiedenen Parteien und Gruppen ins Leben gerufen, um gleichgesinnte konservative Kräfte zu bündeln und so zu einer größeren politischen Einflußnahme zu kommen. In der "Frankfurter Grundsatzerklärung" vom 21.Mai erfährt man wofür eingetreten werden soll und wer der Feind ist. Der reicht von den "Linksparteien und Gewerkschaften, über beträchtliche Teile der CDU/CSU/FDP und großen Teilen der Presse und sonstigen angepaßten Medien bis hin zu den Spitzenverbänden der Wirtschaft." Aufgerufen beim BKKD mitzumachen werden "konservative Ökologen, Christlich-Konservative, Wert-Konservative und Nationalliberale, die sich dem geistig-kulturellen Erbe unseres Volkes verpflichtet sehen." Wer bei dem Bündnis eigentlich mitarbeitet, wird nicht so genau verraten. Ein Blick auf das Sprechergremium läßt aber tiefer blicken. Dort sind unter anderem vertreten:
Rudolf Andreas, DSU-Generalsekretär und Landesvorsitzender Thüringen aus Erfurt;
Johannes von Campenhausen, Bundesvorsitzender der "Deutschen Partei" (DP) aus Haunetal/Hessen;
Bernd-Thomas Ramb, stellvertretender Bundesvorsitzender des "Bundes freier Bürger" (BfB);
Markus Zehme, Redaktionsmitglied der "Jungen Freiheit" (JF) aus Mainz;
Ebenfalls unterstützen das BKKD:
Hellmut Berger, ex. Finanzchef der AEG;
Dieter Berger, Vorsitzender"Aktion Deutsche Mark e.V." aus München;

Weiterhin wird das BKKD von der Statt-Partei aus Hessen und Thüringen unterstützt.
Helmut Kirchner, Bundesvorstand der "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) und der stv. Landesvorsitzende Hessen der UÖD, **Achim Ockenfeld**, zählen ebenso zu dem Bündnis.

Nicht jeder Förderer ist gern gesehen

Am 18.09.95 erschien dann in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" eine Anzeige unter dem Motto " 3. Oktober 1990: Tag der Deutschen Einheit - Tag der deutschen Befreiung - Für eine deutsche Zukunft in einem freien Europa!". Im anschließenden Text heißt es u.a.: "Der 3.Oktober markiert das Ende des sowjetischen Regimes auf deutschem Boden und der Vormundschaft der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. ... Doch die Verwirklichung der nationalen Einheit wird von innen und außen massiv behindert. Durch die Verträge von Maastricht wird die Deutsche Mark vernichtet, die bundesdeutsche Verfassung aufgehoben, die deutsche Souveränität ausgehöhlt. Sind wir 50 Jahre nach Kriegsende immer noch tributpflichtig? ...". Die Anzeige erschien auch in der "Jungen Freiheit", interessanterweise als Anzeige gekennzeichnet. Nicht alle, die Geld gespendet hatten, durften sich aber über eine Namensnennung freuen. So wurde in der "Europa Vorn" berichtet, daß viele hundert Förderer unter Angabe ihrer Parteizugehörigkeit 50,- DM und mehr für die Anzeige gespendet hatten, jedoch als Unterzeichner nicht auftauchten. **Roberto Rink**, Bundesvorsitzender der DSU, entschuldigte sich dafür mit der Begründung, daß bundesweit über 1.000 Postsendungen verschwunden wären und tröstet die Geprellten, daß doch immerhin die Anzeige erscheinen konnte. Woher er diese Erkenntnisse hat, läßt er im Dunkeln. Allerdings kommt er zum Schluß, daß "die Bundesrepublik Deutschland in Stil und Machenschaften der DDR in nichts nachsteht", wobei er an die "gewaltigen Behinderungen" im Vorfeld der Veranstaltung am Kyffhäuser-Denkmal erinnerte.



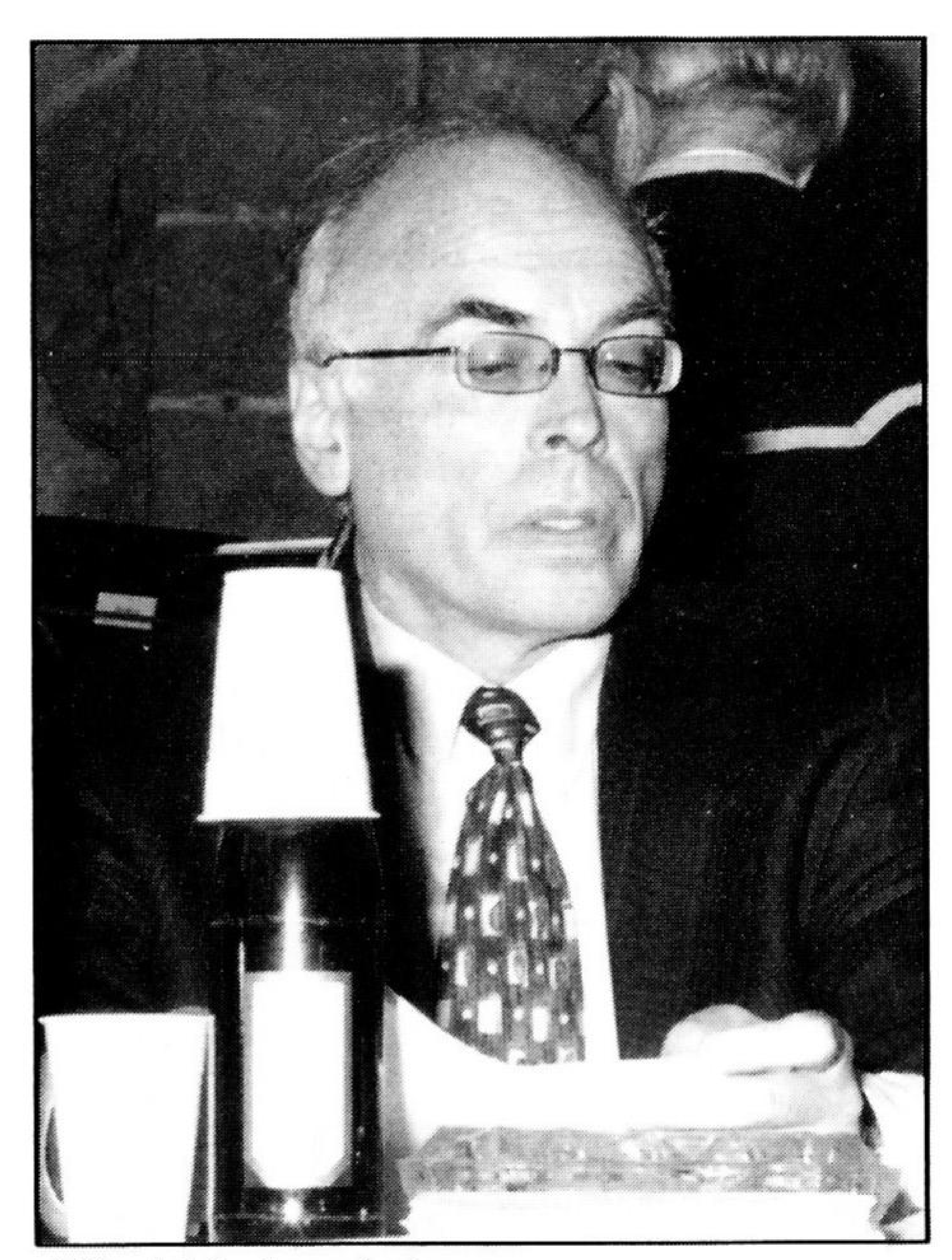
DSU-Vorsitzender Roberto Rink (links) und BKKD-Sprecher Lothar Lauck

"Hier hört man noch deutsche Musik im Radio"

Das dem nicht ganz so gewesen sein konnte, bewies am 3.Oktober ein starkes Polizeiaufgebot, welches zum Schutz der Veranstaltung eingesetzt war. Diese fand nun entgegen der Ankündigung nicht direkt am Denkmal

statt, sondern im nahe gelegenen Festsaal des Hotel Burghof. Der Aufforderung, in dezenter Kleidung zu erscheinen, kamen die meisten Besucher auch nach. Erschienen waren auch einige Burschenschaftler in voller Montur. Aus dem Rahmen fielen lediglich die Ordner der DSU, die in Auftreten und Verhalten eher in die Passauer Nibelungen-Halle zu einer DVU-Veranstaltung gepaßt hätten.

Die Eröffnungsrede hielt **Lothar Lauck**, Sprecher des BKKD, die Begrüßungsansprache wurde von Roberto Rink gehalten und "DSU-Basisfrau" **Katrin Tümmler** durfte anschließend mit der Rezitation "Aufruf an das Deutsche Volk" von Ulrich von Hutten das Publikum beglücken. Höhepunkt war die Festrede von **Alfred Mechtersheimer** mit dem Thema "Deutschland - Friedensmacht der



Alfred Mechtersheimer selbsternannter "Friedensforscher"

Mitte". In der fast einstündigen Rede begeisterte Mechtersheimer den Saal mit teilweise übelster Demagogie und Polemik a la Schönhuber. Beispiele gefällig? "Auch ich (Mechtersheimer; d.A.) bin gegen Abschiebungen, denn sie sind unmenschlich. Man darf die Leute erst gar nicht reinlassen. ... Es ist schön hier bei Ihnen in Thüringen zu sein. Hier hört man noch deutsche Musik im Radio. ... Sie hier kennen das ja nicht, aber bei uns im Westen, da gibt es Stadtteile, da sind wir Deutschen in der Minderheit. ... Nicht arabische Terroristen (gemeint war wohl Yassir Arafat; d.A.), der Bund der Vertriebenen hat den Friedensnobelpreis verdient." Als Mechtersheimer das Gebiet der ehemaligen DDR mit Ostdeutschland bezeichnete, wurde er aus dem Publikum mit lautem Mitteldeutschland verbessert. Nach Mechtersheimer durften dann **Baldur Springmann**, "Mitbegründer der ökologischen Bewegung in Deutschland" (was immer das auch sein soll) und Bernd-Thomas Ramb noch Reden halten. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit dem Absingen der Nationalhymne. Sicherheitshalber war aber auf dem Programmheft die dritte Strophe abgedruckt.

Andreas Speit

NORMalisierung von rechts: Biopolitik und „Neue Rechte"

In seiner jüngsten Publikation „NORMalisierung von rechts - Biopolitik und 'Neue Rechte'" setzt sich Udo Sierck, wie der Untertitel bereits verrät, mit den sozio-biologistischen Konzepten und Visionen der sog. „Neuen Rechten" auseinander.

Bereits im Vorwort stellt Udo Sierck dar, daß es es sich nicht um ein „Randproblem" handelt. „Wohnungslose, homosexuelle oder behinderte Menschen werden auf offener Straße angepöbelt, angefallen, erschlagen. Finden die Überfälle in den Medien Erwähnung, einigt man sich schnell auf die Tätergruppe 'Skinhead' und wäscht seine Hände ansonsten in Unschuld. Genauere Recherchen vor Ort ergeben, daß es sich häufig um ganz 'normale' Jugendliche und Erwachsene handelt, die ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Und die über sie verbreitete Empörung macht in Ratlosigkeit: Wie ist das nur möglich? Die auf die (Individual-)Täter-Opfer-Perspektive ausgerichtete Berichterstattung erweckt den Eindruck, die Angriffe kämen völlig überraschend, 'aus heiterem Himmel'. Es wird so getan, als gebe es keine Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte oder gegen Behindertenwohnungen in der Nachbarschaft, als sei die Gewalt gegen Schwule ein neues Phänomen oder gehöre die Vertreibung von Sinti und Roma nicht zum ordnungspolitischen Tagesgeschäft. Die Gewalt findet jedoch in der Mitte der Gesellschaft statt".

Und diese „Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft" ist seit der Etablierung der „rassen- und sozialhygienischen Ideen zu Beginn dieses Jahrhunderts eine latente tödliche Bedrohung. Es „existiert eine", wie Udo Sierck hervorhebt, „sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in der Sexualität unangepaßte, gegen physisch oder psychisch oder sonstwie auffällige Menschen aus der Bevölkerung richtet. Die Aussonderung konnte und kann sich auf das 'gesunde Volksempfinden' stützen" (S. 6).

Daß dieses Buch aber auch unter einem anderen Aspekt unbequem sein soll und zum Nachdenken und Sich-selbst-hinterfragen anregen möchte, macht Udo Sierck ebenso im Vorwort deutlich, in dem er feststellt: „Daß Rassismus und Sozialrassismus zusammengehören und gegen beide gehandelt werden muß, ist auch in linken Kreisen keine Selbstverständlichkeit - teilweise aus Unwissenheit über die Verknüpfung, aber auch deshalb, weil diese Auseinandersetzung auf eigene Wertvorstellungen und Menschenbilder stoßen würde. So dürfte es kein Zufall sein, daß es kritische Analysen zur Wiederbelebung der 'nationalen Identität' gibt, daß für die Politikfelder der Asylgesetzgebung oder der Inneren Sicherheit die Annäherung an rechtsextreme Ideologien herausgearbeitet wurde, daß Recherchen über Nazirock, die Medienmacht der Rechten und ihre Verleger exisitieren: Über die sozio-biologischen Vorstellungen der 'Neuen Rechten' und deren Einbindung in laufende Entwicklungen findet sich jedoch fast nichts" (S. 6). Über die Frage wieviel „fast nichts" ist, braucht nicht spekuliert zu werden, zu offensichtlich ist die beschriebene Diskrepanz. Auch positive Gegenbeispiele dürfen nicht über diese Realität hinwegtäuschen. Mit seiner Publikation möchte er den Blick entsprechend zu erweitern.

In Anlehnung an Michel Foucault verwendet Sierck den Begriff „Bio-Politik": „Gemeint ist damit: Physische und psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema in Alltag und Politik geworden. Der menschliche Körper wird zum Austragungsort des politischen Geschäftes. Biopolitik hat sowohl den Einzelnen als auch die Allgemeinheit im Blick. Dabei tritt die biologische Norm zunehmend an die Stelle gesetzlicher Vorgaben". Die letzte Konsequenz dieser Entwicklung bedeutet „die physische Entfernung des Ärgernisses" (S. 7).

Untergliedert ist das Buch in sechs Abschnitte. Im ersten Abschnitt geht Sierck kurz auf die Organisation, Struktur und Ideologie der sog. „Neuen Rechten", mit Schwerpunkt auf ihrer „Biopolitik", ein. Ausgeblendet wird die aktuelle Diskussion, inwieweit mit dem Signum „Neue Rechte" überhaupt gearbeitet werden kann und soll. Er legt dar, daß an der „Neuen Rechten" nichts neu ist und daß die Grenzen verwischen. „Zu peinlich wäre eine Diskussion zwischen Repräsentanten der Rechtsaußenparteien, Christ- und Sozialdemokraten. Denn keiner der Zuhörer würde große inhaltliche Unterschiede feststellen" (S. 14).

Die Vordenker und Vorbilder der sich neugebenden „Rechten" finden im zweiten Abschnitt Beachtung. Udo Sierck umreißt **Carl Schmitts** „Lehre vom autoritären Staat" und die von ihm propagierte Vorstellung, daß „zur Demokratie also notwendigerweise Homogenität" und „zweitens - nötigenfalls die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen" gehören (S. 19f) und beleuchtet **Ernst Jüngers** Nationalismus und Antisemitismus. Nach Schmitt und Jünger werden der Rassenwissenschaftler **Hans F.K. Günther** und der Erbforscher **Fritz Lenk**, bzw. dessen Selektionstheorie, dargestellt. Nicht fehlen dürfen **Konrad Lorenz**, dessen Schüler **Irenäus Eibl-Eibesfeld** und **Arthur Jensen**, als auch **Hans Jürgen Eysenck**. Bei allen legt er knapp die zentralen Inhalte und ihre Relevanz für die „Neue Rechte" dar.

Im Dritten Abschnitt werden die „Wirkungsfelder" der „Neuen Rechten" aufgezeigt. Neben personellen und strukturellen Verbindungen in Stiftungen, Seminaren und Zeitschriften werden inhaltliche Verflechtungen

benannt. Namentliche Erwähnung findet u.a. die „Friedrich-von-Siemens-Stiftung“, das „Studienzentrum Weikersheim“, das „Thule-Seminar“ und das „Collegium Humanum“, sowie die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“. In den beiden Unterabschnitten „Ökologie- und Friedensbewegung“ und „Familie, Gesundheit, Soziales“, werden alt bekannte Verflechtungen, z.B. Otto Bruker und Co., als auch inhaltliche Überschneidungen, wie „natürlicher Lebensraum“, gesunde Ernährung und Rassismus, erwähnt.

Einzelne Aspekte der „Soziobiologie“ und Bevölkerungspolitik umfaßt der vierte Abschnitt im Buch. Einzelne Momente, die bisher angeschnitten wurden, werden vertieft. Unter anderem geht Sierck auf die „Triebtheorie“ im Zusammenhang mit dem „Ethnopluralismus“ ein, er stellt die Beziehung von „Elite und Genetik dar, und setzt sich mit dem „Kampf der Wiegen“, der herrschenden biologistischen, rassistischen und sexistischen Geburtenkontrolle auseinander.

Im fünften Abschnitt „Genetische Fahndung: Von der Prävention zur Diktatur der Normalität“, skizziert Sierck aktuelle Entwicklungen nach. Offensichtlich wird, wie wenig Berührungsängste vorherrschen und wieviel Gemeinsamkeiten zwischen „neurechten“ Vorstellungen, Forderungen und theoretischem Fundament und der herrschenden Politik bereits vorhanden sind, bzw. werden auch in Perspektive noch mehr zum Tragen kommen. Deutlich sichtbar ist, wie wenig entfernt die Verfasser von Artikeln für die „Junge Freiheit“ oder „Criticón“ von denen sind, die „Bioethik-Konventionen“ unter Überlegungen der Diskursakzeptanz verfassen.

Den Abschluß der Publikation bildet der Abschnitt „Körper und Seele: Anthroposophie, 'New Age' und Philosophie der Fitneß“. Im Mittelpunkt dieses Abschnittes stehen Überschneidungen eben jener Szene und „Ideologie“ zum Faschismus im allgemeinen und zum Neofaschismus - der „Neuen Rechten“ - im besonderen. Hierbei bringt er einzelne Aspekte, die schon angeschnitten wurden, zusammen.

Udo Sierck arbeitet heraus, daß die „Neue Rechte“ verbal Zurückhaltung übt, wenn es um Eugenik, 'Euthanasie', Pflicht zur Gesundheit oder Selbstverantwortung bei Krankheiten geht. „Eine Vorreiterrolle übernehmen 'neurechte' Wissenschaftler hingegen in der Soziobiologie mit ihren Behauptungen von der natürlichen Ungleichheit der Völker und den naturgegebenen Fähigkeiten der Individuen. Die Soziologie wird zur Soziobiologie, die Ethik zur Bioethik. Rassismus und 'Lebenschutz'-Behauptungen erhalten Auftrieb durch neue Forschungen, die alles Soziale genetisch verorten. Die 'Festung Europa' aus Sicht neurechter Bevölkerungspolitik ergänzt sich mit der Zucht und Ordnung nach innen“ (S. 9.). Deutlich kristallisiert er heraus, daß die Soziobiologie ein entscheidendes ideologisches Segment der "Neuen Rechten" ist.

Zum Schluß seines Buches zeigt er die tödliche Konsequenz auf. „Sobald in einer Gesellschaft Einigkeit über die Kriterien der Aussonderung besteht, müssen die Ausgegrenzten damit rechnen, diskriminiert und in historisch gewachsene, gefährliche Rollen gepreßt zu werden. Die mit diesen Urteilen einhergehenden zwischenmenschlichen und räumlichen Distanzierungen erhöhen für die Gemeinten letztendlich ihr Tötungsrisiko. Denn Gewalt wird eher gegen jene gewandt, mit denen sich nur wenige identifizieren. Auf dieser Basis schlagen Urteile in Gewalt um“ (S. 96).

Udo Sierck wird seiner selbst formulierten Intention gerecht, die biopolitischen Vorstellungen der „Neuen Rechten“ in den Vordergrund zu heben und den gesellschaftlichen Kontext zu beleuchten. Bekanntes wird unter einem anderen Blickwinkel betrachtet und durch neue Fakten erweitert. So werden zum einen diejenigen, die vielleicht dachten, „schon wieder ein Buch mehr zur 'Neuen Rechten'“, interessante und neue Aspekte finden können. Zum anderem werden auch diejenigen, die sich erstmals an das Thema wagen, einen sehr guten, informativen Überblick bekommen. Das 114 Seiten starke Buch entlarvt und zwingt zum Nachdenken und Reflektieren.

Udo Sierck: „NORMalisierung von rechts, Biopolitik und 'Neue Rechte'“, Verlag Libertäre Assoziation, 114 S., 18.-DM

Anton Maegerle

„Selbstbestimmung für Südtirol - jetzt!“

Südtirol, seit 1919 aufgrund des Friedensvertrages von Saint Germain zu Italien zugehörig, wurde in den sechziger und siebziger Jahren durch eine Serie von Bombenattentaten erschüttert. Die Strategie der Spannung, praktiziert von zahlreichen terroristischen „Südtirolbumsern“, wird heute in modifizierter Form, in Wort und Schrift, weitergeführt. Im Vordergrund steht der Anschluß von Südtirol (450.000 Einwohner, von denen ca. 280.000 zur deutschen Sprachgruppe zählen) an Österreich.



Parolen der "Südtiroler Freiheitskämpfer"

„Bleiben Sie in Südtirol und fahren Sie nicht über die Salurner Klause, denn dort beginnt das eigentliche Italien. Sprechen Sie deutsch und versuchen Sie nicht Ihre paar italienischen Sprachbrocken an den Mann zu bringen“, appelliert der in München ansässige „Andreas-Hofer-Bund e.V“ (Erstgründung: 1919), ein Ableger des „Südtiroler Heimatbundes“. Publizistisches Sprachrohr des „Andreas-Hofer-Bundes“ ist das schlicht aufgemachte Mitteilungsblatt „Berg-Feuer“, das im 12.Jahrgang erscheint. Geführt werden die Südtirol-Nostalgiker von ihrem Bundesobmann **Heinz Ammon** (München); als Stellvertreter steht ihm **Siegfried Steger** (Telfs/ Österreich) zur Seite. Mitglied des Bundes ist unter anderem **Hans-Ulrich Kopp**, Vorstandsmitglied des „Witiko-Bundes“ und Ex-Redakteur der „Jungen Freiheit“ (JF), der 1990 zum Revisor der Münchner Gruppe gewählt wurde. Den LeserInnen des „Berg-Feuers“ preist sich die JF mittels Anzeigen wie folgt an: „Die 'Junge Freiheit' berichtet regelmäßig und umfassend über den Volkstumskampf in Süd-Tirol.“ Umgekehrt sucht der „Andreas-Hofer-Bund“ mittels Anzeige in der JF neue Aktivisten und Sympathisanten für sich zu gewinnen.

Für die „Lieben Südtirol-Urlauber“ hält der „Andreas-Hofer-Bund“ ein Flugblatt bereit, in dem Südtirol als „deutsches Land“ beschworen wird: „Wir freuen uns, daß Sie Ihren Urlaub in Südtirol, mit seinen herrlichen Bergen und Seen, Burgen und Schlössern und hochwertigen Kulturdenkmälern und Obst- und Weinbaugebieten, verbringen wollen. Bedenken Sie aber auch, wenn Sie die sogenannte Brennergrenze passieren, daß Südtirol seit über 1200 Jahren deutsches Land ist.“

Für deutschbewußte Urlauber hat der „Andreas-Hofer-Bund“ vorgesorgt; eine Liste von „Volkstreuen Gastbetrieben in Süd-Tirol“ kann kostenfrei abgerufen werden.

In zahlreichen ultrarechten Kreisen kursiert in der Bundesrepublik die Postille „Der Tiroler“ (14.Jahrgang), die vom „Tiroler Heimatbund“ (Verleger zuvor: „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“) verlegt wird. Als Herausgeber tritt eine „Arbeitsgemeinschaft zur Herausgabe des Tirolers“, die sich aus verschiedenen Südtirolschutzverbänden und „Persönlichkeiten aus

Gesamttirol" zusammensetzt, in Erscheinung. Die Schriftleitung für die Bundesrepublik hat **Robert Detzel**, die Schriftleitung für Österreich und Südtirol, **Herbert Ladurner**, inne. Angeschlossen ist dem „Tiroler" der „Buchdienst Südtirol", in dessen Angebot sich sich u.a. schon die Musikcassette „Mein Kamerad. Ein Gedenken dem deutschen Soldaten und europäischen Freiwilligen" des braunen Liederbarden **Frank Rennicke** und das Buch „Meine Kommandounternehmen" des SS-Haudegens **Otto Skorzeny** fanden.

Autor im „Tiroler" ist auch **Christian Plaickner**, der in Sachen Südtirol auch für die „Junge Freiheit" zur Feder greift.

An vorderster Front der Südtirol-Hauptberichterstatter stehen in der JF **Dieter Hofer**, Mitglied der Burschenschaft "Suevia" und **Franz Watschinger**, Mitglied der Burschenschaft "Brixia"; beide sind zugleich regelmäßige Autoren in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Aula". Watschinger interviewte jüngst für die „Junge Freiheit" den Landeskommandanten der "Südtiroler Schützen", Schützenmajor **Richard Piok**. Dieser glaubt, daß „durch eine zunehmende Bedrohung der Tirolität durch die multikulturelle Vereinheitlichung der Gesellschaft im Zuge der EU auch den Nordtiroler Schützen politische Aufgaben zuwachsen."

Franz Watschinger zeichnete im letzten Jahr für den Festausschuß des „Gesamt-Tiroler Freiheitskommers", der im Oktober 94 im Innsbrucker Kongreßzentrum Dogana über die Bühne ging, verantwortlich. Auf der Veranstaltung wurde die Forderung nach einer Vereinigung Tirols mit dem zu Italien gehörigen Südtirol erneuert. Veranstaltende Verbände des revanchistischen Treffens waren unter anderem die „Deutsche Burschenschaft", die Innsbrucker Burschenschaften „Brixia" und „Suevia" sowie der „Wiener-Korporationsring". Zugegen beim Kommers war auch der 1.Sprecher der „Kameradschaft der ehem. Südtiroler Freiheitskämpfer", **Erhard Hartung**. „Alter Herr" der „Brixia" ist **Peter Kienesberger**, der wegen seiner Beteiligung an Bombenanschlägen in Südtirol während der sechziger Jahre -in Abwesenheit- in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Eine burschenschaftliche Heimat haben bei der „Brixia" auch **Herwig Nachtmann**, („Tiroler Heimatbund"), bis vor kurzem Geschäftsführer der „Aula", und **Rudolf Watschinger**, Vater von Franz Watschinger, gefunden. Watschinger senior, „Südtirolbumser" wie Kienesberger, war einst Vorsitzender der zwischenzeitlich verbotenen „Nationaldemokratischen Partei Österreichs" (NDP).

Im Zuge der Münchner Käseschachtelaffäre wurde im Mai die bundesdeutsche Medienlandschaft auf den 1963 gegründeten Verein „Stille Hilfe für Südtirol", in dessen Reihen rund 32.000 Mitglieder sind, aufmerksam. Der Mitgründer und Vorsitzende des Vereins, der CSU-Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat, der Bundesverdienstkreuzträger **Gerhard Bletschacher**, mußte zurücktreten, als bekannt wurde, daß er 4,8 Millionen Mark Rücklagen des Vereins als „zinsloses Darlehen" in seine marode Kartonagenfabrik gesteckt hatte. Von 1978 bis 1991 hatte die Stadt den Verein jährlich mit 10.000 Mark unterstützt. Unterstützung floß auch aus dem Bonner Bundesministerium des Innern (BMI). Bezahlt wurden dafür u.a. „Paletten deutschen Schriftwerks" (Walter von Goldendach), darunter pangermanische Propagandaschriften aus dem rechtsextremen „Türmer"-Verlag von **Gert Sudholt**, für die Bletschacher als Absender zeichnete.

In der Reihe „Deutsche Geschichte" (Druckort: Slowakei), die von der „Verlagsgemeinschaft Berg" (Chef des Verlagsimperiums: Sudholt) herausgegeben wird, erschien jüngst das Heft Südtirol. Im Vorwort beschwört Sudholt seine LeserInnen, daß sie alle „eindringlicher" denn je dazu aufgerufen sind, sich „für die Volksgruppenrechte deutscher Minderheiten einzusetzen, gleich ob in Straßburg oder Bozen." Sudholt weiter: „Ohne jenes nationale Geschichtsbewußtsein, das die allierten Siegermächte den Deutschen nun schon seit 50 Jahren auszutreiben versuchen, wird dies nicht möglich sein."

Nationales Geschichtsbewußtsein im Sinne Sudholts beweist die „Bayernpartei", die Ende 1994 ein „Kuratorium Freies Südtirol" ins Leben gerufen hat, das die „Forderung nach der Freiheit Südtirols vom italienischen Staat unterstützt".

Südtirol war und ist weiterhin ein beliebtes Agitationsfeld für deutschsprachige Rechtsextremisten jeglicher Couleur. ◩

Sebastian Schwarz

"Geschichte mal ganz anders"

In die Reihe der Geschichtsrevisionisten reiht sich die Postille der "Soldat im Volk", welche im 44. Jahr erscheint, ein. Das Blatt ist das Organ des "Verband deutscher Soldaten e.V." (VdS) mit Sitz in Bonn und dem "Ring Deutscher Soldatenverbände" (RDS).

Im Leitartikel der Nummer 10/95 zeigt sich Oberstleutnant a. D. **Siegfried Ulbricht** aus Rimsting besorgt um den guten Ruf der Wehrmacht. Anlaß für den Artikel ist die sehenswerte Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941-1944", eine Wanderausstellung, die noch in Stuttgart und Wien zu sehen sein wird. Verbrechen hat es nicht gegeben; wenn es doch welche gab, wurden sie von einer kleinen Minderheit ausgeführt, so lautet der Tenor seines Artikels. Die Begründungen sind allerdings so haarsträubend, daß man sie nur noch als ein einziges Lügengebilde begreifen kann. Zuerst zweifelt Ulbricht die Möglichkeit zur Aufarbeitung der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieges überhaupt an und zwar weil wir zum einen den Krieg verloren haben und zum anderen die NS-Führung in die Kriegsführung eingriff.

Als Zeuge für diese abenteuerlichen Begründungen wird ausgerechnet der "Blut und Boden" Schreiberling Ernst Jünger herangezogen. Einige Absätze weiter kommt der Autor doch nicht darum herum zuzugeben, daß es Verbrechen gab. Aber doch nicht von der Wehrmacht, denn es waren die Soldaten und nicht die Wehrmacht. Überhaupt, was wissen denn schon die Historiker von dem gnadenlosen Partisanenkampf und dem Innenleben des deutschen Frontsoldaten. Folgerichtig lobt Ulbricht ausländische Autoren, seltsamerweise nennt er keine Namen, für ihre objektive Berichterstattung zum Thema Wehrmacht.



1939: Ein Wehrmachtkommando erschießt polnische Zivilisten

Richtig, es gab nämlich auch einen fairen Krieg, und er denkt dabei an den "Westfeldzug in Frankreich oder vor allem an ein diesbezügliches Juwel, den Krieg in Nordafrika. Er vollzog sich ... äußerst ritterlich.". Außerdem sollten die Deutschen dankbar sein, denn schließlich haben doch Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht die Bundeswehr aufgebaut. Zum Schluß liefert er dann doch noch die Begründung für die Taten der Wehrmacht. So sei "... ihre Motivation keinesfalls in der NS-Ideologie zu suchen, sondern im Schutz des Vaterlandes und in der Abwehr der bolschewistischen Überflutung. Der Bombenterror über dem Reichsgebiet und das Verlangen der bedingungslosen Kapitulation haben das übrige getan.". Nur seltsam, daß die Sowjetunion am Bombenterror überhaupt nicht beteiligt war.

Doch damit ist es in dem Heft noch nicht getan. Eine Seite weiter kann sich Pater **Lothar Groppe SJ** aus Bad Pyrmont auslassen. Groppe, Ex-Militärpfarrer und Dozent der

Hamburger „Führungsakademie der Bundeswehr", ist auch eifriger Schreiber in "Erneuerung und Abwehr", der Zeitung der "Evangelischen Notgemeinschaft" sowie Kuratoriumsmitglied im Verein "Konservative Kultur und Bildung e.V./ Konservatives Büro". In dem gemeinnützigen Verein mit Sitz in Bielefeld tummeln sich u.a. auch **Gerhard Löwenthal, Christa Meves** und **Caspar von Schrenck-Notzing**. Wir lernen von Groppe, daß "die Geburtsstätte der NSDAP nicht München, sondern Versailles gewesen sei.", und daß "ohne gewisse Kenntnisse der Vorgeschichte des Dritten Reichs der rasante Aufstieg Hitlers - nicht zuletzt dank massiver ausländischer (!) Finanzhilfe - nicht zu verstehen ist.". Die Juden sollen sich auch nicht so aufregen, denn "übrigens schmachteten schon lange vor den Juden Deutsche in den Konzentrationslagern, als die ganze Welt zu den olympischen Spielen nach Berlin drängte ...". In diesem Stil folgt dann noch ein Artikel des schwedischen Major **Göran Holming** aus Skanör, der mit wildesten Zahlenspielen belegen will, daß die Zahlen der getöteten sowjetischen Zivilisten und Juden lediglich der Sowjetpropaganda entstammen und nicht der Realität entsprechen.

Der VDS besitzt übrigens auch einen "Kampffonds", der "notwendig ist, um der Diffamierung des deutschen Soldaten in massiver Form Widerstand zu bieten.". Hoffen wir, daß dieser bald leer ist.

Anton Maegerle

Rechtsextreme Publikationen

Auf dem Zeitschriftenmarkt will in diesem Jahr auch die im bayerischen Starnberg ansässige Verlagsgemeinschaft Berg (VGB) mit ihrer Reihe „Deutsche Geschichte" antreten. Die Auflage der unregelmäßig erscheinenden geschichtsrevisionistischen Postille liegt bei derzeit 10.000 Exemplaren.

Erklärtes Ziel der seit 5 Jahren in rechtsextremen Kreisen hochgelobten Reihe ist die „Aufarbeitung unserer großen deutschen Geschichte, die uns 1945 die Allierten Siegermächte nahmen". Diese soll, so der Verlag, „Stück für Stück, Ausgabe für Ausgabe, in einer ebenso ansprechenden wie unterhaltsamen, aber auch von Wahrheitssuche getragenen Weise zurückgeben" werden. Deshalb, so Verlagsgeschäftsführer **Gert Sudholt**, habe man personell aufgestockt und „enorme Investitionen" in neue Technologie gesteckt.

Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wird die Verlagsgemeinschaft Berg (Druffel, Türmer und Vowinckel-Verlag) als rechtsextreme selbständige (organisationsunabhängige) publizistische Einrichtung charakterisiert. Ein besonderes Augenmerk schenkt das Bundesamt der von der Verlagsgesellschaft betriebenen „Agitation gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenze".

Kopf der Verlagsgemeinschaft ist Sudholt, der auch als Herausgeber und presserechtlich Verantwortlicher der „Deutschen Geschichte" in Erscheinung tritt.

Sudholts politischer Werdegang führte ihn vom Vorsitz des 1966 gegründeten „Republikanischen Studentenbundes Deutschland" (Ziel: „Aufklärung der Studentenschaft gegen Links") bis an die Spitze der „Gesellschaft für freie Publizistik" (Vorsitzender von 1973 bis 1983 und von 1985 bis 1992), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik. Zeitweilig stand Sudholt, der zum Themenfeld „Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südwestafrika 1894-1904" promovierte, der „Rudolf-Hess-Gesellschaft e.V.", vor, die 1989 als Nachfolgeorganisation der „Hilfsgemeinschaft 'Freiheit für Rudolf Hess'" gegründet wurde. Seit 1973 ist Sudholt Herausgeber der „Deutschen Annalen" (Untertitel „Jahrbuch des Nationalgeschehens"), einem Sammelsurium von rechtsextremen Beiträgen sowie Nachrufen auf verstorbene Recken der braunen Szene (1994: Erich Schwinge, Leon Degrelle und Werner Koeppen).

Gegründet wurden die „Deutschen Annalen", die nach Auffassung der „Jungen Freiheit" (JF) „eigentlich in jeden Haushalt" gehören, von dem mittlerweile verstorbenen **Helmut Sündermann**. Sündermann hat eine lupenreine nationalsozialistische Biographie vorzuweisen; ab 1931 war er in der Reichspressestelle der NSDAP tätig, ab Januar 1933 bis 1945 Herausgeber der „Nationalsozialistischen Korrespondenz", 1937 bis 1945 Stabsleiter des Reichspressechefs Dietrich, 1938 Hauptamtsleiter der NSDAP, 1942 bis 1945 Stellvertretender Reichspressechef und Mitglied des Reichstags.

1949 wurde Sündermann von einer Münchner Spruchkammer zu drei Jahren Arbeitslager und Vermögeneinziehung verurteilt.

Ein Jahr nach seiner Verurteilung heiratete Sündermann. Die Auswerwählte, Ursula (1911 geboren), führte als Adoptivtochter ihres Onkels **Alfred von Druffel** und seiner Frau seit 1921 den Namen „v.Druffel, Freiin von und zu Egloffstein". Erstverheiratet war Frau Ursula 1934 mit dem um 12 Jahre älteren **Karl Sudholt**, der zeitweilig als Gauamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt (NSV) in München zugange war.

2 Jahre nach der Heirat mit Sündermann erfolgte am 1.August 1952 die Gründung des Druffel-Verlages. Über die Funktion des Druffel-Verlages wußte der rechtsextreme Schriftsteller **Nikolaus von Preradovich** bei seiner Trauerrede anläßlich des Todes von Frau Sündermann im August 1987 zu berichten: Helmut Sündermann „kannte die bedeutenden Männer des Dritten Reiches aus Kriegs-und Internierungszeit. Damals waren nur wenige Verlage bereit, die Erinnerungen dieser Männer und Frauen zu veröffentlichen. Der Druffel-Verlag bot und bietet eine Plattform. So konnte mit den Heß-Briefen 1952 das erste Buch erscheinen. In den 35 Jahren sind über 150 Titel mit einer Gesamtauflage von weit über einer Million Exemplaren veröffentlicht worden."

Die Verlagsgemeinschaft Berg hat sich in den letzten Jahren nebem dem Grabert-Hohenrain-Verlagskomplex zum führenden Verlag in Sachen Rechtsextremismus in Süddeutschland entwickelt. Angegliedert ist der Verlagsgemeinschaft neben der 1983 übernommenen Scharnhorst-Versandbuchhandlung auch eine Reiseabteilung („Erleben Sie im Kreis von Gleichgesinnten faszinierende Studienreisen und Kulturfahrten zu den interessantesten Stätten deutscher und abendländischer Geschichte."). Demnächst im Programm: Eine „Studienreise" zu „den Deutschen nach Schlesien"; Kostenpunkt der elftägigen Reise: 1.590 Mark.

Daß die Verlagsgemeinschaft Berg ihre Stellung im rechtsextremen Verlagswesen weiter ausbauen wird, dafür sorgt auch der ehemalige Bundesvorsitzende der „Republikaner", **Franz Schönhuber**. Dessen Buch „In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland" jüngst bei der VGB erschienen ist.

Seinen Verlag nutzt Sudholt auch selbst als publizistisches Agitationsfeld. So hat Sudholt eine zehnwöchige Haft im Landsberger Gefängnis, die er 1993 wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener absitzen mußte, dazu mißbraucht, ein rund 225 Seiten umfassendes Buch „In Haft. Landsberg 1993" zu schreiben. Darin kommt er zu folgendem Fazit seiner politischen Analyse: „Die Wähler sind da, die Themen sind da, die Menschen sind da, die bereit sind, nach vierzig Jahren des Irrweges, einen neuen Weg zu versuchen. Was fehlt, sind Persönlichkeiten, die das 'Heil' haben." Sudholt „wünscht" und „hofft" in seinem Werk, „daß dieses Tagebuch aus der Gefängniszelle auf breiten Widerhall stoßen wird, und damit auch dazu beiträgt, daß die vor fast einem halben Jahrhundert in Landsberg 279 Hingerichteten nicht vergessen werden. Möge ihre letzte Ruhestätte, der Friedhof von Spötting, als eine würdige Gedenkstätte gegen Siegerwillkür und Rachejustiz erhalten bleiben und häufiger als bislang besucht werden." Neben der offen zur Schau gestellten Sympathie für Nazi-Kriegsverbrecher und unverhohlener Bewunderung für Adolf Hitler, der auch zeitweilig in Landsberg einsaß, versteigt sich Sudholt in seinem Buch zu Aussagen wie „Wer die Bombenleger des 20.Juli 1944 verherrlicht, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich 1993 erneut Bombenleger lautstark um Aufmerksamkeit bemühen."

Zuständiger Redakteur der „Deutschen Geschichte" ist **Andreas Molau**. Der aus der Redaktion der „Jungen Freiheit" gefeuerte Molau lamentiert im aktuellen Jahresband der „Deutschen Annalen" darüber, daß eine „freie Forschung" zur „Judenfrage" nicht möglich sei. Auschwitz, so Molau, sei „zum Dogma geworden, und die Bundesrepublik hat sich mit diesem Dogma endgültig der Lächerlichkeit preisgegeben."

Antisemitische Töne von der Verlagsgemeinschaft Berg.

Giesela Schmalz

Das Neonazistische Thule - Netz

Das neonazistische Thule-Netz ist ein Verbund von mittlerweile 14 Mailboxen, Davon befinden sich in der Bundesrepublik noch drei im Aufbau. Eine von den zwei ausländischen Boxen ist ebenfalls noch im Aufbau. Gegründet wurde dieses neonazistische Computernetz im März 1993.

Diese Mailboxen tauschen untereinander ihre Nachrichten aus. So ist eine Nachricht, die z.B. in die Germania BBS (Bulletin Board Systems) in Bonn eingespielt wurde, nach kurzer Zeit auch in der Rattenfänger BBS in Hameln zu lesen. An die einzelnen Boxen sind sogenannte User (Nutzer) angeschlossen. Mensch hat auch die Möglichkeit sich als Gastuser in den Boxen umzusehen, allerdings bekommt mensch dann nur relativ wenig Nachrichten angezeigt. Dies ändert sich bei registrierten Usern. Um sich registrieren zu lassen, müßte mensch einen Userantrag ausfüllen und als Beleg seiner/ihrer realen Existenz eine Kopie des Personalausweises an den Betreiber schicken. Nach der anschließenden Überprüfung (Telefonanruf stehen dem User dann zahlreiche Bretter („Bretter" sind sozusagen die themenspezifischen Verzeichnisse, so etwas wie Rubriken) mit den entsprechenden Nachrichten zur Verfügung.

Dem eingetragenen User steht dann auch die Möglichkeit offen, ein sogenanntes Point-Programm zu benutzen, Dieses Programm lädt alle neuen Nachrichten einer Box in kürzester Zeit von der Box auf den heimischen Computer. Dort können sie dann in aller Ruhe gelesen werden. Dies senkt die Telefonkosten erheblich. Dafür müssen eingetragene User auch 60.-DM / Jahr für die Boxbenutzung bezahlen. Eingetragene User können auch untereinander kommunizieren. Dies geschieht mittels elektronischer Briefe (Emails). Diese Briefe können nur von dem Absender und dem Empfänger gelesen werden.

In den einzelnen Brettern befinden sich Nachrichten wie:

„Der Umbruch" von **Steffen Hupka**, Artikel aus der „Jungen Freiheit", aus „Nation und Europa", der „Nordischen Zeitung", Grundsatzpapiere vom „Nationaldemokratischen Hochschulbund", den „Jungen Nationaldemokraten" oder dem „Deutschen Kolleg", Veröffentlichungen der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) wie zum Beispiel deren monatliche Gefangenenliste und etliches mehr. Hinweise auf bevorstehende Veranstaltungen der Rechten finden sich eher selten oder aber ohne konkrete Hinweise auf den genauen Ort und Zeitpunkt der Versammlung. Über die Mailboxen der Rechten wurde schon viel geschrieben und spekuliert.

Wer sich selbst ein Bild machen möchte, dem stellen wir hiermit die Nachrichten einer Thule-Box aus dem Zeitraum von Mitte 93 bis Mitte 95 auf Disketten zur Verfügung. Wir haben eine Menüführung beigefügt, die den Umgang mit den Nachrichten erleichtert und keinerlei Erfahrung mit DFUE (Datenfernübertragung) erfordert, Die knapp 14.000 Nachrichten sind, wie in der Box- den Brettern zugeordnet und umfassen entpackt knapp 30 MB Speicherkapazität. Deshalb müssen die Daten auch auf die Festplatte kopiert werden.

Die Systemvoraussetzung: Ein IBM-kompatibler Computer, VGA-Karte, 3 1/2 Zoll Laufwerk 1,44 MB und 40 MB freie Speicherkapazität (nach dem Löschen der Quelldateien sind knapp 30 MB belegt). Für unsere Unkosten müssen wir leider 12,50 DM kassieren (8 Disketten, Porto und Verpackung). Bestellungen bitte nur schriftlich an:

Antifaschistische Infogruppe Celle, c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle

Olaf Goebel

Wer ist Naziterrorist Peter Naumann:

Aussteiger, VS-Agent, Bombenhirn, Einzeltäter, Verräter? Alles oder nichts?

Mitte August ging eine Meldung durch die Medien, die bei vielen für Erstaunen sorgte: Der altgediente Nazikader und Dienstälteste NS-Terrorist offenbarte sich pressewirksam den Fahndungsbehörden. Zu insgesamt acht Depots führt er die Ermittler und übergab das, was sie bisher nicht von selbst zu finden vermochten (oder wollten). Meinolf Schönborn erklärt der Szene den Schritt des Kameraden Naumann.



Peter Naumann

Noch Anfang des Jahres wurden bei dem Diplom-Chemiker zwei Sprengsätze gefunden. (siehe auch DER RECHTE RAND Nr.34). Den Zusammenhang zu der Briefbombenserie in Österreich konnten die deutschen Ermittlungsbehörden bisher nicht bestätigen. Im Mai rief **Peter Naumann** zum "Reinhold-Elstner Gedenkmarsch" in München auf. **Reinhold Elstner** hatte sich aus Protest gegen die Feierlichkeiten zum 8.Mai in der Feldherrenhalle selbst verbrannt. Er gehörte zur Leserschaft bekannter rechter Blätter. Etwa 70 Neonazis folgen Naumanns Ruf, hauptsächlich aus dem Spektrum der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der politischen Heimat des Wiesbadener Bombenhirns. Naumann blickt auf eine lange Karriere in der NS-Szene zurück. Der heute 42-jährige schloß sich 1970 den JN an, deren Bundesvorsitzender er 1976 wurde. Im gleichen Zeitraum war er auch für die NPD-Studentenorganisation NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund) aktiv. 1975 schoß Naumann bei einer Plakataktion des NHB mit einer Gaspistole auf StudentInnen der Mainzer Uni. Von 1981 bis 1984 hatte er das Amt des kommissarischen Vorsitzenden des Kreisverbandes der NPD Wiesbaden inne und war danach stellvertretender Vorsitzender, neben **Hans Schmidt**, einem frühen Vertreter der radikalen „Deckert-Linie" innerhalb der NPD.

Der Chemiker, der in der rechten Szene als Sprengstoffexperte gilt, fiel mit seinem tödlichen Hobby schon 1974 mit selbstgebastelten Sprengkörpern auf. Beim Basteln verletzte er sich schwer an der Hand und ein Feuerwerker kam ums Leben, als er eine von Naumanns selbstgebastelten Bombe entschärfen wollte. Soweit von der Bundesanwaltschaft (BAW) zu erfahren war, ist Naumann dafür nicht zu einer Freiheitsstrafe o.ä. verurteilt worden. Die Leidenschaft des Bombenlegens teilte er mit dem Terroristen **Odfried Hepp**. 1982 verabredete sich Naumann mit ihm und **Walter Kexel**, beide Mitglieder der VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands), den Spandauer Knast zu sprengen um den greisen Rudolf Heß zu befreien.

Interessant ist vor allem Naumanns Kontakt zu **Heinz Lembke**. Mit ihm plante er 1978 die Sprengung verschiedener Sendemasten, die er 1979 in die Luft jagte. Am 26.10.1981 wurde in der Lüneburger Heide ein von Lembke angelegtes Waffenlager gefunden. Inhalt: 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengkörper, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 13.520 Schuß Munition, 15 z.T. automatische Schußwaffen und größere Mengen chemischer Stoffe. Während der niedersächsische Innenminister von einem organisierten Hintergrund ausging („die Waffen können nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen, sondern müssen regelrecht angeliefert worden sein"), klagte Bundesanwalt Rebmann seinerzeit einen „Einzeltäter" an, nachdem er das Verfahren an sich gezogen hatte. Nach aktuellen Angaben der BAW wurde in einem dieser Erddepots ein Fingerabdruck von Naumann gefunden. Man könne davon ausgehen, so der Bundesanwalt weiter, daß ein Teil der jetzt gefundenen Depots Lembke zuzuordnen seien.

Kontakte zum Bundesgrenzschutz hatte Naumann auch. In seinem Verfahren 1988 wegen diverser Sprengstoffdelikte kam heraus, daß der benutzte Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen und die Zündvorrichtungen sowie diverses Werkzeug aus den Beständen des Bundesgrenzschutzes stammten.

Aus Lembkes Depots bediente sich seinerzeit auch der Nazimörder **Manfred Roeder**, der mehrere Anschläge verübte. Offensichtlich ein Freund von Naumann, tauchten doch beide auf einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Antifaschistischen Aktionstage in Hetendorf zu Pfingsten diesen Jahres auf.

Naumann ist Gründer des „Völkischen Bund" (VB), der Sonnenwendfeiern und Schulungen organisierte. Die Sonnenwendfeiern waren jeweils konspirativ organisiert, so daß es AntifaschistInnen nie gelang, den genauen Veranstaltungsort festzustellen. Zu diesen Sonnenwendfeiern im Rhein-Main-Gebiet reisten neben NPD-Funktionären wie Hans Schmidt (später hessischer NPD-Landesvorsitzender) auch Nazigrößen wie Dr. **Heinz Manz**, Zürich (Erster Sprecher der Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich); **Lisbeth Grolitsch**, Graz (Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft und des Freundeskreises Ullrich von Hutten); **Verners Pauzers**, Sigmaringen (Ehem. Offizier einer lettischen Freiwilligen-Division) etc. an. Auf den Schulungen wurde über die Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden aufgeklärt, oder eine interne Sicherheitstruppe trainiert, die z.B. die Ordner zur Beerdigung des Altnazis **Emil Maier-Dorn** stellte.

Der „isolierte Einzeltäter" Naumann bediente sich, um seinen Schritt für die rechte Szene nachvollziehbar zu machen, namhafter „Zeugen", während er vor der Presse sein Statement abgab. Anwesend waren **Meinolf Schönborn** (ehem. Chef der Nationalistischen Front) und **Frank Rennicke** (Mitglied von NPD und Wiking Jugend). Eigentlich wollte auch der NPD-Vorsitzende **Günter Deckert** kommen, er war aber verhindert. Schönborn ließ seine Erklärung zu Naumanns Offenbarung vom Nationalen Infotelefon Rheinland verlesen und schickte sie bundesweit herum. Naumanns Schritt bezeichnete er als wegweisend, mutig und mit ihm abgesprochen: "... wer politischen Weitblick besitzt, dem muß die Bedeutung dieses Schrittes klar sein. Rechtsterrorismus führt uns in eine endgültige politische und völkische Sackgasse. Ich hoffe, daß viele Kameraden diesen Schritt des Kameraden Peter Naumann verstanden haben oder noch verstehen werden und dann unserer Sache der kämpferischen Gewaltfreiheit ordentlich fortführen. (...) Ich kann an dieser Stelle versichern, daß Kamerad Peter Naumann weder einen Deal mit dem BKA gemacht hat, noch aus der Szene aussteigen will. Genau das Gegenteil ist der Fall. Alle seine Sprengmitteldepots hat er ohne Not, freiwillig und ohne Zwang offengelegt.". Weiter ruft Schönborn die Kameraden auf, Kontakte zum Verfassungsschutz öffentlich zu machen und der Presse zu mißtrauen.

Doch scheinbar sind nicht alle Nazis mit Schönborns Version einverstanden. So läßt der Drucker des "Einblick" und der "Nachrichten der HNG", **Eberhard Hefendehl**, in seinem Blatt "Der Scheinwerfer" durchblicken, daß er von einer VS-Geschichte ausgeht.

Inhaltlich und von der Arbeitsweise her koinzidieren Naumann und Schönborn bestens, obwohl ein Kontakt zwischen den beiden nie öffentlich bekannt wurde. Naumanns "Völkischer Block" wendete sich Mitte der 80er Jahre direkt an Jugendliche, um sie militärisch-inhaltlich zu schulen und ihnen die Grundregeln zum Aufbau einer illegalen Organisation beizubringen. Das selbe versucht Schönborn gerade mit dem Schulungsmaterial der sog. "Reichstreuen", das aus Holland verschickt wird und die Kameraden mahnt, ruhig und unauffällig auf ihren Einsatz zu warten. Bis dahin sollen sie sich körperlich ertüchtigen und inhaltlich mit Nationalsozialismus und Deutschtum beschäftigen. Unterschiede gab es in der Organisationsstärke. Naumann konnte ca. 150 Leute aktivieren, während Schönborn auf eine Sympathisantenszene von mehreren Tausend blickte.

Warum Naumann diesen Schritt tat, bzw. was Schönborn bewegte, ihn zu unterstützen, darüber läßt sich zur Zeit nur spekulieren. Soll von einer eventuellen Verwicklung Naumanns in die österreichischen Briefbombenaffaire abgelenkt werden, die sich in der Vergangenheit geradezu aufgedrängt hat? Ist Druck von (s)einer Behörde ausgeübt worden? Wieso wurde Naumann weder nach dem diesjährigen Bombenfund, noch nach der Offenlegung der Depots verhaftet? Warum stellt der VS-Landeschef Hartmut Ferse Naumann, wider besseren Wissens - ebenso wie damals Bundesanwalt Rebmann - als Einzeltäter hin? Oder hat Naumann einfach Angst, selbst Opfer eines Mordanschlags zu werden? Lembke starb einen Tag vor seiner Aussage über die Hintergründe der Depots in seiner U-Haftzelle unter merkwürdigen Umständen. Die Naziszene spricht noch immer von Mord durch den Geheimdienst. Walter Kexel nahm sich nach Verkündung des Urteils in der Zelle das Leben. Sein Freund Hepp machte dafür immer einen der deutschen Dienste verantwortlich.

Peter Naumann im Interview

Das frühere Magazin der „Jungen Nationaldemokraten", EINHEIT UND KAMPF (EuK), das seit der neuesten Ausgabe von **Jan Zobel** im formal unabhängigen NIZ-Verlag herausgegeben wird, interviewte Peter Naumann. Im folgenden Auszüge aus diesem Interview. Zur neuen Redaktion der EuK zählen neben dem Hamburger JN-Vorsitzenden Zobel auch der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel**, **Steffen Hupka**, Kader der NF-Nachfolgeorganisation „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront", und der frühere FAP-Funktionär **Andre Goertz**.

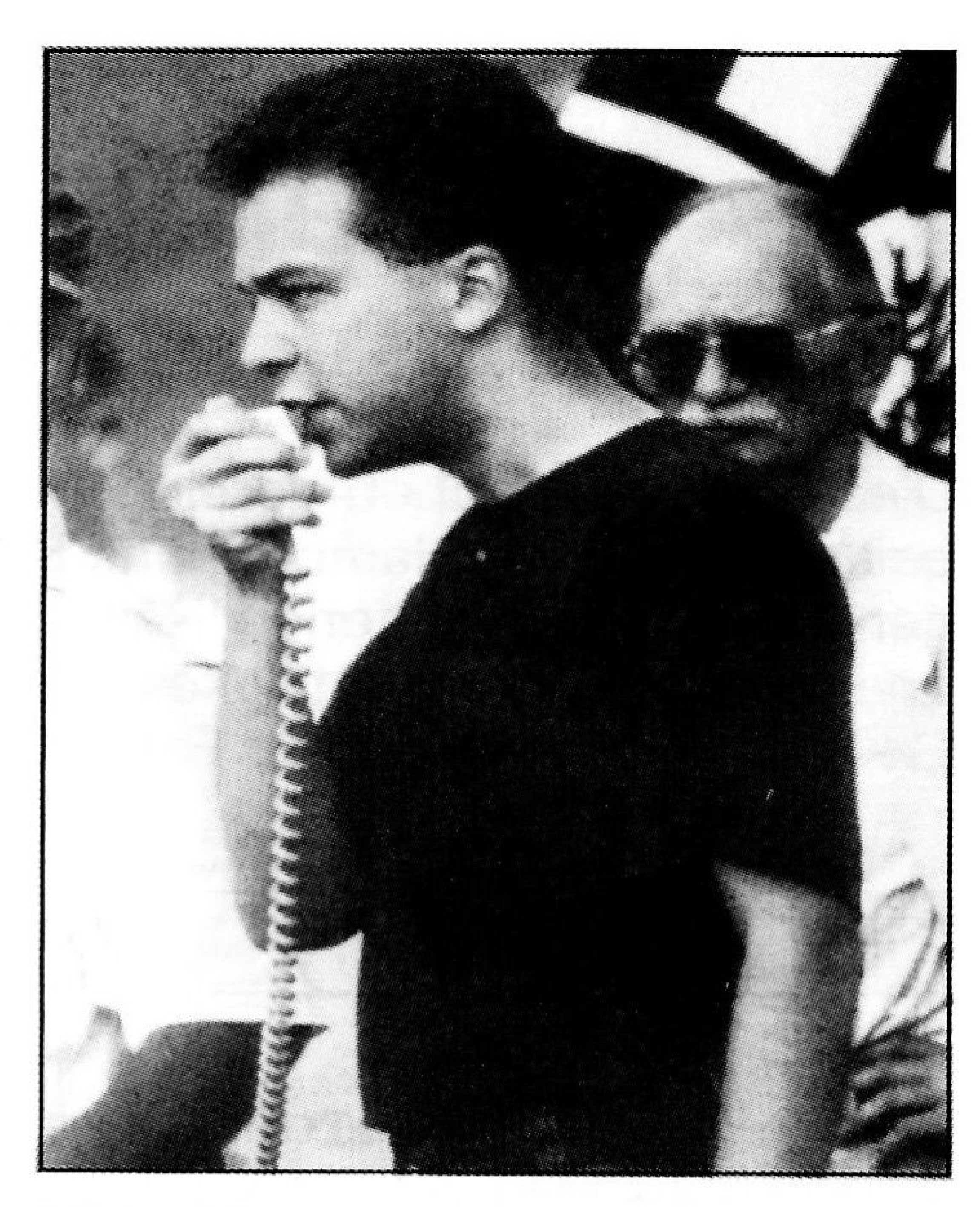
Naumann auf die Frage nach seinen Beweggründen, seine Waffendepots der Bundesanwaltschaft zu übergeben:

„ ... (für Außenstehende sei dieser Schritt) *nur vor dem Hintergrund der lebensbedrohlichen Lage unseres Volkes - wir stehen unmittelbar vor einem großen Krieg - (...) nachvollziehbar. (...) Es geht um den wirklich alles entscheidenden Endkampf zwischen den völkerbewahrenden Kräften und jenen, die durch die gewaltsame Zerstörung der natürlichen Ordnung der Völker und dem folgenden Rassenchaos eine pyramidal aufgebaute 'neue Weltordnung' erzwingen wollen. Diese 'neue Weltordnung' ist der Jahrtausende alte Traum einer vom Auserwähltheitswahn besessenen Gruppe, die damit ihre Macht über eine euro-afro-asiatische Sklavengesellschaft auf ewig festzuschreiben beabsichtigt. (...) Die Auserwähltheitswahnsinnigen und ihre nutznießenden Helfershelfer in der Politik und Wirtschaft, in den Medien und Geheimdiensten (...) versuchen nun uns vor der Zeit auf unserem Weg so zu beschleunigen und zu unvermittelbaren Aktionen anzustiften, daß die Verbindung zum Volk abreißt (...). In den letzten zwei Jahren ist zu beobachten, daß geheimdienstlich gesteuerte US-amerikanische Provokateure und ihre hiesigen 'nützlichen Idioten' zunehmend durch ihre Publikationen die Gewaltbereitschaft zu schüren versuchen. (...) Aus der Erkenntnis, daß - trotz der objektiv gegebenen Notwehr-Lage unseres Volkes - diese Notwehr vom Feind unter den derzeitigen Umständen sofort in seine tödliche Strategie eingebaut würde ('RAF-Phantom' ...) war die Entscheidung, meine Depots aufzulösen und demonstrativ öffentlich zu entrüsten, für mich zwingend notwendig. (...) Ich erwarte u.a. folgende konkret gesteuerten Geheimdienstaktionen: Erstens ein gezielt gesteuertes gegenseitiges Hochschaukeln von 'linker' und 'rechter' Gewalt, um Deutsche gegen Deutsche auszuspielen. Zweitens, nach der 'Generalprobe Mölln/Solingen', massive Terroranschläge gegen Ausländer und 'von Ausländern' - siehe Frankreich, um die innenpolitische Lage für alle unüberschaubar zu gestalten. Damit soll dann den bereits vor zwei Jahren offen angekündigten jüdischen Killerkommandos gegenüber der Öffentlichkeit die Legitimations-Grundlage geliefert werden, entsprechend ihrem biblischen Auftrage: ' ... Die besten im fremden Volke aber töte!'"*

Olaf Goebel

Nazi-Kader vor Gericht in Koblenz

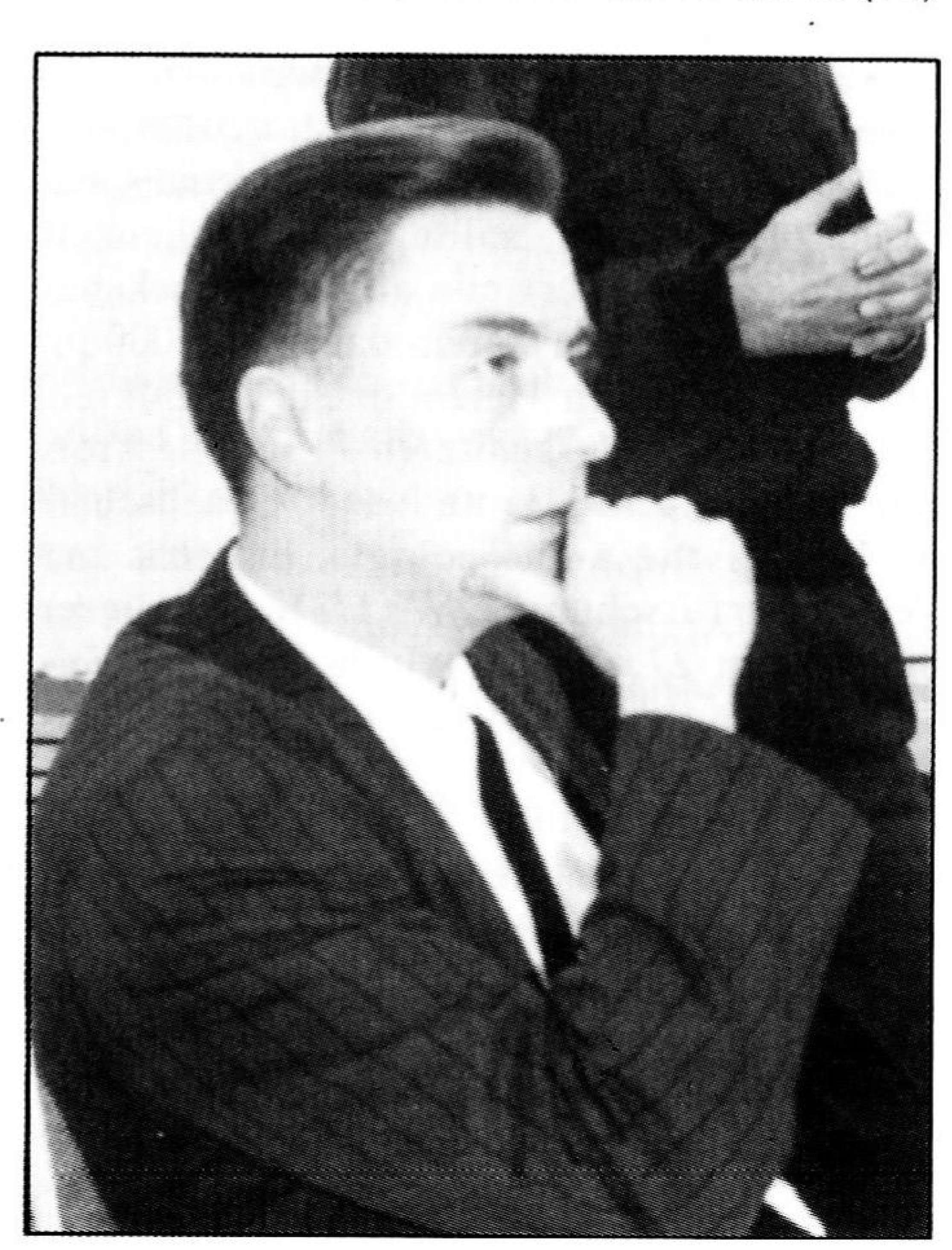
Seit dem 29.8.95 müssen sich diverse Nazi-Kader vor dem Landgericht Koblenz in einem der umfangreichsten Prozesse gegen die rechte Szene diesen Jahres, verantworten. Angeklagt sind 18 bekannte Neonazis, die in der verbotenen Deutschen Alternative (DA), in der aufgelösten "Aktionsfront Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK) und den noch existenten "Deutschen Nationalisten" (DN) aktiv waren bzw. sind. Als Verteidiger treten u.a. der RECHTSanwalt Jürgen Rieger auf, der schon im Stuttgarter ANS/NA-Verfahren für mehrjährige Verschleppung gesorgt hat und der Frankfurter Hans-Otto Sieg, bekannt aus dem „Einblick"-Verfahren.



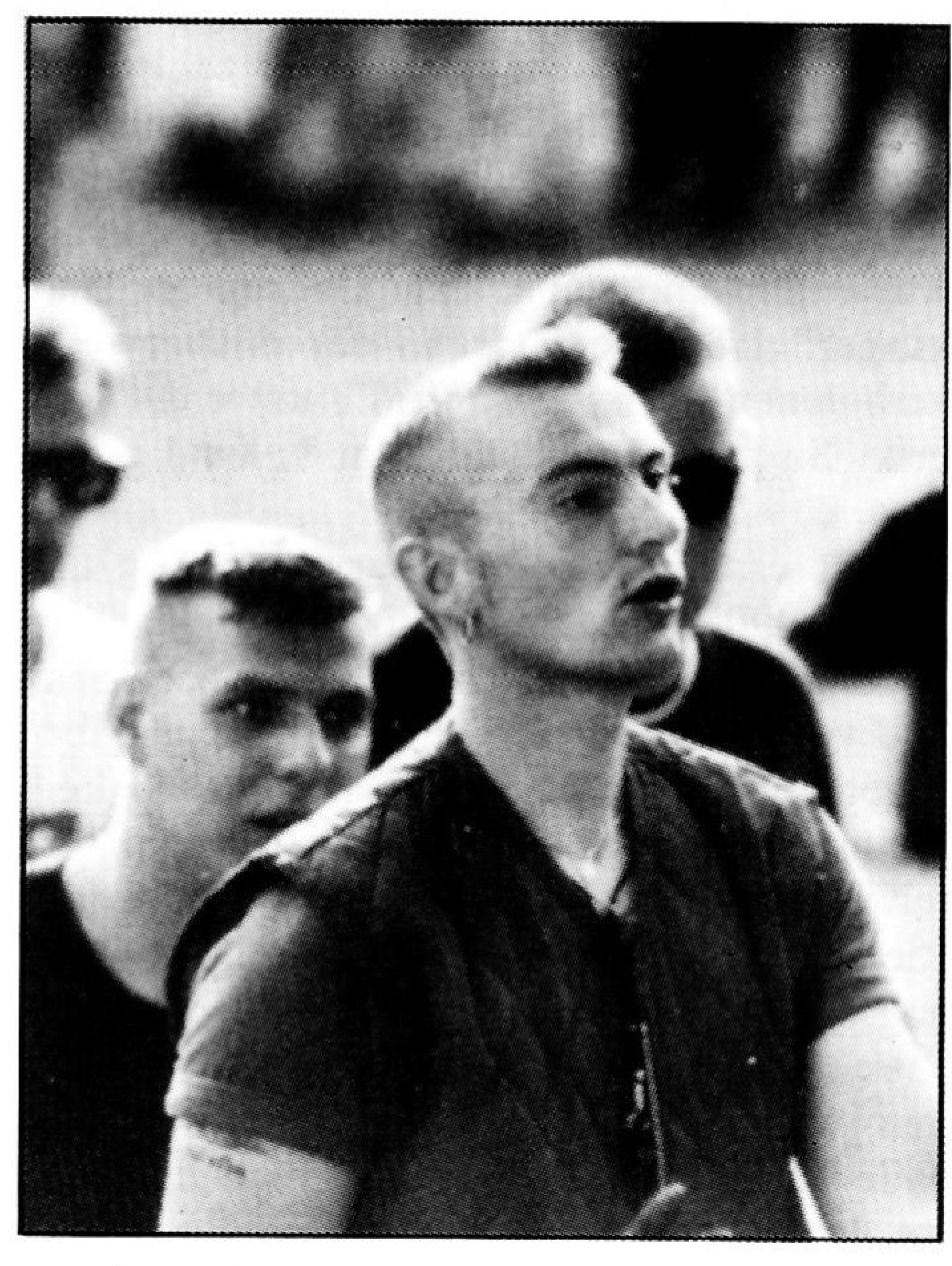
Michael Petri

Die Angeklagten müssen sich wegen Fortführung der 1992 verbotenen DA verantworten. Die Anklage geht davon aus, daß die DA sowohl im ANK, als auch in den DN weitergeführt wurde. Getroffen wurde sich regelmäßig auf dem Gelände des Mainzer Nazi-Ehepaares **Ursula** (62) und **Kurt Müller**(65). Beide sind in der "Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene"(HNG) aktiv, Ursula in führender Position, und sind der Unterstützung der DA-Fortführung angeklagt.

Interessantester Angeklagter ist der DN-Bundesvorsitzende **Michael Petri** (24). Bereits mit 14 Jahren trat Petri der "Deutschen Volksunion" (DVU) bei. 1989 hatte Petri erstmals Kontakt zum damaligen Neonazi-Führer **Michael Kühnen**. Er ernannte Petri persönlich zum Landesbeauftragten der am 5. Mai 1989 gegründeten DA für Rheinland-Pfalz. Neben Petri gehörte der Mitangeklagte **Mike Ostwald** (23) der DA-Führung an. Ostwald avancierte zum „Kameradschaftsführer" der Mainzer DA und trat vielfach als Schläger mit trägem Geist in Erscheinung. Petri näherte sich in der Folgezeit verstärkt dem Kameradenkreis um **Manfred Huck** (31) an. Am 23. März 1993 wurde eine gemeinsame Organisation, der ANK, der Öffentlichkeit vorgestellt. Den vierköpfigen Bundesvorstand bildeten Petri, Huck, **Rene Rodriguez Teufer** (21) und **Christian Hehl** (26). Alle vier werden in Koblenz dabei sein. Das Bündnis zerbrach, als Hucks Homosexualität bekannt wurde. Obwohl er schriftlich erklärte, er sei von dieser Krankheit (!) geheilt, erteilte ihm das Ehepaar Müller Hausverbot. Petri trennte sich ebenfalls von Huck, wohl wissend, daß ihm ein homosexueller Freund beim Aufstieg in der Nazihierarchie schaden würde. Am 20. Juli 1993 wurde der ANK aufgelöst. Einen Tag später erfolgte die Gründung der DN in Mainz. Dort war auch der komplette Bundesvorstand der DN beheimatet. Stellvertretender Bundesvorsitzender war **Illias Casteas** (31), der mittlerweile in Naumburg wohnt und dort sein Unwesen treibt. Seit seinem Zuzug ist dort eine Anti-Antifa aktiv, die sich durch die Bedrohung der Abgeordneten Ulla Jelpke hervortat. Casteas leitet außerdem den Arbeitskreis gegen politische Verfolgung, sitzt aber in Koblenz nicht mit auf der Anklagebank. Dafür Petris rechte Hand, **Sascha Chaves-Ramos** (22). Chaves wurde stellvertretend für Petri, wegen diverser Ansagen des Nationalen Infotelefons (NIT) Mainz verurteilt. Neben ihm wird der ehemalige DA- Bundesvorsitzenden und Aktivist der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) **Frank Hübner** (31) sitzen. Angeklagt sind auch der Betreiber des ehemaligen NIT des ANK, **Marco Grün** (25) aus Mannheim, die Zwillinge **Andreas** und **Thorsten Orf** (23) aus Wiesbaden, sowie der Mainzer **Andreas Werth** (21). Die drei Letztgenannten sind in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten verschiedentlich aufgefallen. Wegen anderer Verfahren sind die Angeklagten Werth und Huck in Koblenz nicht mehr dabei.



Frank Hübner



Manfred Huck

Petri selbst gilt als einer der führenden Neonazis in Deutschland. Er gründete vor zwei Jahren nicht nur die „Nationale Initiative Freiheit für Gottfried Küssel" und ist GdNF-Aktivist, sondern organisierte auch die alljährlichen Rudolf-Hess-Märsche mit. In Fulda hielt er 1993 eine Rede. Durch seine Festnahme auf dem Weg nach Schneverdingen, wo die Neonazis dieses Jahr ihrem Rudolf gedachten, wurde seine Teilnahme verhindert. Wichtig sind auch seine internationalen Kontakte. In Spanien ist die DN regelmäßig mit zahlreichen Kameraden bei den „Gedenkfeiern" zu Francos Todestag vertreten.

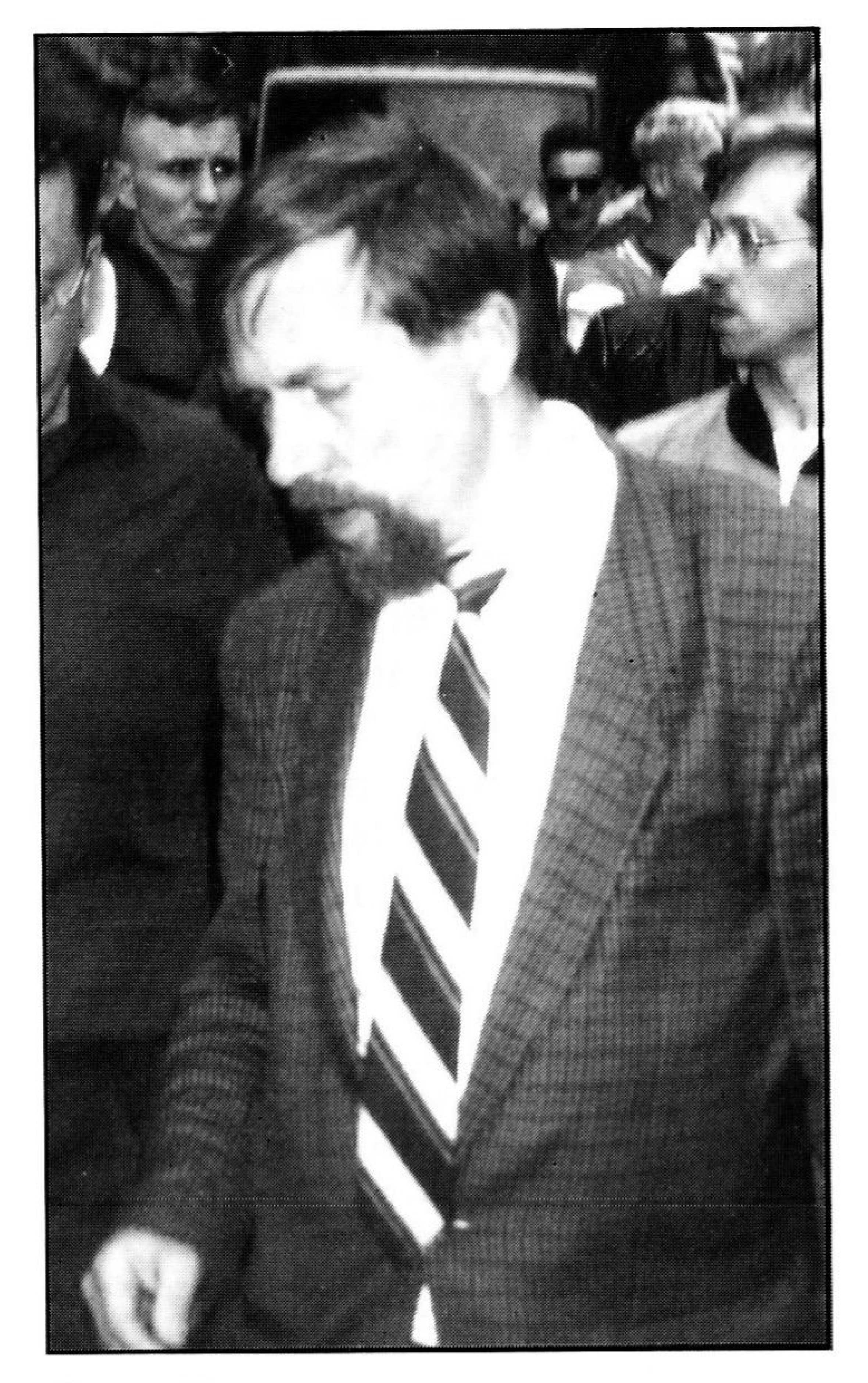
Besonders geistreich und originell verhielt sich Curt Müller am ersten Prozeßtag. Er stellte einen Antrag, daß das Kruzifix entfernt werden solle. Als Gruende nannte er die Inquisition im Mittelalter, als im Zeichen des Kreuzes Unrecht geschehen sei, und seine Zugehörigkeit zu den Goden, einer auf dem germanischen Heidentum beruhenden Glaubensgemeinschaft. Das Gericht gab dem Antrag statt, weil es keine Anhaltspunkte dafür sah, daß Müllers Gruende vorgeschoben gewesen seien.

Anträge und Rügen der Verteidiger beherrschten den zweiten Prozeßtag. Die Anwälte bemängelten die Besetzung der Richterbank mit ihrer Meinung nach falschen Ersatzschöffen und stellten die Zuständigkeit der Kammer in Frage.

Heike Grabowski

Mütterdank e.V. und Heide Heim e.V.

Diese neonazistischen Vereine mit eher unscheinbaren Namen haben beide ihren Sitz in Hamburg und in beiden spielt der Rechtsanwalt Jürgen Rieger eine tragende Rolle. Weitere Gemeinsamkeiten sind die anerkannte Gemeinnützigkeit und die Tatsache, daß beide Vereine Gebäude besitzen, die sie Faschisten zur Verfügung stellen.



Jürgen Rieger

Mütterdank e.V.

Der bisher noch wenig bekannte Verein "Mütterdank e.V." wurde am 20.Oktober 1987 in Hamburg gegründet. Als Zweck und Ziel wurde im Gründungsprotokoll angegeben, "die Interessen aller Familien mit besonderer Berücksichtigung der kinderreichen und jungen Aufbau-Familien ... zu wahren.": Durch finanzielle Unterstützung dieser Familien sollte Abtreibung aus sozialen Gründen verhindert werden. Außerdem will der Verein Maßnahmen unterstützen, die die "Natürliche Entfaltung" der Familien gewährleisten soll. Was darunter zu verstehen ist, zeigt sich z.B. darin, daß Mütter mit einer "wertvollen Brosche" ausgezeichnet werden - eine nicht zufällige Parallele zum Mütterkreuz aus der Zeit des Nationalsozialismus. Zweck dieser Auszeichnung ist, "gesunde kinderliebe Ehepaare zum Kinderreichtum zu ermuntern". Die Ehrung "soll zu einem Bewußtwerden um unsere Volksnot" führen. Darüber hinaus ist vorgesehen an junge und/oder kinderreiche Familien eine einmalige oder laufende Beihilfe zu vergeben. So eine Beihilfe beläuft sich auf eine Summe von 3000 Mark - und das bei einem Jahresbeitrag der Mitglieder von 12 Mark!

Von Anfang an strebte dieser Verein mit dem Untertitel "von Helmut und Wilma Cruse gegründet" die Gemeinnützigkeit an und bereits im April 1988 wurde ihm der Status der "Mildtätigkeit" zuerkannt, was eine Steuerbegünstigung zur Folge hat und den Verein zur Ausstellung von Spendenquittungen berechtigt.

Ebenso wurde die Einrichtung eines Ferienheims für kinderreiche Familien angestrebt und auch umgesetzt. So besitzt der Verein ein Gebäude in Krakenstorf, einem kleinen Ort in der Nordheide, welches er modernisiert und vermietet.

Das Vereinsvermögens beläuft sich auf mehrere 100.000 DM, die von dem Gründungsinitiator **Helmut Cruse** und dessen Frau **Wilma** gestiftet wurden.

Weiteres Geld bekam der Mütterdank e.V. durch die Auflösung des "Deutschen Arbeitskreis". In dem Protokoll von 1990 liest sich das so: "Es wurde sodann die weitere Arbeit des Vereins besprochen. Einstimmig wurde beschlossen, den Verein 'Deutscher Arbeitskreis' aufzulösen, in dem die Mitglieder des Vereins 'Mütterdank' ebenfalls Mitglieder sind und das bestehende Vermögen dem Verein 'Mütterdank' zuzuführen".

Helmut Cruse war bis zu seinem Tod 1990 erster Vorsitzender des "Mütterdank" außerdem langjähriges NPD-Mitglied und für diese Partei sechs Jahre lang Landesschatzmeister. Das Gründungsprotokoll des "Mütterdank" wurde außerdem von **Heinrich Walter Isenbeck** aus Hamburg (Schatzmeister), **Lothar Baseler**, **Gertrud Herr** (beide Kassenprüfer), **Jürgen Rieger** (Vorsitzender des Schiedsgericht), **Gudrun Berg** (Beisitzerin des Schiedsgericht) und von **Uwe Berg** aus Toppenstedt (stellvertretender Vorsitzender) unterschrieben. Uwe Berg betreibt seit 1970 einen Verlag und Buchdienst der zahlreiche rechtsextremistische Bücher im Programm hat und 1994 im niedersächsischem Verfassungsschutzbericht erwähnt wird. Darüber hinaus wurde ihm und seiner Frau Gudrun im "Wikinger" 1/83, dem Organ der mittlerweile verbotenen "Wiking-Jugend", unter der Rubrik "Sippennachrichten" zum 8. Kind gratuliert.

Auf einer Mitgliederversammlung am 28.09.1990 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, nachdem sich Uwe Berg nach dem Tod von Cruse eigenmächtig zum neuen Vorsitzenden ernannte. Als die Rechtmäßigkeit dieses Verhalten von Jürgen Rieger angezweifelt wurde, stellt Berg kurzerhand den Antrag, Rieger aus dem Verein zu werfen. Dieser Antrag scheiterte und darauf wurde der Gegenantrag gestellt, nun Uwe Berg rauszuschmeißen, was aber auch abgewiesen wurde. Als neue 1.Vorsitzende wurde letztlich die Witwe des Verstorbenen, Wilma Cruse, gewählt. Der eigentliche Grund der Auseinandersetzung dürften wohl die Zahlungsrückstände von Berg an den Verein gewesen sein, hatte ihm dieser doch einen Kredit über 70.000 DM gewährt. 1991 wurde er dann von Jürgen Rieger als stellvertretenden Vorsitzenden des "Mütterdank" abgelöst. Als neue Schatzmeisterin wurde **Helga Lena Grehn** aus Hamburg gewählt. Dieser Vorstand wurde im Dezember 1993 für weitere drei Jahre im Amt bestätigt.

Heide Heim e.V.

Vom Verein "Mütterdank" zu dem anderen Verein, dem "Heide-Heim e.V." mit Sitz in Hamburg, gibt es mehrere personelle Überschneidungen. Gegründet wurde der "Heide Heim e.V." 1984. Im ersten Vorstand waren als 1.Vorsitzender **Klaus-Christoph Marloh** (Seevetal), als 2. Vorsitzende Gertrud Herr (Hamburg), als Schatzmeister **Siegfried Richter** (Hamburg), als Schriftführerin **Christel Pommer** (Hamburg). Als einer der Rechnungsprüfer wurde **Elfriede Heymert**, die wie Frau Herr ebenfalls im "Mütterdank" aktiv ist, gewählt. Bei einer Auflösung würde das Vermögen des "Heide-Heims" dem Förderverein "Dampfeisbrecher Stettin e.V." zufallen.

Unter dieser Konstellation dümpelte der Verein so vor sich hin, bis 1990 K. Marloh mit den Worten: "Ich bitte Sie dringend zu kommen, weil die Arbeit des Vereins grundsätzlich neu gestaltet wird, und wichtige Entscheidungen anstehen. Es handelt sich also nicht um eine der üblichen Mitgliederversammlungen" einlud. Laut Rechenschaftsbericht hatte der Verein bis dahin kaum Ausgaben und Einnahmen, da die Arbeit noch nicht richtig angelaufen war. Doch das sollte sich jetzt ändern, denn der Zweck des Vereins, ein Heim zu betreiben, sollte nun Wirklichkeit werden. Wie mittlerweile allgemein bekannt ist, übernahm dieser Verein dann das 7000qm große Anwesen in Hetendorf im Landkreis Celle von den Vorbesitzern "Freundeskreis Filmkunst e.V." (2/3) und der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V."(1/3). Auf dieser Sitzung am 27.02.1990 wurde auch der Vereinszweck in der Satzung neu definiert. Unter §2 heißt es:

"Der Verein hat den Zweck, ein Volksbildungs- und Jugendheim zu unterhalten. In diesem Heim sollen die Erziehung, die Volksbildung, die Jugendpflege und die Völkerverständigung sowie der Abbau von Vorurteilen insbesondere mit den skandinavischen Völkern gefördert werden. (...) Dies soll insbesondere geschehen durch

- den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung von Eltern, Erziehern und Jugendleitern,

- die Wissensvermittlung und Anregung für eine menschenwürdige, gesunde, gemeinschafts- und umwelterhaltende Lebensführung;
- Veranstaltungen wie Tagungen, Lehrgänge, Arbeitstreffen, Begegnungen mit volksbildenden Vorträgen, Vorführungen, Besichtigungen, Übungen, Arbeiten, Wanderungen und anderen sportlichen Betätigungen;
- Jugendlager.

Hinter diesen wohlklingenden Worten verbergen sich faschistische Treffen und Wehrsportübung der gesamten bundesdeutschen Naziszene. Zum Beispiel: Lager der "Wiking-Jugend" (WJ), Parteiversammlungen der "Nationalistischen Front" (NF), der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) der "Nationalen Liste" (NL), Treffen der" Artgemeinschaft", des "Bundes der Goden" und anderen.

Und damit die Arbeit jetzt auch richtig gestaltet werden kann, wurde auf dieser Sitzung auch gleich der gesamte Vorstand ausgewechselt. Zum 1.Vorsitzenden wurde nun **Gerhard Hennig** (Buchholz) gewählt. Stellvertreter wurde, wie beim "Mütterdank", Jürgen Rieger. Diesem wurde auch gleich einstimmig die Geschäftsführung übertragen. Schatzmeister wurde **Harro Horn** (Elmshorn) und Schriftführerin **Barbara Gabriel** (Dorstadt). Mit dem selben Vorstand, einem Protokoll vom selben Tag und dem gleichen Namen wurde dieser Verein auch beim Amtsgericht Buchholz eingetragen. Lediglich die Schreibweise unterscheidet sich (Heideheim in Buchholz und Heide-Heim in Hamburg) und die Satzung sagt in einigen Teilen etwas anderes aus. So ist der Zweck des Buchholzer Heideheims "ein Volksbildungs- und Jugendheim zu fördern". Daher ist dieser Verein bemüht, insbesondere Förderer zu gewinnen, um mit Beiträgen und Spenden die Kosten für den Betrieb und den Ausbau der Anlage in Hetendorf finanzieren zu können. Ab 1990 haben beide Heide-Heim Vereine die Anerkennung der Gemeinnützigkeit angestrebt und die ist ihnen dann auch gewährt worden. Im Augenblick überprüfen die zuständigen Hamburger Finanzbehörden die Berechtigung dieser Gemeinnützigkeit im Hinblick auf die rechtsextremistischen Aktivitäten auf dem Gelände. Allerdings überprüfen sie schon bald ein Jahr ohne sichtbares Ergebnis.

Die Vorstände haben sich bis heute nur wenig geändert. In beiden Vereinen ist nach wie vor Hennig erster und Rieger stellvertretender Vorsitzender. Beide sind im übrigen auch in der "Artgemeinschaft" aktiv. Als Schriftführer fungiert in beiden Vereinen mittlerweile **Wolfgang Lütkemeyer** aus Erfurt. Lediglich in der Besetzung der Schatzmeister unterscheiden sie sich. Sie hat im Hamburger Verein **Karl-Heinz Thiele** aus Velpke und im Buchholz Verein **Klaus Franke** aus Jesteburg inne.



Das "Heideheim" in Hetendorf

Hetendorfer Tagungswoche

Bis auf den Verein Mütterdank rufen die genannten Organisationen jährlich zu den Hetendorfer Tagungswochen auf. Weitere aufrufende Organisation sind der "Nordische Ring" und die "Northern League", in denen Jürgen Rieger führende Funktionen einnimmt; außerdem die "Artgemeinschaft", das "Familienwerk e.V.", die "Gesellschaft für freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg" und der "Heinrich-Anacker-Kreis e.V.".

Der "Heinrich-Anacker-Kreis" hat seinen Sitz ebenfalls in Hamburg und ist am 30.07.1978 gegründet worden. Der Vereinszweck ist im wesentlichen dem Wirken des Nazidichters Heinrich Anacker gewidmet. Seit der Gründung ist Gertrud Herr die Vorsitzende, jetziger Stellvertreter ist **Joachim Goerth**. Daneben arbeiten Frau Heymert und Frau **Fenske** vom "Mütterdank" sowie Frau **Machts** vom "Freundeskreis Filmkunst" mit. Und auch Jürgen Rieger ist hier aktiv. Ein weiteres Mitglied des "Heinrich-Anacker-Kreises" ist der stellvertretende Landesvorsitzende der niedersächsischen NPD und Anti-Antifa-Aktivist **Hans-Michael Fiedler** aus Adelebsen bei Göttingen.

An der Hetendorfer Tagungswoche, die seit 1991 stattfindet, nehmen jährlich bis zu dreihundert Nazis teil. Auf dem Programm stehen neben einzelnen Treffen der einladenden Organisationen, Gesang und Tanz, Ehrung kinderreicher Mütter, Gesprächsrunden, Wanderungen, Filmabende auch Referate und Arbeitskreistreffen, die zur Absicherung der rassistischen Thesen und des Germanenkultes dienen. Höhepunkt ist jedesmal die Sonnenwendfeier mit einem riesigen Feuerstoß, Feuerrede und dem Absingen nationalsozialistischer Lieder. Auch dieses Jahr wurde dieses Treffen, trotz ständiger Proteste, durchgeführt. Mittlerweile ist die Hetendorfer Tagungswoche wohl das wichtigste jährliche Treffen in Hetendorf.s ist davon auszugehen, daß es auch nächstes Jahr wieder stattfindet, voraussichtlich vom 15.- 23. Juni 1996.

Die Autorin dankt an dieser Stelle der Antifaschistischen Infogruppe Celle für das zur Verfügung gestellte Material.

Jürgen Rieger im Grundeigentümerverein

In Hamburg gibt es, wie in fast allen Städten, Grundeigentümervereine, einer davon ist der "Blankeneser Grundeigentümer Verein e.V.". Dieser Verein, mit der Anschrift Auguste-Baur-Str.15, 22587 Hamburg, besitzt seit Jahren knapp 1000 Mitglieder und auch ein fast gleichbleibendes Vereinsvermögen von knapp 100.000 DM. Gesetzlich vertreten wird dieser Verein „durch den ersten und zweiten Vorsitzenden oder durch einen Vorsitzenden gemeinsam mit einem Beisitzer". Also durch Hermann Hoffmeister, grad. Ingenieur (1.Vorsitzender) und den faschistischen Rechtsanwalt Jürgen Rieger der seit 1983 die Position des zweiten Vorsitzenden bekleidet. Bei der letzten Wahl auf der Versammlung vom 10.11.1992 wurde er mit großer Mehrheit bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen im Amt bestätigt. An dieser Versammlung nahmen laut Protokoll 36 Mitglieder teil. Bereits 1978 gelangte er als Beisitzer in den Vorstand. Er vertritt den Verein vor Gericht und widmet seine Zeit mit so spannenden Dingen wie die Ausarbeitung einer beruhigten Verkehrsführung im Bereich der Bahnhofstraße in Blankenese.

Es ist also einer der herausragendsten Figuren der bundesdeutschen Naziszene gelungen, sich fest in bürgerlichen Strukturen zu etablieren. Die Vereinsmitglieder wissen mit Sicherheit von Riegers rechten Aktivitäten, denn er war oft genung Gegenstand von Veröffentlichungen in Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehen. Außerdem fand am 12.08.1994 in Blankenese eine antifaschistische Demonstration statt, die direkt zur Anwaltskanzlei von Jürgen Rieger führte. Daran beteiligten sich mehrere hundert Menschen, eine große Anzahl von Flugblättern über die Machenschaften des Jürgen Rieger wurde verteilt.

Felix Krebs

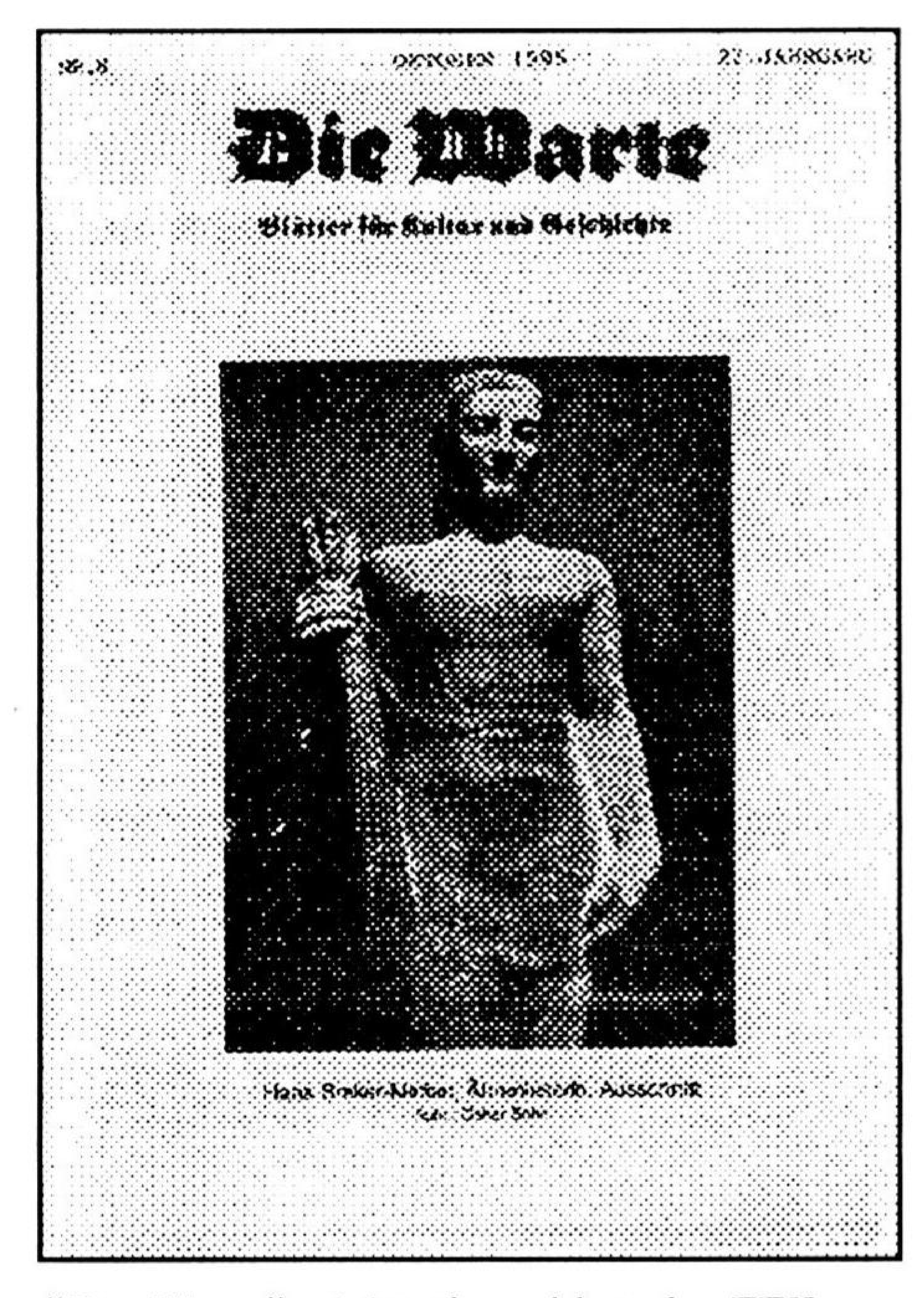
Freunde des Nazifilms

Jeden ersten Sonntag im Monat trifft sich im City-Filmtheater in Hamburg eine Schar ganz besonderer Cineasten: Alte Nazis, miltante Stiefelfaschisten und Auschwitzleugner. Seit langer Zeit macht der 1962 gegründete "Freundeskreis Filmkunst e.V."(FFK) geschlossene Veranstaltungen in angemieteten Kinoräumen, um alte Nazifilme, die teilweise auf dem Index stehen, vorzuführen.

Der FFK und seine Mitglieder haben eine lange neofaschistische Vergangenheit. Als 1961 der "Bund Nationaler Studenten" (BNS), eine der größten neofaschistischen Studentenorganisationen in der Geschichte der BRD, schrittweise verboten wurde, "bemühten die BNS-Gruppen sich, unter Tarnung eines 'Freundeskreises Filmkunst' weiter tätig zu bleiben." So hatte das FFK-Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende **Günther Steinhoff** engen Kontakt mit BNS-Mitgliedern, besuchte deren Veranstaltungen und pflegte in der Vergangenheit Kontakte zu **Hans-Ulrich Rudel** und **Otto Hess**. Der ehemalige Kassenprüfer des FFK **Winfried Stannieder** zeichnete verantwortlich für BNS-Flugblätter und das langjährige Mitglied **Heinz-Dieter Hansen**, heute Kandidat der REPs, hatte ebenfalls Kontakte zum BNS. **Gertrud Herr**, ehemalige Kassenprüferin des FFK, rühmt sich in ihrer Biographie einer noch älteren faschistischen Vergangenheit. Sie brachte ihr Lebensbekenntnis 1986 unter dem Titel "Inhaltsreiche Jahre. Aus dem Leben einer BdM-Führerin 1930-1945" heraus. Über Bekannte aus der gleichen Zeit verfügt auch das FFK-Gründungsmitglied **Klaus-Christoph Marloh**. Er reiste 1994 mit einer Gruppe ehemaliger Soldaten von drei Divisionen der Waffen-SS nach Moskau und war Wortführer einer Audienz bei **Wladimir Schirinowski**. Daß der FFK ebenbürtiger Nachfolger einer verbotenen Nazi-Organisation ist, geht aus der völkisch-nationalistischen Satzung eindeutig hervor. Laut neuer Satzung von 1988 fördert der Verein "die Volksgemeinschaft...die Leistungsfähigkeit ...und die Volksgesundheit...Der mildtätige Zweck ist die Unterstützung von Deutschen... insbesondere von notleidenden Deutschen in fremdverwalteten Gebieten und im Ausland ...". Für diese "Volkstumsarbeit" ist Vorstandsmitglied und Leiter der Osthilfe des FFK **Klaus Franke** zuständig.

Als Erbin des um die Volksgesundheit besorgten Freundeskreises ist in der Satzung die rassistische "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (GbAEV), vormals "Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" von **Jürgen Rieger** vorgesehen.

Seine Geschäftsräume hat der Nazifilmclub in der Forsmannstr. 10 in Hamburg-Winterhude. Unter gleicher Adresse residiert auch die "Deutsch-Europäische Studiengesellschaft" (DESG), welche im Hamburger Verfassungsschutzbericht 1993 als "Gruppe der 'Neuen Rechten', die das Forum ... für theoretische Erörterungen gesellschaftlicher Zukunftsperspektiven aus rechtsexremistischer Sicht stellt." Nicht verwunderlich, da die FFK-Mitglieder Steinhoff, Hansen und Marloh Gesellschafter der DESG sind bzw. waren. Wenn die braunen Cineasten sich nicht in ihren eigenen Räumen treffen, dann weichen sie oft in die Räume der völkischen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) in Wandsbek aus.



"Die Warte" - Mitteilungsblatt des FFK

Obwohl die Satzung und die Vergangenheit des FFK eindeutig sind und obwohl der Hamburger Verfassungsschutz schon 1972 Einblick in Akten der Organisation hatte, konnten die Nazis lange Zeit unbehelligt und gemeinnützig anerkannt arbeiten. Erst 1980 wurde ihr Treiben durch AntifaschistInnen öffentlich gemacht, als teilweise über 400 Menschen gegen Aufführungen im Hamburger Passage-Kino sowie in Kiel protestierten. Der Vertrag des Passage-Kinos für die mit bis zu 300 Nazis besuchten Filmveranstaltungen wurde gekündigt und die Gemeinnützigkeit rückwirkend ab 1978 aberkannt. Ein Gericht stellte 1980 fest, daß die "Filmvorführungen fast ausnahmslos mit Filmen, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedreht worden sind" bestritten wurden.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Filmbearbeiter **Joachim Goerth**, außerdem im Vorstand, weiß, was er seinen Freunden schuldig ist. Zwar ist es nicht mehr "U-Boote westwärts", wegen dem staatliche Organe 1979 gegen den FFK ermittelten, doch auch Filmtitel wie "Das deutsche Danzig", "Waffen für 16.000 Mann", "Patrioten - Erlebnisse eines deutschen Fliegers im 1. Weltkrieg" oder "Alltag auf einem germanischen Gehöft" sprechen für sich. Die gezeigten Filme verherrlichen den NS-Staat und das Führerprinzip, propagieren die "rassenreine" Volksgemeinschaft und glorifizieren Militarismus und Krieg. So schildert der vom FFK 1995 gezeigte, maßlos kriegsverherrlichende Film "Unternehmen Michael" laut Toeplitz "Geschichte des Films" einen Offizier, den "Führer einer Gruppe, die aus verschiedenartigen Individualitäten besteht, die jedoch angesichts der Gefahr zu einer geschlossenen, rassisch reinen Einheit wird..." In dem antijugoslawischen Film "Menschen im Sturm" wird das völkische Prinzip am Beispiel einer deutschen Gutsbesitzerin propagiert. Sie opfert die Liebe zu ihrem slowenischen Mann und ihren Kindern, um ihre "Volksgenossen" vor einer serbischen "Soldateska" zu schützen. Auch in scheinbar unpolitischen Kultur- und Sportfilmen wird ständig Nazipropaganda transportiert. So wurde der 1988 vom FFK gezeigte Film "Reitet für Deutschland" von den Nationalsozialisten 1941 folgendermaßen angekündigt:" Die Anregung dazu bot das Wirken des berühmten Rittmeisters Freiherr von Langen, jenes Mannes, der einer Zeit des Niederganges, der furchtbaren Demütigung des deutschen Volkes allen Widerständen und Intrigen zum Trotz für den deutschen Reiter und die deutsche Pferdezucht wieder Weltgeltung erkämpfte, die ihnen zukam."

Außer vom "Deutschen Institut für Filmkunde" und der "Friedrich-Murnau-Stiftung", beide renommierte Institutionen aus Wiesbaden, bezieht der FFK laut Kurt Hirsch (Rechts von der Union; Verlag Knesebeck und Schuler, 1989) seine Filme von einer "Hansa-Film GmbH". Inhaber dieser auf Nazifilme spezialisierten Firma ist **Klaus Dieter Puls,** Aktivist der NSDAP/AO, der 1979 im sog. Bückeburger-Neonazi-Prozeß zu 9 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er in Bergen-Hohne an einem Überfall auf holländische NATO-Soldaten, zwecks Waffenbeschaffung beteiligt war.

Der FFK ist aber auch unmittelbar in militante Neonazikreise eingebunden und spielt eine wichtige Rolle für bundesweite organisierte Wehrsportübungen. **Eckart Dems**, der 1987 als Mitglied des Freundeskreises angegeben wird, leitete z.B. als "Hauptmann" 1981 eine "Wehrsportgruppe Dems", bei der Schußwaffen, Munition, Gasrevolver und Schlagstöcke beschlagnahmt wurden, mit denen die Kameraden auf dem Truppenübungsplatz Höltigbaum übten.

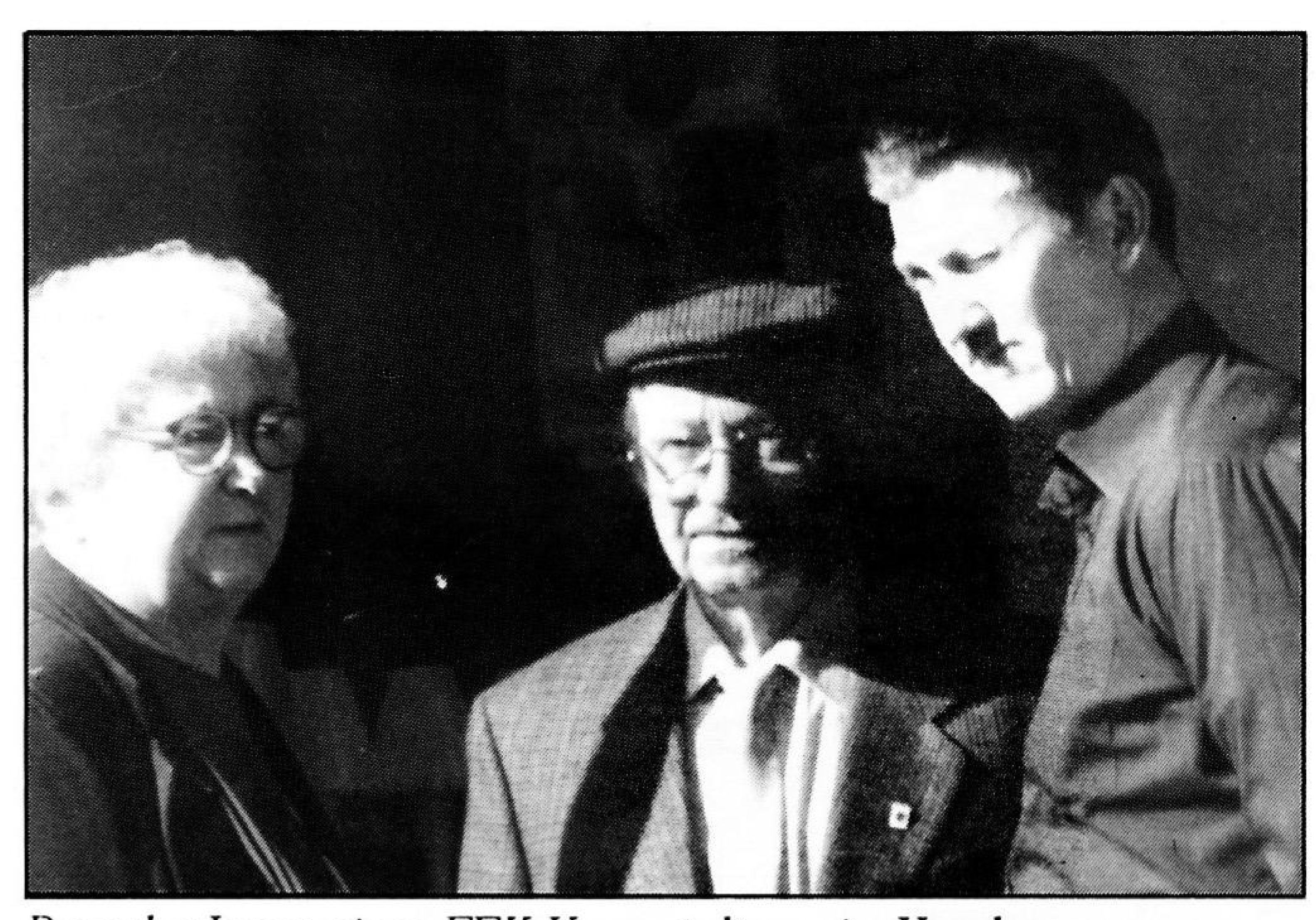
Im FFK trefffen sich nicht nur alte unverbesserliche Nazis, die bei ihren Veranstaltungen vom III. Reich schwärmen, sondern Personen, die seit über 30 Jahren dafür sorgen, daß neofaschistische Kader ausgebildet werden. Die zum größten Teil schon älteren Mitglieder - viele erlebten noch den Nationalsozialismus - geben ihr Wissen sowie logistische und finanzielle Unterstützung an militante Jungfaschisten, wie z.B. die inzwischen verbotene "Wiking-Jugend", weiter. Besondere Bedeutung hat hier das bundesweit bekannte Nazizentrum in Hetendorf. Das Gelände mit vier Gebäuden, welches ca. 300 Personen Platz bietet, wurde 1979 von den

Filmfreunden erworben und war bis 1990 zu zwei Dritteln in ihrem Besitz und zu einem weiteren Drittel im Besitz der GbAEV. Seitdem wurde viel Geld und Arbeit, welche Vorstandsmitglied und Bauleiter **Adolf Fröhlich** koordinierte, in das Nazizentrum gesteckt. 1990 versuchte Rechtsanwalt Jürgen Rieger, ebenfalls Nazifilmfreund, für seinen Verein in Hetendorf ein weiteres Grundstück zu erwerben, scheiterte jedoch am Protest der Bevölkerung. Unverholen drohte der wegen zweimaliger Körperverletzung vorbestrafte Rieger:" Wir haben uns genau gemerkt, wer im Dorf uns verleumdet, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat... Und wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Auge um Auge, Zahn um Zahn."

Nach rückwirkender Aberkennung der Gemeinnützigkeit 1980 versuchte der FFK immer wieder beim Finanzamt, diese zurückzuerlangen, um steuerabzugsfähige Spendenquittungen ausstellen zu können. Zuletzt wurde dies 1988 durch eine neue Satzung versucht, wobei der Vorsitzende **Gerhard Hennig** betonte: "Mit der neuen Satzung sei kein Richtungswechsel der Vereinsarbeit verbunden...". Das Finanzamt tat also gut daran, weiterhin die Naziaktivitäten nicht als gemeinnützig anzuerkennen. Wohl deshalb entschloß man sich, einen eigenen Trägerverein namens "Heide Heim e.V." in Hamburg zu gründen, der am 22.6. 1992 die Liegenschaft in Hetendorf von den Vorbesitzern erwarb. Die Personen blieben jedoch die selben : Marloh wurde 1. Vorsitzender; Gertrud Herr, 1986 Kassenprüferin des FFK, wurde stellvertretende Vorsitzende, und **Christel Pommer**, 1986 Schriftführerin des FFK, schrieb nun für "Heide Heim". Zwischendurch wurde der inzwischen verstorbene FFKler **Harro Horn**, ehemaliger NPD-Kandidat, Schatzmeister für "Heide Heim", und mittlerweile ist Hennig Vorsitzender, Rieger sein Stellvertreter und Klaus Franke Kassenprüfer des FFK-Nachfolgers in Hamburg. Laut niedersächsischem Verfassungsschutz soll jetzt endlich dem Tarnverein "Heide Heim e.V." vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkannt werden.

Zuletzt soll auch die kleine neofaschistische Kulturzeitschrift "Die Warte" der braunen Kinofreunde nicht unerwähnt bleiben. Neben den Filmankündigungen, Tagungs- und Ausflugsberichten findet sich dort vieles, was das kulturelle Herz eines Nazis höherschlagen läßt. Abbildungen von Skulpturen Arno Brekers, Gedichte der völkischen DicherInnen Agnes Migel und Heinrich Anacker, Informationen über Ernst Jünger oder Berichte über den "Heldengedenktag", nebst selbstverfasster Gedichte in grauslichem Stil. Darüber hinaus werben die "Blätter für Kultur und Geschichte" für verschiedene Organisationen wie: "Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft", "Bund für Gotterkenntnis" und die WJ-Abspaltung "Sturmvogel". Über Doppelmitgliedschaften sind die FFKler mit weiteren rechtsextremistischen Kulturorganisationen verknüpft: Gertrud Herr, Jürgen Rieger und Elisabeth Machts sind im "Heinrich Anacker Kreis e.V." und letztere, Autorin in "Na Klar", der Zeitschrift des "Bundes heimattreuer Jugend" ist auch als Kontaktanschrift für den Arbeitskreis Hamburg der "Gesellschaft für freie Publizistik" angegeben.

Die Warte unterhält ferner einen Buchdienst mit einschlägigen Titeln : "Ausländer Stopp" von **Günter Deckert**, "Deutsches Land in fremder Hand" von **Rolf Kosiek**, "Reise in ein besetztes Land" von **Dietmar Munier**, oder "Der ewige Deutschenhaß" von **Gustav Sichelschmidt**.


BesucherInnen einer FFK-Veranstaltung in Hamburg

Gegen angeblichen Deutschenhaß und "Erpressung des deutschen Volkes mit dem 'Holocaust'" protestierten auch mehrere Mitglieder des FFK. In einer Anzeige von ausgewiesenen Auschwitzleugnern forderten Marloh, Machts und Ingrid Sauerwein, "daß Darstellungen über Judenmorde aus Schulbüchern und Medien verschwinden ... daß die Flut von Scheinasylanten...gestoppt wird und die Millionen unrechtmäßig hier schmarotzenden sofort ausgewiesen werden"sollen.

Die Demonstration gegen das Nazizentrum in Hetendorf dieses Jahr war ein voller Erfolg, jetzt sollten AntifaschistInnen auch gegen die Hintermänner und -frauen vorgehen, die ihre Wochenenden ungestört mit faschistischen Filmvorführungen in Hamburg verbringen. Vor 15 Jahren gelang es schon einmal, die Nazifilmfreunde an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren!

Horst Freires

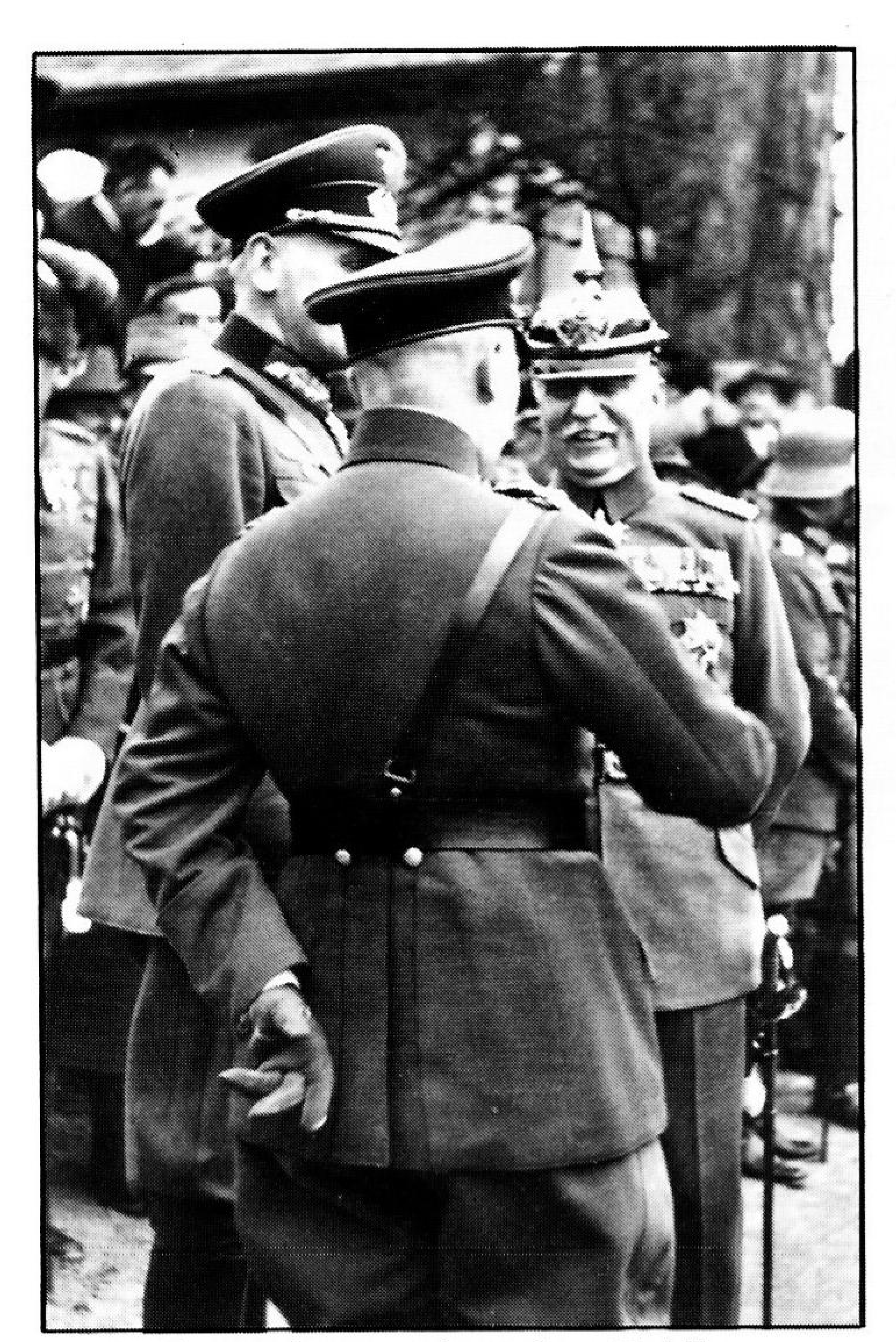
Von wegen harmlose Religionssekte!

Insgesamt zählt die Gruppierung "Bund für Gotterkenntnis" (BFG), allgemein auch "Ludendorffer" genannt, bundesweit rund 12000 Angehörige. Die meisten Aktivisten sind älteren Jahrgangs. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten hat sich in Schleswig-Holstein herauskristallisiert.

Der "Bund für Gotterkenntnis" verfügt über beträchtliches Vermögen, häufig verbunden mit Immobilien. Im nördlichen Bundesland ist eine Verquickung mit den Republikanern offensichtlich. Im vorletzten Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein wurden die Ludendorffer noch aufgeführt, im letzten fehlen sie wieder, obwohl die Aktivitäten eher zugenommen haben. Selbst bezeichnen sich die Ludendorffer auch als Religionsgemeinschaft.

In Publikationen vertreiben sie rege ihre antidemokratische, rassistische und antisemitische Grundhaltung. Vortragsveranstaltungen und Sonnenwendfeiern gehören ebenso zu den Aktivitäten der Ludendorffer. Die Einschätzung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums im Verfassungsschutzbericht 1993 (veröffentlicht 1994) brachte es auf den Punkt: "Diese (Veranstaltungen) ziehen - über den kleinen und durchweg überalterten Kreis der BFG-Mitglieder hinaus - auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Organisationen in nicht unbeträchtlicher Zahl an." Veröffentlichungsorgan Nummer 1 ist seit Jahren das Heftchen "Mensch und Maß".

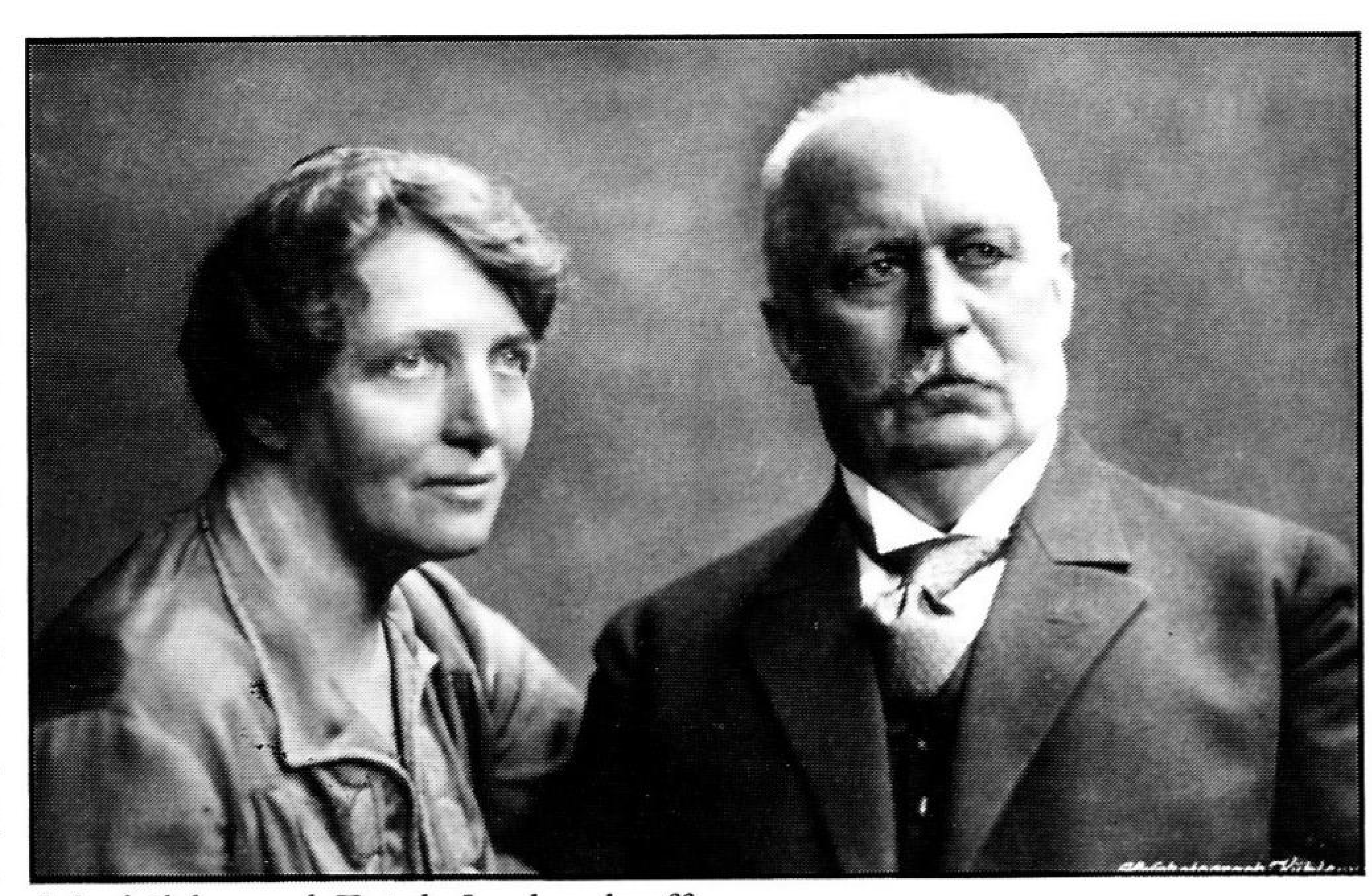
Zur Geschichte der Ludendorffer muß man bis in die 20er Jahre zurückgehen. 1923 marschierte der damalige General **Erich Ludendorff** (1865-1937) mit Hitler noch gemeinsam. Der Nationalist Ludendorff entfernte sich dann jedoch inhaltlich und taktisch von Hitlers Machtgebaren. Mitte der 30er Jahre fanden beide auch politisch wieder zusammen und söhnten sich aus. Zu Ludendorffs Tod ordnete Hitler 1937 ein Staatsbegräbnis an. Ludendorff sammelte seit 1926 rund 100.000 AnhängerInnen um sich. Im "Tannenbergbund" betrieb er Hetze gegen "die Weltverschwörung durch Juden, Freimaurer, Jesuiten und Marxisten". Unter dem Namen "Deutsche Gotterkenntnis" wurden die Ludendorffer in Hitlers Ideologie integriert. **Mathilde Ludendorff** (1877-1966), Gattin des verstorbenen Generals, führte die "Mission" ihres Mannes nach Ende des 2. Weltkrieges fort. Rund 100.000 Gefolgsleute brachte sie auf die Beine, die versorgt wurden mit dem monatlichen und wöchentlichen Mitteilungsblättern "Der Quell" und die "Volkswarte". Ende der 50er Jahre waren auch Sommerferienlager für Jugendliche sehr beliebt. 1961 wurde bundesweit der "Bund für Gotterkenntnis" durch die Innenminister der Länder verboten, da die Organisation sich verfassungsfeindlich betätigte. 1977 wurde das Verbot vom bayerischen Verwaltungsgericht wegen Verfahrensfehlern wieder aufgehoben. Fortan agierten sie legal als "Sekte" weiter. Bei Kritik an ihrem Gebaren und an ihren Inhalten berufen sie sich gern



Die Wehrmacht gratuliert dem Feldherrn Ludendorff zum 70. Geburtstag

auf die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit. Darunter fallen dann das Leugnen des Holocaust und die Propagierung der Rassereinheit.

In Erscheinung treten die Ludendorffer bundesweit durch drei Verlage, alle beheimatet in Schleswig-Holstein. Da ist von **Roland Bohlinger** aus Viöl/Nordfriesland der "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur", die Versandbuchhandlung von **Gisela Stiller** aus Stafstedt bei Rendsburg sowie der Lühe-Verlag von **Harm Menkens** aus Mohrkirch (Kreis Schleswig-Flensburg). Eine weitere "Zentrale" hat der BFG mit dem "Ferienheim Schönhagen" bei Westersee. Dort besitzt man Räumlichkeiten für Schulungen sowie Gelände für Sonnenwendfeiern. Das Ferienheim wird als eigenständiger Verein betrieben. Im Vorstand befinden sich Gisela Stiller, **Lothar Grünkorn** (Kollmar/Kreis Steinburg) und **Liselotte Partuschke** aus Reinfeld. Im Besitz ist der Grund und Boden des Ferienheims bei **Karin Schulze**. Diese kandidierte bei Wahlen für die "Republikaner" wie Grünkorn, der zudem noch beim "Deutschen Landbund" (greift Agrarthemen unter faschistischen Gesichtspunkten auf) aktiv war. Häufiger Veranstaltungsort für Ludendorffer-Vorträge war das Café von **Hans-Werner Lepthien** aus Nortorf. Auch er kandidierte bereits für die "Republikaner". Er ließ es sich nicht nehmen, höchstpersönlich einen Kranz am Grab von Rudolf Hess in Wunsiedel niederzulegen.



Mathilde und Erich Ludendorff

Auf Podiumsdiskussionen machen die Ludendorffer keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. BFG-Vorstandsmitglied Dr. **Gundolf Fuchs** (Hemmingstedt/Dithmarschen) bekannte sich jedenfalls öffentlich zur "Rassenlehre". Bundesweit aktiv als Referent ist **Helmut Brückmann** (Satrup/Kreis Schleswig-Flensburg), der auch bereits bei Veranstaltungen in Hetendorf seine Ansichten zum besten gab und als Freund von **Thies Christophersen** gilt.

In Holtorf (Stafstedt) wollte der Verein "Ferienheim Schönhagen" eine alte Schule kaufen. Als dies in der Gemeinde bekannt wurde, formierte sich dagegen ein parteiübergreifender Widerstand. Eine Bürgerinitiative wurde gegründet, die große Proteststellwände aufstellte, die teilweise von Unbekannten zerstört und verunstaltet wurden. Der Eigentümer des ehemaligen Schulgebäudes hat jetzt seine Verkaufsabsichten zurückgenommen. Auf einer Diskussionsveranstaltung in Westensee, wo über die Machenschaften rund um das "Ferienheim Schönhagen" - wiederum parteiübergreifend - informiert werden sollte, tauchte auch Roland Bohlinger mit einem mitgebrachten Minitonband auf. Ein Mitschnitt wurde ihm jedoch untersagt, worauf er um so fleißiger mitschreiben mußte.

Im Auftrag vom "Ferienheim Schönhagen" ging jetzt bei der SPD in Westensee Post aus Hamburg ein: Absenderin ist **Gisela Pahl**. Sie droht mit Unterlassungsklagen bezüglich einiger Äußerungen - auch in der SPD-Ortszeitung. Sie gilt als Mitbegründerin des "Deutschen Rechtsbüros", das seinen Sitz inzwischen von Hamburg nach Münsing (Bayern) verlegt hat. Von dieser bundesweiten Institution mit rechtsgesinnten Anwälten erhalten Neonazis gezielte juristische Unterstützung. Pahl war in Hamburg bei den Republikanern aktiv und selbst einige Jahre führende Aktivistin beim "Bund Heimattreuer Jugend". Ihr juristisches Handwerkszeug lernte sie unter anderem zeitweise in der Kanzlei von Neonazianwalt **Jürgen Rieger.**

MELDUNGEN

Schönhuber bei Nation+Europa

Franz Schönhuber, Ex-Bundesvorsitzender der REP, ist seit Oktober mit einer eigenen Kolumne in der Monatszeitschrift "Nation+Europa") vertreten. In seinem Oktober-Beitrag („Herbstgedanken") kritisiert Schönhuber die baden-württembergischen Republikaner („Funktionäre auf satten Gehältern") und orakelt über das Ende der von ihm 1983 gegründeten Partei. Schönhuber dennoch selbstbewußt: „Trotz allem: Deutschland braucht eine sozial-patriotische Kraft. Und es wird sie eines Tages wieder geben!" Mehrere Vorstandsmitglieder der REP forden zwischenzeitlich den Ausschluß Schönhubers aus der Partei. Auslöser sei ein Auftritt Schönhubers bei einem „Runden Tisch" für Rechtsextreme Mitte September in München. Darüber hinaus legten Spitzenfunktionäre aus dem bayerischen Landesverband ihrem ehemaligen Bundesvorsitzenden rechtsextreme Äußerungen in seinem neuesten Buch „In Acht und Bann" zur Last. Seit seinem Sturz als Vorsitzender im Oktober 1994 ist Schönhuber nur noch einfaches Mitglied sowie Ehrenvorsitzender der REP in Sachsen.

Colonia Dignidad

Die chilenische Polizei hat unter anderem wegen Steuerbetrugs Haftbefehl gegen zwei deutsche Führungsmitglieder der inzwischen offiziell aufgelösten „Colonia Dignidad" in Chile erlassen. Das Innenministerium teilte in Santiago de Chile mit, der ehemalige Leiter der deutschen Siedlung, **Hermann Schmidt**, und sein Stellvertreter **Kurt Schnellenkamp** würden gesucht. Im Bündnis mit dem chilenischen Geheimdienst DINA entwickelte sich die ursprünglich 1956 in Nordrhein-Westfalen gegründete Sekte, die 1961 aufgrund gerichtlicher Maßnahmen nach Chile flüchtete, zu einem Folter-und Arbeitslager, an dem sich all jene Züge ablesen lassen, die sich seit dem Nationalsozialismus mit diesem Begriff verbinden. Gehuldigt wurde in der „Colonia Dignidad", einer „gelungenen Koloniegründung in einer postkolonialen Epoche" (Friedrich Paul Heller), dem nationalsozialistischen Kult der Eigenversorgung und Agrarautonomie, dem der moderne Maschinenpark jedoch widersprach.

Zum Umfeld der „Colonia Dignidad", einer verschrobenen Imitation eines Führerstaates, zählten **Hans Albrecht Loeper**, dubioser Geschäftsmann und Geheimdienstler, Anhänger der Thule-Mythologie, **Juan Maler** (eigentlich **Reinhard Kopps**), esoterischer Nazi in Argentinien, der Waffenhändler **Gerhard Mertins**, während des Hitlerkrieges Fallschirmjäger, später dann Sympathisant der neonazistischen „Sozialistischen Reichspartei", dann der CDU sowie der Soziologe **Lothar Bossle** und der Völkerrechtler **Dieter Blumenwitz**. Die 250 Kilometer südlich von Santiago gelegene abgeschottete deutsche Siedlung war 1991 von Präsident Patricio Aylwin geschlossen worden.

Lisa Böhne

Von „Feministinnen" und „Nazissen"

Die Frage nach der Verortung von Frauen im Rechtsextremismus ist zu einem Modethema geworden. Den weiblichen Anteil in den weniger einladenden gesellschaftlichen Bereichen sichtbar zu machen ist grundsätzlich positiv. Nicht positiv ist, daß die vorgestellten Arbeiten häufig hinter die Qualitäts-Standards feministischer Wissenschaft zurückfallen.

Der legitime Anspruch auf die Hälfte der Welt erzeugt offensichtlich die groteske Situation, daß „Feministinnen" sich genötigt sehen nachzuweisen, daß Frauen auch im „Neofaschismus" überall einen gewissen Einfluß ausüben. Das verstellt die Sicht auf historische Tatsachen.

Schon im Nationalsozialismus wurden die „Alten Kämpferinnen", politisch aktive Frauen, nach Erlangung der Macht kaltgestellt. Was sich heute als „Renee" auf der Straße prügelt, würde ebensowenig im „4. Reich" politischen Einfluß erlangen.



Angehörige der "Wiking Jugend" beim Appell in Hetendorf 1992

Das Modethema „Frauen und Faschismus" führte zu einer Flut von Zeitungsartikeln und Vortragssammlungen.

Das führte u.a. dazu, daß immer wieder die gleichen Arbeiten ausgeschlachtet und Fehler übernommen werden. So wird der "Brigitte"-Artikel von Michaela Haas „Häkeln für das Vierte Reich" (14/92 S. 73 ff.), immer wieder als „Umfrage unter REP Frauen" präsentiert, obwohl es sich um Gefährtinnen militanter Neonazis handelte.

Ausgangspunkt könnte ein Beitrag der Vortragsreihe „Frauen-Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt" (hg. von Christiane Tillner Münster 1994) sein. Darin setzt Mechtild Jansen in ihrem Beitrag neben die richtige Information: "Brigitte"-Artikel über REP-Frauen: „Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen" (5/90 S. 92 ff. von Florentine Hoffman) in einer Fußnote als Falschinformation den oben genannten Haas Artikel als Quelle ein.

Dies greift Gudrun Hentges in „Kameradinnen stricken am braunen Netz" (Münster 1995, S. 25) auf. Wie sie aus dem Haas-Artikel über Freundinnen militanter Neonazis, den sie als Quelle nennt, ihre Behauptungen zu REP-Frauen herausgefiltert haben will, bleibt allerdings im Dunkeln.

Das Abschreiben aus anderen Veröffentlichungen ohne Angabe der Quellen-Doppelung und daraus resultierenden Falschinterpretationen ist jedoch noch ein relativ harmloser Schnitzer.

Ein wirklich übles Beispiel von Abkocherei ist Sonja Balbachs, „Wir sind auch die kämpfende Front" (Hamburg 1994).

Sie gibt Faschistinnen Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Mit viel Verständnis geht sie im 14seitigen Vorwort auf die eingebildeten und realen Kränkungen dieser Frauen durch „Andere" ein. Bei den angeführten Untersuchungen fehlen saubere Quellenangaben. Das Balbach das Thema Auschwitz (a. a. S. 16) besonders schwierig findet, ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß ihr die gesamte männlich dominierte Revisionismusproduktion der „Neuen Rechten" unbekannt ist. Diese wird hier in Reinkultur nachgeplappert. Dem kann frau durchaus argumentativ begegnen - wenn sie es kann!

„Die Frauen sollten einmal selbst zu Wort kommen. Man muß mehr mit ihnen reden und nicht nur über sie." (a.a.O. S. 20)

Es wäre gut, wenn Journalistinnen in zukünftigen Arbeiten zu diesem Bereich Fachwissen mitbringen, um unterscheiden zu können, wann Faschistinnen eigene Meinungen äußern.

Ursula Birsl wußte in ihrem Artikel „Frauen und Rechtsextremismus" (Aus Politik und Zeitgeschichte B 3-4/92 S. 25) lobend zu berichten, daß die „Deutsche Frauenfront" „...zwar im rechtsextremen Spektrum keine relevante Rolle" spiele, der von ihr herausgegebene „Mädelbrief" sei aber „...von Frauen für Frauen verfaßt." Das die Schriftleitung immer besetzt ist mit Frauen von Faschohäuptlingen, wie **Ursula Worch**, hat Birsl nicht reflektiert.

Die Vorstellung der „Alten Frauenbewegung" der Jahrhundertwende, daß Frauen qua Geschlecht die besseren Menschen seien und die Aufgabe hätten, die männlich dominierten Gesellschaftsbereiche durch „ihren Einfluß zu veredeln", ist von der „Neuen Frauenbewegung" längst widerlegt. Erst in jüngster Zeit aber treten die Dimensionen der Selbstkritik stärker in den Vordergrund. Ungleichheitsvorstellungen sind konstituierendes Merkmal von Faschismus in jeder Variation. Deshalb ist es naheliegend, als Feministin zum Thema „Frauen und Faschismus" die eigene Affinität zum Rassismus nicht aus den Augen zu verlieren. Der Umgang mit Frauen anderer Kulturen zeigt, wie wir in unserer Dominanzkultur als Komplizinnen des herrschenden Rassismus agieren und partizipieren.

Irmgard Pinn und Marlies Wehner haben dazu eine bemerkenswerte Arbeit im DISS veröffentlicht (EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. Duisburg 1995, 29,80).

Darin spüren sie den alltäglichen Vorurteilen und ihren Funktionen im Rassismusdiskurs von Frauen und unter Frauen nach.

„Die Vorstellung, als Opfer des Patriarchats seien alle Frauen gleich, negiert die auch unter Frauen real existierenden Machtgefälle." (a.a.O. S. 74)

In Untersuchungen stellt sich die Varianz von Verhalten innerhalb eines Geschlechtes als wesentlich größer heraus („Sozialisation: Weiblich-männlich?, Hagemann White, Opladen 1984) als die Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Unterschiedlich sind die geschlechtsspezifisch ansozialisierten Verhaltensmuster, die in Interaktionen vom sozialen Umfeld abgerufen werden.

Welche eine faschistische Grundeinstellung hat, wird sich das Umfeld aussuchen, das diese mitträgt und honoriert. Das als Gegenleistung abgeforderte „Weibchenverhalten" wird je nach Interesse begrüßt, ignoriert oder vertagt.

Begrüßt von Frauen, die aus einer festumrissenen Aufgabenzuweisung Sicherheit ziehen. Umgangen von politisch handelnden Frauen z.B. bei den REPs, die nur auf die Programmpunkte eingehen, die ihnen zusagen. Vertagt von den Schlägerinnen, deren Karriere mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls am Kochtopf endet.

Andreas Speit

Am Rechten Rand der „Evangelischen Kirche Deutschlands“

Herbststudientagung der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“

Zu ihrer alljährlichen Herbststudientagung hatte die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“ (ENiD) vom 6. bis 8. Oktober nach Bad Pyrmont geladen. Unter dem Motto: „Der dreieinige Gott, christliches Bekenntnis in der multikulturellen Gesellschaft“ fanden sich an die hundert Personen im Hotel „Quellenhof“ ein. Die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ gilt als äußerster rechter Rand der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ (EKD).

Bibeltreu und konservativ fungiert sie als Sammlung des nationalistischen und rassistischen Flügels der evangelischen Kirche. Aus Überzeugung - christlichen Bekenntnis - werden Beziehungen und Kontakte zu Alt- und Neonazis, sowie zur sogenannten „Neuen Rechten“ gepflegt. Als Gastredner trat so dann Dr. Alfred Mechtersheimer auf.

Bereits die Gründung der ENiD, 1966, als Gegenreaktion auf die Ost-Denk-Schrift der EKD, in welcher die Oder-Neiße Grenze anerkannt wurde, skizzierte den weiteren Weg vor und fand Wohlgefallen in entsprechenden Kreisen. Im „Bayernkurier“ und der „National-Zeitung“ fanden sich Beitrittsformulare. „Die Welt“ sowie die der CSU nahestehende



Klaus Motschmann

„Demokratische Konservative Korrespondenz“ berichteten wohlgefällig über die Gründung, in der die NPD „ ... ein mutiges Zeichen im Kampf um die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes“ sah. Dieser Beifall überraschte nicht. Zum einen kamen die 11 Gründungsmitglieder als auch die ersten Mitglieder aus diesen Kreisen und zum anderem sprachen sie ihnen „aus den Herzen“. So wird bereits im Artikel 2 der Satzung ihre Intention klar benannt: „Zweck des Vereins ist die Bestimmung auf den Auftrag der Kirche, der in der rechten Verkündung des Evangeliums besteht. Daraus ergibt sich notwendig auch die Treue im Umkreis der irdischen Pflichten zur Familie, zum Nächsten, zu Volk und Vaterland“.

Einige Gündungsmitglieder, sowie die ersten, die sich hinzugesellten, hatten eine Nazivergangenheit bzw. haben eine entsprechende Gegenwart.

Von besonderer Bedeutung für die ENiD war und ist Pastor **Werner Petersmann**. Nachdem er 1927 bis 1932 eine Professur in den USA hatte, kam er im Frühjahr 1934 zurück ins Reich und übernahm ein Pfarramt in Breslau. Nacheinander folgend wurde er Kreisschulungsobmann der „Deutschen Christen“, Kreisobmann und Ende 1934 Gauobmann für Schlesien. 1938 wählte man ihn zum Reichsleiter der „Reichsbewegung Deutsche Christen“ (RDC). Nach 1945 war er in der evangelischen Vertriebenenarbeit tätig. Von 1953 bis 1969 übernahm er das Pfarramt der Lukas-Gemeinde in Hannover und kandidierte für die NPD als Spitzenkandidat in Niedersachsen für die Bundestagswahlen.

Bis heute ist der Gründungsvater, langjähriger Vorsitzender (1966 bis 1982) und heutiger Ehrenvorsitzender **Alexander Evertz**, evangelischer Pastor aus Dortmund, eine „feste Burg im Kirchenkampf“ für die ENiD. Der geistige Inspirator und Bundesverdienstkreuzträger hat mit seinen Artikel in „Mut“, „Konservativ Heute“ und dem „Deutschland Magazin“, als auch mit seinen Büchern n.a.: „Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland“, „Kirche und Volk, Ein Ja zum Vaterland“ und „Martin Luther, als Christ, als Mensch und als Deutscher“ das „theologische“ Fundament der ENiD geprägt. Die Titel sind Programm. In „Kirche und Volk, Ein Ja zum Vaterland“ schrieb er bereits: „In kirchlicher Sicht wird ferner die Gefahr der Ausländerfrage nicht richtig erkannt (...). Es sollte Klarheit darüber herrschen, daß die Bundesrepublik aus verschiedenen Gründen kein Einwanderungsland werden kann“. Denn es bestehe die Gefahr der „Überfremdung“. Deshalb sei die einzig „christliche Lösung“ im Sinne der Bibel ein „Europa der Vaterländer“. Schließlich, so betont er, spreche die Bibel „nicht von der Menschheit, sondern von Völkern, die Gott ins Leben ruft und wieder abruft (...). Die Völkerwelt wird von dem brutalen Gesetz vom Recht des Stärkeren beherrscht. Die Schwachen werden immer wieder verdrängt und zertreten (...)“. Diejenigen, die dies nicht akzeptieren, dürfen sich auf einiges gefaßt machen, denn „der Dolch darf nicht im Gewande bleiben, wenn gewisse politische und kulturelle Unionsbrauereien alle völkische Besonderheiten zu einem farblosen Brei zerstampfen möchten“, warnt Evertz. Daß dies keine leere Drohung war, spürten in der Hochzeit der Berufsverbote Pastoren, die der DKP und/oder Friedensbewegung nahestanden. Denunzierungen von Seiten der ENiD waren die Regel.

Die ENiD selbst sieht sich als einen „Zusammenschluß von Männern und Frauen, die der innere Notstand der evangelischen Kirche zutiefst bewegt“. „Mit großer Sorge verfolgen wir, wie Kirche zunehmend zum Sammelbecken von Ideologien verschiedener Art werden und wie noch immer das utopische Gedankengut einer sozialistischen Weltgesellschaft, sich wie ein Krebsgeschwür in Kirche und Volk ausbreitet“, heißt es in dem Faltblatt „Aufgaben und Ziele“.

Mit genauso großer Sorge kümmern sie sich um die „heilige Familie“. Ziel ist, „daß die Kirche Ehe und Familie als Grundordnung Gottes stärkt und Auflösungserscheinungen entgegen tritt, insbesondere der Tötung ungeborenes Lebens“. Eng arbeitet die ENiD mit Personen und Organisationen aus dem Lebensschutzspektrum zusammen. Dr. **Siegfried Ernst**, Mitglied der ENiD, bildet nicht die Ausnahme. Der Alterspräsident der evangelisch Württembergischen Landessynode ist Vorsitzender der „Europäischen Ärzte Aktion“ (EÄA) und Mitglied der „Juristen Vereinigung Lebensschutz e.V.“.

Besorgt ist die ENiD desweiteren um die „Reinheit der Völker“. Die Solidarität mit dem Apartheitssystem in Südafrika gehörte zum guten Ton. Viele Mitglieder, wie Siegfried Ernst, sind Mitglieder im „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA).

In den letzten Jahren haben sie sich zusätzlich selbstlos der „fünf neuen Bundesländer“ angenommen. In „Wir über uns“, einer Din-A-5- Flugschrift, heißt es, „ohne Kosten für die Empfänger (werden) monatlich 500 Monatshefte 'Erneuerung und Abwehr' nach Mitteldeutschland gebracht“. Über ihre Aktivitäten in Ostdeutschland, das für sie wohl in Polen liegt, verrät die ENiD nichts.

Neben Evertz gilt der evangelische Theologe **Walter Künneth** als geistiger Mentor der ENiD. Der eifrige Autor in „Erneuerung und Abwehr“ stimmte seinerzeit dem nationalsozialistischen Staat zu, „Sonderrechte“ für Jüdinnen und Juden zu schaffen. Die ENiD würdigte sein jahrelanges Engagement in der Gestalt, daß sie ihr Institut nach ihm benannte.

Seit 1970 ist die ENiD Mitglied in der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften in der Evangelischen Kirche Deutschlands“, einer konservativen Sammlung verschiedener evanglischer Gruppen und bekennender Kirchen.

Ein weiterer wichtiger Streiter für den „rechten Glauben“ ist **Klaus Motschmann**.

Der Professor für Politik an der „Hochschule der Künste" in Berlin ist seit 1986 Schriftleiter des Monatsblattes der ENiD und war von 1981 bis 1994 deren stellvertretender Vorsitzender. Nach eigene Angaben liegt die Auflage von „Erneuerung und Abwehr" seit 1989 bei 10.000. Zusätzlich gibt die ENiD regelmäßig „Beihefte" heraus.

Maßgeblich leitet Motschmann die Fusion von „Konservativ Heute" und „Criticón". Seitdem ist er in der Redaktion von „Criticón". Kontinuierlich publiziert er zu den Themenfeldern „Sozialismus", „Kirche" und „Nation" u.a. in der „Jungen Freiheit". Zum Start als Wochenzeitung wünschte er der „Jungen Freiheit" alles Gute. Unter anderem attestierte er der „Jungen Freiheit": „Sie leistet damit einen maßgebenden Beitrag zur Bewahrung unser vielzitierten politischen Kultur und zum Prozeß der politischen Urteils- und Willensbildung einer pluralistischen Gesellschaft".

Jedoch auch die sich weniger intellektuell gebenden Neonazis wissen, was sie an ihm haben. Positiv wird sein Engagement im „Förderkreis Gerhard Kaindl" in der Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick" hervorgehoben. Der „Förderkreis" steht dem „Hoffman-von-Fallersleben Bildungswerk" nahe, welches wiederum der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) zugeneigt ist. Neben etlichen Artikeln hat er einige Bücher zu der umrissenen Thematik verfaßt. Ein Bestseller von ihm ist „Sozialismus und Nation" (1979). Einhergehend mit seiner publizistischen Tätigkeit referiert er in diesen Kreisen. Neben anderen sprach er am 18. Januar 1994 bei der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.. Seinen Worten zu „Die Reichsgründung - Anmerkungen zu einem weniger bekannten Kapitel deutscher Geschichte" lauschten unter anderem Anhänger des Berliner Neonazis **Arnulf-Winfried Priem** als auch Mitglieder der NPD.

Auf der diesjährigen Herbststudientagung machte er sich Gedanken über ein „Positives, Negatives und fundamentalistisches Christentum - Kontinuität und Wandel ideologischer-politischer Kritik am Christentum".

Verriet das Motto der Tagung nicht sogleich die Intention, so taten dies doch die weiteren Referenten.

Mit einer Abendandacht und Begrüßung vom Pfarrer **Hanns Schrödl** begann am Freitag die Tagung. 1982 löst er Evertz in seiner Funktion als Vorsitzender ab. Bis heute hat der Pfarrer aus Weßling bei München diesen Posten inne. Seine Kirchenkarriere begann er 1960 als Pfarrer der Diasporagemeinde Schwarzenfeld in der Oberpfalz. 1967 wurde er Grenzschutzpfarrer in Schwabdorf. Bis 1978 stieg er zum Oberpfarrer im Grenzschutzgebiet-Süd in München auf; als Anstaltsgeistlicher in der Justizvollzugsanstalt in Landsberg am Lech ist er seit dem 1. Mai 1985 tätig. Zu der ENiD stieß er 1966. Regelmäßig publiziert er zu aktuellen Fragen aus „christlicher" Sicht in „Erneuerung und Abwehr". Seine Begrüßung wird sich im Tenor von Evertz Worten aus „Erneuerung und Abwehr" bewegt haben. Schon 1993 gab Evertz in seinen Artikel „Multikulturelle Phantasien" die Linie vor. „In Wirklichkeit gleicht der Mensch ohne Heimat einer Pflanze ohne Wurzeln. Ein Mensch ohne ein Zuhause in Volk und Sprache ist ein Niemand". Und einige Zeilen weiter verkündet er: „Wir brauchen ein natürliches Nationalgefühl und den Willen, uns nicht in unserem eigenen Land überfremden zu lassen. Die Eigenständigkeit unseres Volks muß bewahrt bleiben. Deutschland darf kein Einwanderungsland werden. Die multikulturelle Gesellschaft ist für uns kein Ideal".

Nach Andacht und Begrüßung führte Pfarrer **Reinhard Schön** in das Tagungsthema ein. Der Pfarrer aus Lübeck war langjähriges Vorstandsmitglied und zählt zu den theoretischen Köpfen der ENiD.

Pastor **Hans-Lutz Poetsch** aus Sottrum-Clüversborstel schloß den Freitag Abend mit einem Vortrag. In der August-Ausgabe von „Erneuerung und Abwehr" setzte er sich schon mit „der dreieinige Gottes" auseinander.

Den Sonnabend eröffnete Pater **Lothar Groppe**. Der Bad Pyrmonter referierte über die Frage der Differenz: „Haben Juden, Christen und Moslems dieselben Gottvorstellungen?"

Im Anschluß an Motschmann und eine Kaffeepause mit Stadtrundgang referierte Dr. **Alfred Mechtersheimer**, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, über „Political Correctness - der demokratische Totalitarismus". Der „Jungen Freiheit" bescheinigte er, „einen Beitrag zur Befreiung des Nationalkomplex der Deutschen geleistet" zu haben. Im „Gespräch" mit der „Jungen Freiheit" dieses Jahres monierte er die Feigheit und Fehler der Rechten, natürlich der „Domestizierten", und stellte klar, daß ihm eine „nationale Linke lieber" sei, als eine „internationale Rechte". Solche oder ähnliche Töne kennzeichnen seither seine „Friedenspolitik". Der Sprecher des „Friedenskomitee 2000 für Entmilitarisierung, Truppenabzug und Selbstbestimmung" aus Starnberg und Herausgeber der Zeitschrift mit selbigen Titel geht davon aus, daß ein „nationales Selbstbewußtsein" die Bedingung für den Frieden weltweit ist, weshalb in Deutschland zuerst die Verteufelung der Nation ausgetrieben werden muß. Im Hintergrund seiner Aussagen schimmern **Hennig Eichbergs** Ansätze durch, was er gerne abstreitet.

In diesem Kontext ist die inhaltliche Ausrichtung seines Referates keine Überraschung mehr. Spätestens einhergehend mit der Auseinandersetzung um die Interpretation des „8. Mai 1945" im allgemeinen, im besonderen aber um **Rainer Zitelmann**, **Ulrich Schacht**, **Heimo Schwilk** und **Alfred Dregger** sowie der „Jungen Freiheit", ist der Begriff „Political Correctness - der demokratische Totalitarismus" zum geflügelten Wort geworden. Beklagt wird ein Meinungskartell, das sie nicht zu Wort kommen ließe.

Daß dem so in diesem Land nicht ist, konnte in Bad Pyrmont mal wieder erlebt werden. Im Vorfeld der Tagung nahm der staatliche Repressions- und Polizeiapparat nicht die ENiD ins Visier, sondern den antifaschistischen Widerstand der Region, welcher eine Demonstration gegen die Tagung organisierte. Mehrere Personen bekamen Besuch von der Kriminalpolizei aus Hameln und Bad Pyrmont. Ein Herr der Kriminalpolizei ließ es sich auch nicht nehmen, an einer Informationsveranstaltung über die ENiD offiziell im Namen seines Dienstherren teilzunehmen. Nachdem sich die Stadtverwaltung des Kurortes beim Verfassungsschutz bestätigen ließ, daß es keine verfassungsrechtlichen Erkenntnisse über die ENiD gebe, zeigten auch sie sich gastfreundlich.

Kein relevantes Thema ist die ENiD für die EKD. Offiziell wird die „Notgemeinschaft" als eine „sehr konservative" Laienorganisation eingestuft. Daß von dem 10-köpfigen Vorstand sieben in Amt und Würden bei der evanglischen Kirche stehen und etliche der 700 Mitglieder ebenso kirchliche Würdenträger sind, steht der Einschätzung der EKD nicht im Wege. Es wird weder ein Handlungsbedarf gesehen, noch die Notwendigkeit einer Stellungnahme, wie die Pressestelle der EKD in Hannover bestätigt. Bis dato hüllt die EKD den Mantel des Schweigens über die ENiD.



NPD-Kundgebung in Karlstadt

Zum diesjährigen „Tag der deutschen Einheit" plante die NPD in Karlstadt eine Kundgebung mit anschließendem „Schweigemarsch" zur neuen Moschee. Dort sollte die Abschlußkundgebung mit **Günter Dekkert** und **Udo Voigt** stattfinden. Das Landratsamt Main-Spessart genehmigte zwar die Kundgebung (mit der Auflage, daß Deckert nicht teilnehmen darf), verbot aber den Marsch zur Moschee. Als der NPD-Bezirksvorstand **Klaus Beier** (Amorbach), der stellvertretende bayrische Landesvorsitzende **Ralf Ollert** (Nürnberg) und der NPD-Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld** (Oldenburg) zu ihren ca. 150 AnhängerInnen sprechen wollten, brachten die mindestens 300 anwesenden AntifaschistInnen ihren Protest so lautstark zum Ausdruck, daß von den Reden kaum etwas zu hören war. Anschließend wurden die NPD'ler von der Polizei zum Bahnhof geleitet. (nach Antifaschistische Nachrichten)

„Focus" wirbt für „Junge Freiheit"

Von der FAZ ist man in der Richtung inzwischen einiges gewohnt. Sie wirbt immer mal wieder für die „Junge Freiheit" (JF). Jetzt zieht „Focus" nach. In der Ausgabe 39/95 erschien eine 3/4-Seiten Anzeige der JF, in der jedem neuen Abonnenten als Prämie das Buch „Wir 89er" von **Roland Bubik** versprochen wird. Kaum anzunehmen, daß die Anzeigenabteilung des „Focus" nicht weiß, daß sie für ein rechtsextremes Blatt wirbt, das selbst vom NRW-Verfassungsschutz in seinen jährlichen Bericht aufgenommen wurde.

MELDUNGEN

Junge Freiheit in Österreich

Unter Leitung von **Andreas Mölzer**, einem „der maßgeblichen Köpfe" der Freiheitlichen Bewegung in Österreich (so die rechtsextreme bundesdeutsche „Gesellschaft für freie Publizistik") hat die Redaktion der „Jungen Freiheit Österreich" ihre Arbeit aufgenommen. Gesucht werden von der „Jungen Freiheit" (JF) weiterhin Kommanditisten für ihre österreichische Kommanditgesellschaft: „Sie können (..) auch in Österreich den Aufbau der JF steuerbegünstigt unterstützen. Eine Beteiligung als Kommanditist oder stiller Gesellschafter (direkt oder über Treuhänder) ist steuerlich absetzbar. Sie erhalten einen Teil ihres Geldes vom Finanzamt zurück und sind Miteigentümer des Verlages."

Sachsenhausen-Prozeß

Die beiden Angeklagten im neu aufgerollten Prozeß um den Brandanschlag auf die Jüdische Baracke der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen sind als Brandstifter verurteilt worden. Das Potsdamer Landgericht verhängte gegen den 22jährigen **Ingo Kehn** zweieinhalb Jahre Jugendstrafe. Der 25jährige **Thomas Haberland** muß drei Jahre in Haft. Beide waren im ersten, pannenreichen Prozeß im Oktober 1993 aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte das Urteil aufgehoben.

Hess-Marsch in Fulda

Die Zweite Strafkammer des Landgerichtes Fulda lehnte es ab, ein Verfahren gegen die Organisatoren des Neonazis-Aufmarsches am 14.August 1993 in Fulda, den Hamburger **Christian Worch** (Hamburg) und seinen Kameraden **Dirk Winkel** (Kassel), zu eröffnen. Die Veranstaltung sei wirksam angemeldet und deshalb nicht verboten gewesen, hieß es zur Begründung. Der ungehinderte Aufmarsch von rund 500 Rechtsextremisten, hatte bundesweite Empörung ausgelöst.

Sleipnir

Die „genetische Reinheit" der russischen Nation soll erhalten werden. Ebenso soll die „Propagierung von Mischehen als Form des antirussischen Internationalismus" verboten werden, während gleichzeitig „die Reinhaltung der Erbmasse der Russischen Nation moralisch und materiell" gefördert werden soll - so **Alexander Barkaschow** in dem Beitrag „Zum Programm der Bewegung" der „Russischen Nationalen Einheit" (RNE), der in Heft 4 der revisionistischen Zeitschrift „Sleipnir" veröffentlicht ist. „Sleipnir" erscheint in der **Andreas Röhler**, **Peter Töpfer** GbR, "Verlag der Freunde", in Berlin. Garant für die Unabhängigkeit von Rußland müsse die Russische Nationalarmee sein. Damit diese über die „wirksamsten, modernsten Wafen" verfügen könne, müsse die Rüstungsindustrie modernisiert werden. Die Armee sei von jenen Personen „zu säubern, die sich von ihren demokratischen und internationalistischen Anschauungen nicht gelöst haben." Der Hitler-Verehrer Barkaschow schließt seine 20-Punkte-Erklärung mit „Rußland sei Ruhm!".

„Freie Stimme"

Selbstklebende Anti-Antifa-Aufkleber bietet das neonazistische Blättchen „Freie Stimme" aus Netphen in der aktuellen Ausgabe an. Veröffentlicht sind in der äußerst primitiv aufgemachten Postille u.a. Auszüge aus den HNG-Gefangenenlisten. Den braungefärbten Kameraden wird mitgeteilt, daß es „für alle die ungeschriebene Pflicht" sein sollte, „mindestens einen Gefangenen zu betreuen!" Aufgerufen wird zur Bildung eines „Arbeits-und Sozialdienstes", in welchem „junge Menschen, ganz gleich aus welcher bürgerlichen Schicht, Schulter an Schulter zum Gemeinwohl des Volkes Dienst" tun sollen - unter dem Motto „Ich stehe und falle mit meinem Deutschen Volke - Das ist mein Sozialismus!" Der „Freien Stimme" ist zu entnehmen, daß die Post, die an das Postfach des Solidaritätskomitees „Freiheit für Lauck" im niederländischen Assen gerichtet wird, an die zuständige Staatsanwaltschaft in Rotterdam weitergeleitet wird; die Postfachadresse des Solidaritätskomitees ist mit der Adresse der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" identisch. Geworben wird in der „Freien Stimme" vom Tonträgervertrieb **Jens Pühse** (Freising), der u.a. "OI-Musik" anbietet. Im Angebot von Pühse finden sich einschlägige Nazi-Skin-Bands wie Asgard, Radikahl, Bomber, Kraftschlag, Freikorps, Kraft durch Freude, Störkraft, Sturmgesang und Odins Erben. Daneben vertreibt Pühse, dessen Versand sich zielgerichtet an neonazistische Skinheads wendet, auch Musikvideos und T-Shirts.

Freispruch für NIT-Betreiber

Das Hamburger Landgericht hat in zweiter Instanz die Neonazis **Andre Goertz** und **Jens Siefert** vom Vorwurf der Leugnung des industriell betriebenen Massenmordes an den Juden während der Nazi-Diktatur freigesprochen. Goertz und Siefert hatten in einem Text des von ihnen betriebenen „Nationalen Infotelefons" (Hamburg) im Zusammenhang mit dem Film „Schindlers Liste" vom „Auschwitz-Mythos" gesprochen: „Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Hollywood-Seifenoper des Juden Steven Spielberg, 'Schindlers Liste' mit Oscar-Auszeichnungen überhäuft worden. Ein Film von Spielberg erhält grundsätzlich einen Oscar. Richtet er sich gegen Nazideutschland, kommen weitere dazu, und hält er den Auschwitzmythos am Leben, wird er mit sieben Oscars zum Film des Jahres. In Deutschland haben trotz Medienpropaganda erst 300.000 Manipulierbare den Film gesehen. Vor allem viele Schulkinder wurden gezwungen, das Machwerk anzuschauen." Mit der Entscheidung wies das Landgericht eine Berufung der Staatsanwaltschaft gegen ein gleichlautendes Urteil des Hamburger Amtsgerichtes vom Februar zurück.

„Südafrika-Seminare"

Der Chefredakteur der in Pretoria erscheinenden Zeitung der ultrarechten „Konservativen Partei Südafrikas", **Henk van de Graaf**, traf sich jüngst mit den Herausgebern der Monatszeitschrift „Nation +Europa", **Peter Dehoust** und **Harald Neubauer** sowie **Karl Spiess**, stellvertretender Vorsitzender des 1976 gegründeten „Hilfskomitees Südliches Afrika" (HSA). In höchsten Tönen werden von Graaf die alljährlich von dem HSA abgehaltenen Südafrika-Seminare gepriesen, die in diesem Jahr bereits zum 19.Mal veranstaltet wurden. Aufs engste verquickt ist das HSA mit dem „Nation Europa"-Verlag und dem Monatsperiodicum NE. Regelmäßig wird in NE sowohl über die „Lage in Südafrika" informiert, als auch ausführlich über die „Südafrika-Seminare" Bericht erstattet.

Lothar Bossle und das Neonazi-Mailbox-Netz THULE

Im Frühjahr wurde im neonazistischen Mailbox-Netz THULE für den Kongreß „Aufbruch und Erneuerung" (6./7.Mai) des ultrarechten „Studienzentrums Weikersheim" geworben. Inzwischen sind, so **Wilfried Böhm**, Vorsitzender der „Deutschland-Stiftung e.V.", der 19 Jahre lang für die CDU im Bundestag vertreten war, die Hintermänner des Neonazi-Mailbox-Netzes geoutet. In der September-Ausgabe des „Deutschland-Magazins" zitiert Böhm seinen Gesinnungskameraden, Lothar Bossle, seit 1972 Direktor des Instituts für Demokratieforschung in Würzburg. Dieser hat mittels wissenschaftlicher Methoden recherchiert, daß hinter dem braunen Mailbox-Netz „nicht Rechte, sondern Linke ihr Aktionsfeld selber inszeniert haben". Die Sprache im Thule-Netz, so Bossle, der einst „allzu dreist" den „Hochschulbetrieb mit Propaganda und Privatgeschäften verquickt" (SPIEGEL) hat, sei „nicht Sprachschatz der Rechten, sondern Sprache aus dem Vokabelschatz linker Desinformationstechniken." Dazu Böhm: „Unabweisbar ist daher die Feststellung Bossles, daß die in die Mailbox des Thule-Netzes eingestreuten Nachrichten, die von der SPD und den Grünen bei ihren Versuchen zur Verhinderung des Hambacher Kongresses benutzt wurden, nachweisbar ein Erzeugnis linker Desinformations-und Diffamierungstechniken sind."

Bayernpartei

Hubert Dorn, Vorsitzender der regionalistischen Bayernpartei, wurde erneut auf dem jüngsten Parteitag in Rosenheim, in seinem Amt bestätigt. Die Bayernpartei, die u.a. Kontakte zu den ultrarechten „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" unterhält, ist in einem Dutzend bayerischer Kreistage vertreten. Ende 1994 hatte die Bayernpartei ein „Kuratorium Freies Südtirol" gegründet, das die Loslösung Südtirols von Italien fordert.

Deckert des Amtes enthoben

Die älteste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik, die „Nationaldemokratische Partei Deutschands" (NPD), hat ihren Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** seines Amtes enthoben. Als einen der Gründe nannte NPD-Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld**, Deckert habe sich nicht an Parteivorstandsbeschlüsse gehalten und den Vorstand nicht vollständig über eine Erbschaft für die noch rund 4.500 Mitglieder zählende NPD informiert. Deckert war im April vom Landgericht Karlsruhe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Juni hatte das Amtsgericht Weinheim wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, sechs Wochen Haft gegen ihn verhängt. Im Juni dieses Jahres wurde Deckert auf dem diesjährigen NPD-Bundesparteitag mit mehr als 90 Prozent der Stimmen erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Buchautor Schönhuber

Das 6.Buch des abgehalfterten REP-Rekken **Franz Schönhuber** ist unter dem Titel „In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland" bei der Verlagsgemeinschaft Berg erschienen. Vertrieben wird das Buch von mehreren rechtsextremen Verlagsdiensten, darunter vom „Nation Europa Verlag GmbH" (Coburg). Im Kapitel „Fazit und Ausblick" nimmt Schönhuber Stellung zur Schaffung einer gemeinsamen Rechten: „Die Frage ist (..), ob es für einen Zusammenschluß der Rechtsparteien nicht schon zu spät ist, ob er überhaupt sinnvoll wäre, weil alle gleichermaßen diskriminiert und verbraucht sind. Außerdem mangelt es an wirklich guten und integeren Leuten." Eine „umso größere Bedeutung" komme dagegen „dem vorpolitischen Raum zu." Schönhuber: „Dazu bedarf es einer Vernetzung seriöser rechter Publikationen, die sich an unterschiedliche Schichten der Bevölkerung wenden sollen. Die Schlachten von gestern zu schlagen wäre jetzt für alle tödlich. Erst wenn dieser vorpolitische Raum ein tragfähiges Fundament bildet, kann an einen parteipolitischen Neuanfang gedacht werden. Setzt man sich dabei selbst unter Zeitdruck, wird das Ganze ins Auge geben." Am Ende seines Buches dankt Schönhuber u.a.seinem Lektor **Andreas Molau** („Die Zusammenarbeit war nicht zuletzt deshalb so angenhem, weil sie vom Gleichklang der politischen Ansichten begleitet war.") und dem Rechtsanwalt **Konrad Hüttner** („ein juristischer Helfer in vielen Bereichen").

Die Elite der Untertanen

Dokumentation zur Geschichte, Ideologie und Politik des CC und dem, was dagegen steht.

Die Broschüre befaßt sich mit der Geschichte und den ideologischen Positionen studentischer Korporationen, besonders dem Coburger Convent (CC). Die Zeit nach der Machtübernahme der NSDAP, in der der CC wie auch andere studentische Verbindungen nach eigener Geschichtsschreibung so arg „unterdrückt" waren in ihren Aktivitäten sowie Zeit der raschen Neubildung der Organisationsstrukturen nach 1945 bilden den Schwerpunkt der Arbeit. Mit einer großen Materialfülle, was die Äußerungen des CC in ihren eigenen Publikationen angeht, wird ihre „rechte Gesinnung" nachgezeichnet. Eine kurze Abhandlung über die hauptsächlich örtlichen Aktionen gegen den CC, verbunden mit einem Aufruf, 1996 in Coburg einen Gegenkongreß durchzuführen, beschreibt anfängliche Erfolge und spätere Probleme der Anti-Burschen-Arbeit.



Die Elite der Untertanen. Hrsg.: Gruppe Archiv, Postfach 2704, 96416 Coburg. Zu bestellen über die Gruppe Archiv, Einzelpreis 6,00 DM plus Porto.

„Graue Wölfe, Islam und türkischer Staat"

Unter diesem Titel ist schon 1994 eine Broschüre im GNN Verlag erschienen. Zu keiner faschistischen Organisation fließen die Informationen so spärlich wie zu den „Grauen Wölfen". Dennoch leben sie in unserer Nachbarschaft. Im Windschatten der Repression des deutschen Staates gegen die Aufklärungsarbeit der Kurden in der BRD über den schmutzigen Bürgerkrieg des türkischen Staates gegen ihr Volk, können die türkischen Faschisten unbemerkt ihre Aktivitäten verstärken. Zum Beispiel enttarnte sich im September 94 der „Türkische Kulturverein Ideal" in Osnabrück selber als MHP Organisation. Durch die Presse ging nach einem „Anschlag" (hinter einer zerbrochenen Fensterscheibe stand auf einem Tisch eine Flasche, die nach Benzin gerochen haben soll) ein Foto, auf dem MHP-Fahnen im Innern des Raumes deutlich zu erkennen waren.

In der Türkei gewinnen die Faschisten an Einfluß. Auf dem letzten Parteitag der Regierungspartei der Frau Ciller saß Türkes als Gast in der ersten Reihe.

Die Broschüre ist eine gute Zusammenfassung von Hintergründen und Geschichte der „Grauen Wölfe". Dazu kommen Infos zu ihren Tarnorganisationen in der BRD.

Bestellungen: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, 5,- DM plus Porto.